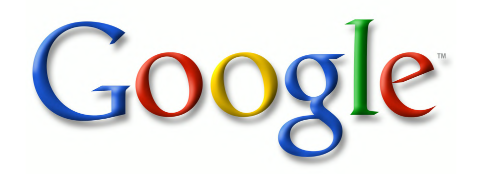
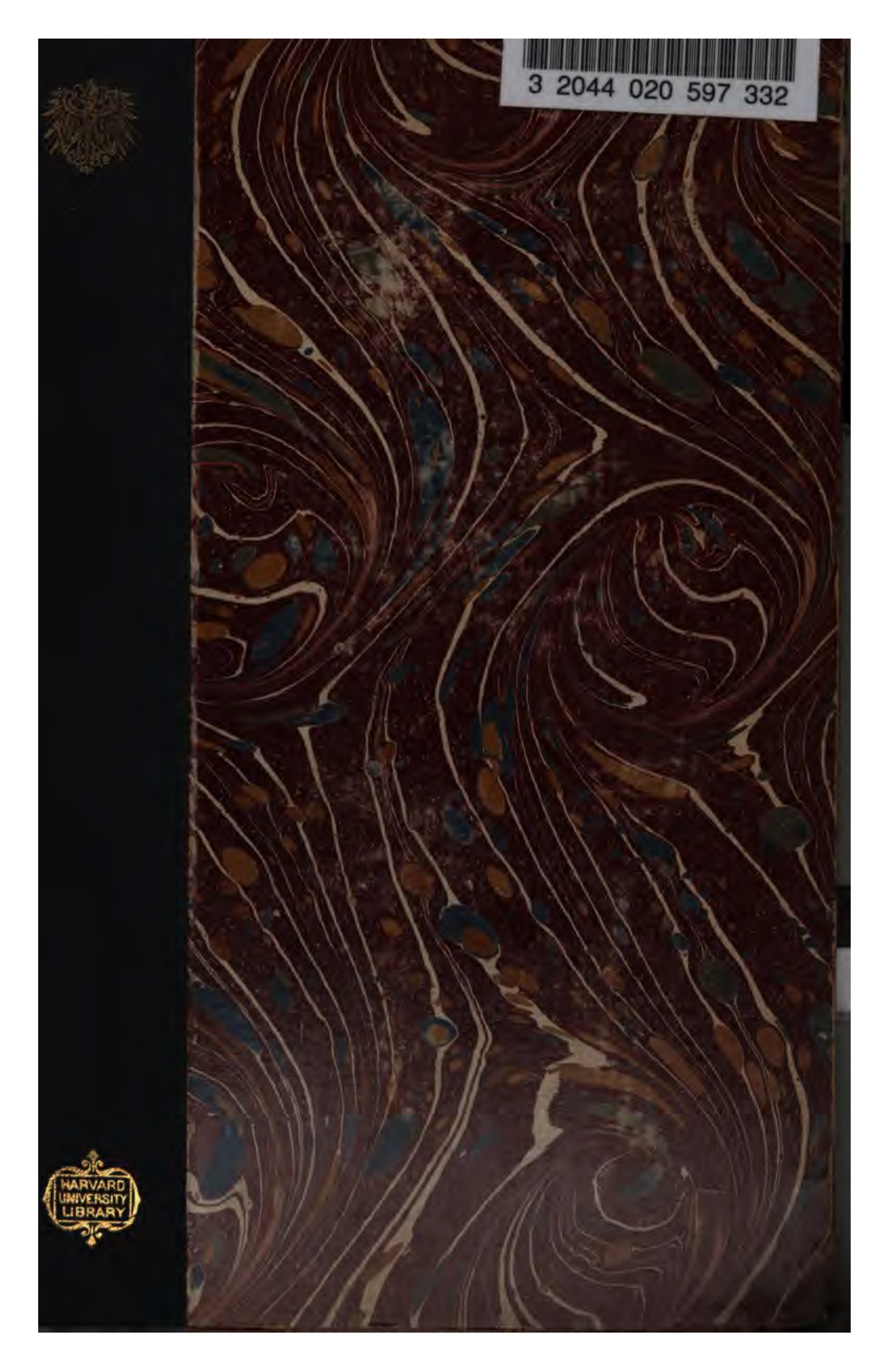



3 2044 020 597 332
HARVARD
UNIVERSITY
LIBRARY


CHRISTO ET ECCLESIAE
SIGILLUM ACADEMIAE HARVARDIANAE IN NOV ANG
VE RI TAS
HARVARD
COLLEGE
LIBRARY
HOHENZOLLERN COLLECTION
IN COMMEMORATION OF THE VISIT OF
HIS ROYAL HIGHNESS
PRINCE HENRY OF PRUSSIA
MARCH SIXTH, 1902
ON BEHALF OF HIS MAJESTY
THE GERMAN EMPEROR
PRESENTED BY ARCHIBALD CARY COOLIDGE PH.D.
ASSISTANT PROFESSOR OF HISTORY





Der badische Aufstand

in seinem

innern Zusammenhange

mit der

Reformbewegung Deutschland's,

von

Carl Morel.

St. Gallen:
Scheitlin und Zollikofer.
1848.

Druck von Scheitlin und Zollikofer.

Vorwort.

Diese Bogen, die einen Beitrag zur Tagesgeschichte geben sollen, wurden in einer höchst aufgeregten Zeit begonnen. Mitten in die badische Bewegung verflochten, mit der lebendigsten thätigen Theilnahme an den merkwürdigen Ereignissen, wird es begreiflich scheinen, daß der nothwendig unglückliche Ausgang in mir eine Erbitterung hervorrief, die in dem Anfange der Schrift wohl hie und da durchschimmert. Die Verhältnisse in Deutschland haben nun eine neue, unerwartete Wendung genommen. Die Reichsversammlung in Frankfurt weist solche Intelligenzen auf, bemächtigt sich mit solcher ausdauernder Treue und Tüchtigkeit der Lebensfragen der Gegenwart, daß man wohl anfangen darf zu hoffen, daß der Weg der Reform kein unmöglicher ist. Der faktische Zustand Deutschland's steht den Principien und Beschlüssen der Reichsversammlung noch schroff gegenüber. Die Theilung der Gewalten ist noch nirgends streng durchgeführt, und die Theile der Gewalten, die dem Volke zugehören, die Verwaltung und Gesetzgebung, sind noch überall in der Macht oder unter dem bestimmenden Einfluß der Regierungen. Gelingt es der Reichsversammlung und den von ihr aufgestellten Organen, die Souveränetät in dem Sinne, wie sie bis jetzt bestand, aufzuheben, die Vertreter der ausübenden Gewalt

numerisch und durch vernünftige Theilung der Gewalt in ein richtiges Verhältniß zum Volke zu stellen, wird die republikanische Staatsverwaltung eingeführt, welche durch allgemeine Theilnahme an allen Interessen den Bürgersinn bildet, den Deutschland jetzt noch nicht besitzt, dann darf man auf ein braves Geschlecht, auf eine schöne Zukunft hoffen. Den besten Beweis über die segensreichen Folgen freier Verfassungen geben die Rheinprovinzen in ihrem Verhältniß zu den übrigen diesseitigen Kreisen der Länder, denen sie angehören. Gott gebe, daß das Volk wach bleibt und in der Stunde der Prüfung fest zu Denen halte, die ihm eine große Zukunft anbahnen, damit die Beschlüsse der Versammlung Fleisch und Blut gewinnen, damit es ihnen nicht geht, wie bis jetzt den Forderungen des badischen Volkes.

Einzelne Bitterkeiten und Ungerechtigkeiten, wie z. B. das Verhältniß der konstitutionellen Partei und der D. Z. zur Proletarierfrage, möge man der Aufregung eines Gemüthes zuschreiben, in dem die Schmerzensrufe der badischen Revolution noch nachtönten. Die Umstände bemeistern sich der Einzelnen allmälig mehr und mehr und, wenn man sich noch mitten in der freien Selbstbestimmung glaubt, schlagen die Wellen des Schicksals schon hoch über dem Haupte zusammen. Glücklich der, welcher aus dem Schiffbruche das Palladium rettet, die vernünftige ruhige Ueberzeugung.

Es ist ein großer Irrthum zu glauben, daß die republikanische Bewegung in Baden aus Nichts aufgetaucht in Nichts zurückgefallen sei, wie es die Deutsche Zeitung behauptet, „nach ihrer Art die Dinge historisch zu betrachten." Seit es in neuester Zeit Mode geworden, den republikanischen Geist zu desavouiren, seit die offenherzigen Republikaner durch fremde Bayonnette unterdrückt und die stillen wieder gut konstitutionell geworden sind, sieht es so ziemlich einer Thorheit ähnlich, dem Auferstehen der Republik oder ganz volksthümlicher freier Institutionen in Baden mit ungetrübter Hoffnung entgegen zu sehen; und doch, wer es weiß, wie eine ziemlich feste politische Ueberzeugung im Volke Wurzel gefaßt hatte, wie sehr einfache Staatseinrichtungen allgemeines Volksbedürfniß geworden, wie einmüthig das Volk einem geordneten Willen sich unterzogen hätte, wie die Streiter der Republik gleichsam aus dem Boden heraus wuchsen, — wer alles dieß gesehen hat, der wird, wenn die Reaktion auch jetzt gesiegt zu haben scheint, an einer baldigen Erhebung nicht zweifeln, und nicht nur in Baden. Schon jetzt wird man anfangen müssen humaner zu sein, wenn man nicht die Erbitterung der Mitlebenden auf sich ziehen will. Es wird sich bald zeigen, ob die Konstitutionellen nur Blitzableiter der Monarchie waren, oder ob sie stark genug sein werden, dem Volke in der Monarchie **die** Freiheiten zu erringen und zu erhalten, an deren Zurücknahme eine Kette von Revolutionen sich reihen würde.

Sehr streng wird man nicht sein können, denn wenn man jeden sogenannten Hochverräther und Majestätsverbrecher in festen Wahrsam bringen wollte, so müßte ganz Baden mit einer Ge-

fängnißmauer umzogen werden, was nicht gelingen wird, wenn man auch sehr ausgedehnte Beschränkungspläne hätte. Die freie Presse, das freie Versammlungsrecht, diese mächtigen Hebel einer gesunden Ueberzeugung und eines kräftigen Willens, können dem Volke nicht mehr entzogen werden. Das Volk hat für seine Ueberzeugung gelitten und edles Blut hat die magna charta einer schönern Zukunft besiegelt. — Jetzt ist freilich die Republik in Baden von der separirten Staatsintelligenz, mittelst fremder Bayonnette und besonders auch durch die schlechte Organisation der republikanischen Bewegung selber unmöglich. Man möge mir erlauben, dieser Erscheinung auf ihren ersten Lebensäußerungen nachzugehen. Die Gründe derselben liegen in dem Jahrzehnte langen politischen Druck der Nation, der selbst die wissenschaftliche Theilnahme an den Fragen über die Bedürfnisse der Zeit zu hemmen vermochte. Ich erinnere an das Schicksal der Deutschen Jahrbücher von Ruge und Echtermeier. Und dennoch sollte sich der Umweg einer allgemein menschlichen Bildung, wenn auch als ein langer, so doch als ein nachhaltig-wirkungsreicher bezeichnen, — denn man glaube nicht, daß mit dem Unterdrücken der republikanischen Bewegung in Baden oder mit dem Frankfurter Parlament die deutsche Revolution geendigt sei.

I.

Es ist eine bekannte Sache, daß die badische Kammer die beredte Vorkämpferinn für die zukünftigen Rechte der Deutschen war und ist. Gediegenes Wissen, glänzende Rednertalente, edle Herzen weihten sich der Volkssache und wenn die Kammerverhandlungen mehr theoretische Ueberzeugungen als praktische Verbesserungen darboten, so war eben das die große That der badischen Kammer, dem badischen Volke zunächst eine tüchtige politische Meinung beizubringen. Die heftigen Wahlkämpfe zur Erringung einer freisinnigen Majorität in der Kammer beweisen genug die lebendige Theilnahme des Volkes an dem Kampfe um seine Rechte. Denn sogar die jetzige Kammer konnte nur durch die größten Anstrengungen in Baden zu Stande kommen, da Beamtenherrschaft, Censurdruck und Pfaffeneinfluß noch bei den letzten Wahlen so mächtig waren, daß Reaktionäre, wie Junghanns I., Buß, der Kammerschläfer Knapp, der seiner Partei mehr durch Schlafen als durch Wachen nützt, u. A., wie die Regierungsdirektoren Schaaf und Trefurt, in die Kammer eingeschmuggelt wurden. — Ein anderes Lösungsmittel des Volksgeistes war auch die verhältnißmäßig freie Presse. Ich sage „verhältnißmäßig", denn die Censur schaltete und waltete nach Belieben und machte dumme Streiche genug: sie erstreckte sich sogar auf die Deutsche Zeitung. Auch die Kammerverhandlungen kamen in mehreren Zeitungen unter das Volk.

Neben diesen geistigen Hebeln waren auch noch materielle. Man kennt das deutsche Steuersystem. Die größte Last ruht auf dem Arbeiterstande und den unbemittelten Bauern. Zudem werden die Steuern nicht wieder zum Wohl des Besteuerten verwendet, sondern zur Erhaltung des fürstlichen Hofhalts, des stehenden Heers, der Beamtenkaste und zu leichtsinnigen und willkürlichen Pensionen, — Alles Dinge, die große Erbitterung und rege Wünsche nach

durchgreifenden Verbesserungen hervorriefen. Es ist ein Wahnsinn zu glauben, das badische Volk in seiner Mehrheit hätte nicht gewußt, worum es sich in dem großen Kampfe handelte. Das Volk wollte eine vernünftige Staatseinrichtung, einen einfachen Staatshaushalt, und wenn auch das Wort Republik nicht Jedem bekannt war — die Sache war in Aller Herzen, das beweist die lebendige, ernste Theilnahme des Volkes an den Fragen der Organisation der Zukunft, das beweist der einstimmig ausgesprochene Widerwille gegen ein künstliches Regierungssystem, das mit erlogener Ruhe und feilem Glanz das Grab der Volkswohlfahrt überdecken sollte. Und, um hier energisch auszuhelfen, reichten die Kammerdebatten nicht hin. Das Volk wollte einmal reinen Tisch machen. Das Volk wußte wohl, daß Fürstenhöfe und Fürstenmacht mit Einfachheit der Sitten nicht harmoniren. In des Volkes Herz schnitten die Worte tief ein, die ihm die Unnatürlichkeit seines jetzigen Zustandes und die Impotenz der Kammern in Flammenzügen schilderten. Das Volk fühlte tief die Wahrheit in den Worten des Dichters:

Und an der Kammer hohe Wände
Schlägt brausend die Debatte an,
Doch „Rechte“, „Linke“ sind zwei Hände,
Die nie einander weh gethan.

und eben so tief wurde die bittere Wahrheit in folgender in Baden wenigstens sehr bekannten Parodie des Liedes: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ empfunden:

Was ist des Deutschen Vaterland?
Ist's Haderland? Salbaderland?
Ist's, wo man in der Kammer spricht,
Und doch kurirt den Jammer nicht?
O nein, o nein rc.

Zum Beweis, wie lebendig das Volk seine Lage fühlte und auch die Radikalmittel zu deren Verbesserungen kannte, weise ich auf die später folgende Darstellung der Offenburger-Versammlung, wo Vereinfachung des Staatshaushalts, Kontrole der höchsten Behörden durch Volksgerichte, eine wirkliche Volksgesetzgebung und andere solche Lebenspunkte einstimmig vom Volke angenommen wurden.

In der Theilnahme des Volkes an seinem politischen Zustande und in dem damit verbundenen Selbständigkeitsgefühl und der materiellen Noth liegen die Gründe der republikanischen Bewegungen. Der Odenwälder Bauer, gedrückter als der freiheitsstolze Schwarzwälder (man denke nur an Berthold Auerbach's „Befehlerles“), gab demselben an Freiheitsdrang nichts nach.

Schon im Herbste vorigen Jahres war eine Volksversammlung in Offenburg, wo man die gleichen Farderungen, die nun alle von der Kammer, sogar von dem reaktionären Theil derselben, durch den Drang des Volkes dazu genöthigt, angenommen wurden, vor dem Volke von Rednern aussprechen hörte, denen man von Seiten der Regierung mit Hochverrathsprozessen antwortete. Merkwürdig war die Art, wie die Diskussion über Staatseinrichtungen, in der Presse durch die Censur unterdrückt, allmälig einen neuen, immer stärkern, revolutionären Ton annahm. Die Unzufriedenheit, die Stockung der Lebenssäfte eines gesunden Volksorganismus brachte Krankheiten im Innern hervor, denen die Aerzte damit zu helfen meinten, indem sie deren Ausbruch hinderten. Ueber die Republik zu sprechen, die bestehenden Mißverhältnisse mit scharfen Zügen zu zeichnen, war verboten, und so kam es denn, daß der verhaltene Groll in empörerische Flugblätter sich ergoß, die im Stillen die allgemeine Unzufriedenheit des Volkes auf's Höchste steigerten. Weil eben die freie Diskussion über die Staatseinrichtungen gehindert und dadurch durchgreifende Verbesserungen unmöglich waren, gewann allmälig der Gedanke Raum, die bestehenden Verhältnisse durch einen revolutionären Schritt umzuwerfen, um bei gereinigtem Boden und freiem Platz eine neue Ordnung der Dinge möglich zu machen. Man glaube nicht, daß in der gedrückten Presse ein treuer Ausdruck der Volksmeinung zu finden wäre. Im Volke gährte es überall und indem man der allgemeinen Unzufriedenheit den geordneten Ausbruch verhinderte, warf sich das Uebel auf die edelsten Theile zurück und das revolutionäre Fieber konnte beim ersten gewaltigen Anstoß ausbrechen. Bei der Stärke einer im Volke erwachten und großgezogenen Ueberzeugung und bei dem Widerspruch in der bestehenden Ordnung und Einrichtung, in diesem Zustande der Lüge, den die Regierung durch alle ihre Mittel zu erhalten suchte, war es kein Wunder, wenn von Seiten der äußersten Fortschrittspartei der Gedanke auf eine friedliche Verein-

barung mit der Regierung aufgegeben wurde. Man dachte einmal die äußere Macht mit der äußern Macht zu messen, da der Gedanke über die Bayonnette und andern materiellen Mittel der Regierungen nicht Meister zu werden schien. Man hatte die Diskussion und das Reden genug und war der Ueberzeugung, einer feindlichen Macht mit so gewaltigen materiellen Mitteln nur mit der Faust wirksam entgegen treten zu können.

In diese allgemeine Gährung brach nun wie eine Gewitterwolke die französische Februarrevolution. Der Eindruck, den dieselbe in Baden machte, war ungeheuer. Man kümmerte sich nur halb um die Arbeit, das Volk belagerte die Bahnhöfe, besprach sich auf den Straßen, Extrablätter der meisten Zeitungen wurden fast alle Stunden ausgegeben, und als die Nachricht von dem festen Bestande der republikanischen Regierung sich bestätigte, hatte der Jubel kein Ende. Deutschland hatte seit der Julirevolution einen ungeheuern Schritt vorwärts gethan. Damals mußten die Männer aus Deutschland fliehen, welche die Julirevolution für Deutschland benutzen wollten. An vereinzelte zum Theil unsinnige Bewegungen, die jedenfalls ohne Theilnahme des Volkes vor sich gingen, knüpfte sich eine fluchwürdige Reaktion und Börne's Wort, daß die Deutschen für die schlimmen Streiche der Franzosen bestraft werden, waren wahr genug. Jetzt, wie verändert war die Lage. Durch die neueste Schweizergeschichte, durch die unendlich rege Theilnahme in Deutschland an dem Kampfe gegen den Sonderbund, durch das energische Auftreten in Zeitungen und die unzweideutige Stimmung des Volkes war die Schwäche, die innere Haltlosigkeit der Regierungen zu Tag gekommen. Den guten Willen der Regierungen zeigen die Unterstützungen Oesterreichs an den Sonderbund allen denen deutlich genug, welche die Sprache der ministeriellen Presse nicht kennen. Aber, man lese nur die Karlsruher Zeitung, das halboffizielle Blatt der badischen Regierung, der freisinnigsten und volksthümlichsten in Deutschland; man lese diese Anklagen wegen Bundesbruch, Kommunisterei 2c., so wird man sehen, daß die Regierungen Scheinbeweise genug aufgespürt hatten, mit denen sie aber nichts ausrichten konnten, weil das Volk für die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz war. Die Deutsche Zeitung, die jetzt bei den Republikanern so unpopuläre, war durch ihre Vertheidigung der Schweizerrechte populär geworden. Das Volk

hatte eine Gelegenheit, in dem Ausspruch seiner Sympathie für die freie Schweiz seine eigene Ueberzeugung auszusprechen, und die schlechten Künste der Regierungen nahmen ein jämmerliches, spottwürdiges Ende*).

Hatte nun schon in der Schweizergeschichte das deutsche Volk gesehen, daß Versuche zur Unterdrückung eines freien Volkes zur Schande der Unterdrücker ausfallen, daß vor dem starken Willen eines freien Volkes der Widerspruch zerschmettert wird, so war die Februarrevolution noch ein den deutschen Verhältnissen viel näher stehendes Beispiel. Dort wie hier ein System der Lüge und daher der Corruption. Dort wie hier der Widerspruch der Volksüberzeugung, die durch Lügenkünste im Unklaren, im dunkeln Hintergrunde gehalten werden sollte. Dort wie hier das mächtige Bedürfniß des Volkes, aus der Künstlichkeit und Verwirrtheit eines unnatürlichen Zustandes herauszutreten und einfachere dem Volk allein nützliche Einrichtungen dafür herzustellen. Dabei nur der Unterschied, daß in Frankreich der Anstoß von der konstitutionellen Opposition geschah und von den Republikanern benützt wurde, während in Baden das Volk mit seinen republikanischen Führern den Anstoß gab und die eintretende Bewegung von der konstitutionellen Partei ergriffen wurde, die nur durch die fremden Bayonnette blind gehorsamer, brutaler Soldatenhorden die unorganisirte Volksbewegung unterdrücken konnte.

Die Republik stand Baden nahe genug und so war es denn kein Wunder, daß in dem locker gewordenen Boden konstitutionellen Lebens in Baden die Donner der Februarrevolution eine ungeheure Erschütterung hervorbringen mußten.

---

*) Der Spott blieb auch nicht aus. Ich erinnere nur an die vortrefflichen Karrikaturen in dem in Stuttgart erscheinenden Eulenspiegel.

II.

Gehen wir nun, um die Erscheinungen beim Eintreten der französischen Revolution zu verstehen, der nächsten Vergangenheit etwas näher. Durch den ganzen Winter von 1847 auf 1848 geht eine unterdrückte, bittere Stimmung, in der sich die schon ganz streng geschiedenen Parteien durch fortwährende Anfeindungen und Verdächtigungen Luft machten. Wenn die republikanische, radikale Partei Alles, was von konstitutioneller, konservativer Seite kam, mit dem größten Mißtrauen aufnahm, auch oft ungerecht genug Einzelnes beurtheilte, so war diese Stellung doch wenigstens eine solche, die einen Gegner anerkennt, dem man, wenn man ihn nicht gerade bekämpft, doch auf die Finger sieht. Die Konservativ-Konstitutionellen, an ihrer Spitze ihr Orakel, die Deutsche Zeitung, sahen aber mit Hochmuth und Verachtung auf diese Gegner, während sie die Reaktionären immer mit einer gewissen Courtoisie behandelten. Die D.-Z. verachtete mit eigensinnigem Dünkel einen Feind, der im Herzen des Volkes ruhte, während sie mit ihrer homöopathischen Freiheitskur an dem reichen Bürger- und liberalen Beamtenstand einen Leserkreis fand, der auf den Handwerker eben so stolz herabsah, wie die Zeitung selber auf Hecker, Struve etc. Zwischen diesen Parteien lavirte nun die Regierung, die Liberalen durch vielversprechende Entwürfe an sich zu ketten suchend, ohne einen der angeregten Gegenstände mit redlichem Ernste durchzuführen. Erfreulicher war aber die Stellung, welche die Kammer der Regierung gegenüber annahm und die in wichtigen Fragen mit großer Einmüthigkeit und Entschiedenheit energische Beschlüsse faßte. So als Ende des Jahres 1847 der Entwurf der badischen Regierung über eine allgemeine Landwehr erschien, in welcher aber vierjähriger Dienst durch Conscription, Loskauf etc. blieben wie bisher und überhaupt das Verhältniß so eintrat, daß das stehende Heer

in jedem Fall blieb, wie es war, und gegen äußere Feinde zu gebrauchen, während die Landwehr zum Schutz im Innern dienen sollte. Alle Nachtheile des stehenden Heeres waren beibehalten und die großen Vortheile, die großartige Hebung des vaterländischen Gemeingefühls, der Waffensinn, die Verschmelzung der verschiedenen Stände unter gemeinsame Leistungen, von Allem diesem keine Spur, während die Kluft zwischen Volk und Heer nach wie vor bestand*). Die Kammer wies diesen Entwurf zurück und verlangte einen andern. Dann erschienen neue Motionen Schlag auf Schlag, so am 12. Januar von Stößer auf Einführung von Schwurgerichten (wo sich Hecker gegen das Warten aussprach: das Volk habe das Schwurgericht erfunden und brauche nicht zu warten, bis die Gelehrten mit ihren Untersuchungen über Zuläßigkeit fertig seyen), von Christ auf Preßfreiheit (wo Hecker wieder bei dem Bitt- und Bettelton unwillig das männliche Wort sagte: man brauche nicht zu bitten, wo man ein Recht auf etwas hat und somit fordern muß). Sein Entwurf lautete:

Art. 1. Alle Verordnungen über die Presse sind aufgehoben.

Art. 2. Verbrechen oder Vergehen, welche durch die Presse begangen werden, werden nach den bestehenden Gesetzen bestraft.

Art. 3. Dieses Gesetz tritt sogleich in Wirksamkeit.

Woran Hecker noch die trefflichen Worte anschloß, welche die ganze Ueberzeugungsfestigkeit des Mannes und die einfache Politik der Republikaner schlagend zeigen: „Dies Gesetz tritt sogleich in Wirksamkeit. Mehr bedarf es nicht, sonst könnten Sie über jedes andere Werkzeug, Stöcke, Messer, Säbel ꝛc., womit man Verbrechen begehen kann, Gesetze erlassen. Die Minister brauchen, um die Preßfreiheit herzustellen, nur etwas Courage und Ehrgeiz. Ich möchte den Sonderbund von Diplomaten sehen, der im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung dagegen auftreten möchte. Ein Dutzend Holzgrafen und der Abgeordnete Buß zur Gesellschaft könnten im Lande umherziehen, ohne

---

*) Wer über das Verhältniß des stehenden Heer's zu einer wahren Volkswehr und die Bildung einer vernünftigen Wehrverfassung etwas Vortreffliches lesen will, dem rathe ich folgende Schrift an: „Stehendes Heer und Volkswehr, ein Beitrag zu der Bewaffnungsfrage der Gegenwart, von einem deutschen Offizier." Mannheim. Bassermann. 1848.

ihn zu finden.“ Diese beiden Motionen wurden einstimmig zur Berathung in die Abtheilungen gewiesen.

Am 30. Dezember 1847 beschloß der Staatsrath mehrere Fabriken, die durch Rothschild'sche Chikane fallen mußten, mit einer bedeutenden Summe zu unterstützen. Da wurde unterm 9. Jannar 1848 von Karlsruhe aus der D. Z. geschrieben (von dem Sternchen-Korrespondenten, was Niemand anders als Mathy ist), bezüglich Aktien, die den Gläubigern anzubieten seyen, wogegen die Bürgschaft für 4% Zinsen zehn Jahre lang vom Staat zu übernehmen sey: „wir sind nicht der Meinung, daß Gewerbsanlagen, welche nicht auf eigenen Füßen stehen können, vom Staate mittelst Geldopfer, welche die Steuerpflichtigen zu tragen haben, betrieben werden sollen. Eine solche Staatstreibhausindustrie hat das vorige Jahrhundert schon gerichtet; statt die Hülfsquellen der Nation zu vermehren, erschöpft sie dieselben.“ Darin sprach Mathy die gesunde Ueberzeugung aller Verständigen aus, derselbe Mann, der später der beredte Vertheidiger der Regierungsvorlage wurde, durch den diese Staatstreibhausindustrie durchgesetzt wurde und der jetzt Finanzminister ist. Die Regierung beschränkte sich damals auf die obenerwähnte Vorlage der zehnjährigen Zinsengarantie des Staates und gab den Gedanken an einen baaren Vorschuß auf.

Am 17. Januar war wieder stürmische Sitzung. Petitionen über Petitionen, Beschwerden über Beschwerden. So Hecker mit einer Beschwerde des Anwalt's Torrent von Waldshut, gegen das Verfolgungs- und Denunciationssystem der Regierung. Man bedenke, daß damals Männer in der Regierung waren, wie Trefurt und Regenauer, und daß Baden, der freisinnigste deutsche Staat, am sogenannten deutschen Bundestag durch Blittersdorf vertreten war, den ersten Reaktionär gegen die Preßfreiheit, anderer Dinge nicht zu gedenken; Männer, welche wenige Wochen später von dem Sturm der öffentlichen Meinung wie Spreu zerstäubt wurden. Zittel*) trat auf mit einer Motion auf Errichtung einer gemeinschaftlichen obersten Schul- und Studienbehörde, unter Aufhebung der bestehenden getrennten Behörden. Zentner's Motion auf ein allgemeines deutsches Gesetzbuch war an der Ta-

*) Der Vertheidiger der Deutschkatholiken.

gesordnung. Diese Fragen wurden aber zurückgewiesen, wegen Dringlichkeit der Erledigung der Fabrikenfrage. Zentner's Motion wurde am 20. Januar, Zittel's am 25. einstimmig in die Abtheilungen verwiesen. Eine Berathungskommission löste die andere über alle möglichen Gesetzgebungs- und Verwaltungsgegenstände ab. Die Kammer war sehr thätig den ganzen Winter hindurch und die Wortführer der Entschiedenen im Land sprachen in würdiger, männlicher Haltung, wie Hecker, Brentano, Soiron, oder mit rücksichtsloser Offenheit, wie Kapp. Eigenthümlich war auch hier Mathy's Auftreten. In materiellen Fragen zeigte dieser Mann außerordentliche Kenntnisse und Scharfsinn, in politischen Fragen balancirte er auf dem lockern Seil diplomatischen Zusehens, um sich so über den Parteien zu halten. Wenn er auch einmal von einer Appellation an den Volkswillen sprach, was wie ein Lauffeuer durch das Land flog und ihm tausend Herzen gewann, so nahm er diese Aeußerung so schnell wieder zurück und verblümte und verwässerte sie so sehr, daß Bekk, der Ministerpräsident, ihn um seiner Loyalität willen öffentlich belobte. Da war's freilich mit der Popularität gleich wieder aus. — Am 5. Februar nun wieder Sturm von Anzeigen auf Motionen und so ging es bis Ende Februar fort.

Und allerdings war es Zeit, daß die Kammer sich ernstlich mit wichtigen Zeitfragen beschäftigte, wenn sie nicht als ein unnützes Rumpelinstrument bei Seite geworfen werden sollte. Gut wäre es auch gewesen, wenn sie derselben sich bemächtigt und den wirren Sturm der Volkswünsche und Forderungen in ein geordnetes Bett beschworen hätte. — Denn nicht nur in Baden, sondern in ganz Deutschland brach der lang verhaltene Groll allerorten aus. Die Haltungslosigkeit und Schwäche der Regierungen hatte das Volk beim Kriege gegen den Sonderbund deutlich genug gesehen und man sah ein, daß die Zeit komme, wo man einmal im großen Schuldbuch nachzusehen habe.

Ueberall Demonstrationen, Adressen neben den letzten Zuckungen des Absolutismus. Wenige Wochen vor der großen nationalen Erhebung Deutschlands findet man in der neuesten Geschichte noch glänzende Beispiele fürstlicher Willkür. So wurde am 3. Januar 1848 der Hanauer Turnverein, „wegen staatsgefährlicher Umtriebe“, aufgelöst. Diese edle Jugend, mit deren Zähmung man

zugleich ihre Väter für illoyales Betragen zu züchtigen gedachte, sollte den Reigen von Unterdrückungen eröffnen. Schon 1847 weiß man von Anträgen am Bundestage auf Aufhebung aller Turnvereine in Deutschland. Dem Hanauerversuch folgte bald ein gleicher in Frankfurt. Dann wollte man hinter die badischen Turnvereine ꝛc. Im Januar wurde auch in München das willkürliche Eisenbahnanlehen mit Rothschild abgeschlossen, wobei Dame Lola dem gerührten Judenkaiser den Edelsteinschmuck abgewann*). — In Berlin wurde Wedeke freigelassen, während Mieroslawski's Schwester umsonst bat ihren edeln Bruder sehen zu dürfen. In ganz Preußen lebhafter Widerspruch gegen das neue Strafgesetz**) (ich erinnere an die Denkschrift von Elbing, die Protestationen von Breslau, Königsberg, Düsseldorf ꝛc.). In Köthen gab man keine Antwort auf Verlangen der Konstitution von 1815. In Kassel wurden Offiziere versetzt, die nicht gegen das Volk zu gebrauchen waren. In Gießen schändliche polizeiliche Willkürmaßregeln, wie z. B. die berüchtigte Aktienbäckerei. — In Preußen Vorschläge die Landwehr durch Linienoffiziere zu kommandiren, was große Besorgnisse im Volke erregte. Zudem große Erbitterung über das heuchlerische Religionsedikt von Eichhorn und die, die öffentliche Meinung in's Gesicht schlagende Behandlung Krackrügges. — In Nassau in der Kammer eine Motion nach der andern über Lebensfragen und frisches Auftreten gegen schändliche Mißbräuche; so Motionen gegen die adelige Kadettenschule, das ungeheure Militärbüdget, den Wildschaden, die schlechte Postverwaltung, für öffentliche Kammerverhandlungen ꝛc., alles ungehörte, fruchtlose Bemühungen. Im kleinen Oldenburg, statt der verlangten Verfassung immer neue Chargen

*) Rothschild hat eigene Künste, um die mächtigen Herzen zu gewinnen. Da besticht er Minister und Maitressen, dort bezahlt er die Schulden der Offiziere, die mit ihrem Regimente nach 8 — 10 Jahren anderswohin verpflanzt werden. — Die betreffende Regierung geht dann mit ihm ein Anlehen ein, wo er seine 7 Millionen gewinnt, ähnlich der schönen Generalpächterzeit unter Ludwig XIV., wo 140 Millionen erpreßt wurden, um 30 Millionen als Steuern dem Staate zu verschaffen. Das Verhältniß des Gewinns ist ähnlich, besonders wenn man sieht, wie es mit solchen gemeinnützigen Bauten aussieht. Ich erinnere hier nur an die Stuttgarter Eisenbahn mit ihrem Tunnel.

**) „Der Entwurf über Hochverrath ist strenger und härter als bisher.“

Sauken Tarputschen.

am Hof erfunden — und dann Gerüchte von einer permanenten Spionir-Bundeskommission und andern gemeinschaftlichen Schritten der drei Mächte. Diesen Versuchen folgten immer neue.

Fahren wir in dem chronologischen Verfolg der deutschen Hofgeschichte noch etwas fort, die Betrachtung dieser Dinge hat für uns Schweizer etwas Traurig-Lächerliches, beinahe Fabelhaftes.

Im gleichen Monat Januar dieses Jahres, als Lola Montez in München und Metternich in Wien regierte, wurde Wippermann vom Dienst entfernt, und dafür der Polizist Specht nach Hanau geschickt. In Stuttgart Maßregeln über Maßregeln gegen einen unsichtbaren Aufstand und dabei systematische Verdächtigung der Opposition. In Leipzig ungeheuer strenge Censur, und als Seitenstück die Nichtbestätigung des deutschen Kernmann's Robert Blum als Stadtrath. In Magdeburg Druck der neuen Kirche. In der Republik Hamburg polizeiliche Untersuchungen gegen den Juristenverein. In Darmstadt Vorsorge gegen verbotene Zeitungen. In Breslau wurden am 8. Februar noch zwei christkathol. Prediger eingesteckt, und am 18. geheime Haussuchungen und Verhaftungen, und als die französische Revolution schon ausgebrochen war, noch ein Bundesverbot der sämmtlichen Verlagswerke von Jenny und Sohn. Am tollsten ging es aber in Kurhessen zu. Diese sorgfältige Miniaturausgabe des deutschen Absolutismus, die kurhessische Regierung, überbot alle. Der Kurfürst führte vor dem deutschen Volke einen wahren politischen Veitstanz auf. In selbstherrlicher Wuth erließ die Regierung Dekrete über Dekrete, so die erwähnte Aufhebung des Hanauer Turnvereins. Am 20. Januar ungefähr wurde das unschuldige Frankfurter Journal mit seiner Didaskalia und Anfangs Februar das rheinische Volksblatt verboten. Am 28. Januar Untersuchungen über das untenerwähnte Verfassungsfest in Hanau und Anfangs Februar ein Ausschreiben des Ministeriums gegen die Unterstützung der durch den Sonderbundskrieg beschädigten Schweizer und des Schleswig-Holsteiner Beseler*). Sogar diese Stammverwandtschaft und Arndt's einiges deutsches Vaterland respektirte dieser kleine Autokrat nicht einmal. Und nun,

*) Während Ende Dezember 37 hessisch-darmstädtische Deputirte in der großh. hess. Zeitung ihre Betheiligung an dem Beselerfond durch Beiträge öffentlich bekannt machten.

in alle diese Thorheiten ragte das bleiche Gespenst der schlesischen Hungerpest, ein furchtbarer Mahner an Interessen, die zu vertuschen und zu verhehlen die Konstitutionellen wie die Absolutisten gleich bereit waren — die Proletarierfrage. — Die Leichen der auf jämmerliche Weise Dahingesiechten werfen einen trüben Schatten auf den Freiheitsfrühling des deutschen Volkes. Deutschland sollte eine fürchterliche Erfahrung machen, wie es gehen muß, wenn man des reifen Mannes Recht, sich sein Leben nach eigenen Gesetzen zu gestalten, seinen Haushalt selbst zu ordnen und sich brüderlich beizustehen, um in freier-Uebereinkunft die allgemeine Wohlfahrt zu erzielen — wenn man diese — ich weiß nicht soll ich sagen Rechte oder Pflichten, an ein im Grund erlogenes, heuchlerisches Regierungssystem abgibt, um unter dem Schutze des Landesvaters ein faules, thatenloses Leben hinzulungern. Der Schutz bewies sich trefflich, denn die schreckliche Noth, die schon im Sommer vorigen Jahrs in Schlesien war, und in den Monaten Januar und Februar auf's Fürchterlichste stieg, kam erst Mitte Februar dem Könige von Preußen zu Ohren, da die offizielle Allgemeine preußische Zeitung nie ein Wort davon erwähnte. Die Summen, welche verschiedene Zeitungen ihren Abonnenten entlockten, um auf eine wohlfeile Weise dem christlichen Katechismus ein äußeres Genüge zu leisten, waren von gleicher Wirkung wie ein Tropfen Wasser auf ein weißglühendes Eisen. Da helfen nur durchgreifende Veränderungen, ganze volksthümliche, einfache Einrichtungen, die freilich nicht in der Studirstube gefunden werden können und die von selber zur Republik führen, wenn sie, was auch noch eine Frage ist, nicht in der Republik allein ernstlich durchzuführen sind. Will Deutschland noch mehrere solche Experimente machen?

Das Bild dieser letzten absolutistischen Zuckungen ist so widerwärtig, wie die krampfhaften Windungen eines Mondsüchtigen. Sie wären unerklärlich, wenn nicht gleichzeitig die freisinnigsten Bestrebungen sich geltend gemacht hätten, die den Regierungen allerdings großen Respekt einflößen und sie von selber auf den Gedanken führen mußten, ihre Macht noch einmal zu versuchen.

Ich erinnere hier an viele Ereignisse, die ich vorhin erwähnte, wo eben die meisten Reaktionsversuche den erwachten Volkswillen einzudämmen suchten. Ich erinnere an die weitern Ereig-

nisse vor der französischen Revolution, an die Austreibung der Lola, an die doppelte Freisprechung des heldenmüthigen Turners Metternich in Mainz, der Heinzen's Schwager Moras rettete, an das kräftige Auftreten, ja an den Motionensturm der würtembergischen und auch der nassauischen Kammer (Ende Januar wurde Duvernoy zum Vicepräsidenten vorgeschlagen), Ende Januar stellte Reh in der hannöver'schen Kammer einen Antrag auf Wahrung der hannöver'schen Verfassung durch alle legalen Mittel. Ueberall sprach man sich für Oeffentlichkeit in allen richterlichen und gesetzgebenden Verhandlungen aus, während die Regierungen alle möglichen Gründe suchten, um die alte Abgeschlossenheit zu erhalten *). Am 12. Februar Bassermann's Motion auf eine Nationalvertretung des deutschen Volkes, ein Gegenstand, der in ganz Deutschland den lebendigsten Wiederhall fand.

Hier ist nun Kurhessen wieder der Ort, wo über den brutalen Absolutismus männliche Kraft mit jugendlicher Begeisterung herrliche Siege errang. Jeder Süddeutsche weiß, daß von dem freiheitsmuthigen Hanau allein hier die Rede seyn kann. Diese kleine gewerbsfleißige Stadt, schon seit frühern Zeiten männlich ihre Rechte behauptend, von der auch weiter unten bei den Ereignissen nach der Februar-Revolution die Rede sein wird, feierte Anfangs Januar (in dieser unendlich gedrückten Zeit, wo ein Polizeigenie nach dem andern hingeschickt wurde, projektirte Truppensendungen aber immer an dem energischen Auftreten der wackern Bürgerschaft und der Turner scheiterten) sein Konstitutionsfest auf eine erhebende Weise. Die ganze Stadt wurde am 5., am Festtage, beleuchtet, begeisternde Reden zur Wahrung der Rechte wurden gehalten und Tausende schwuren die Konstitution gegen alle Unterdrückungen fest zu halten. Mitte Januar schickte nun die Regierung ihren Polizisten Specht nach Hanau, um sich in den Frei-

*) Komisch ist das Verfahren der hannöver'schen Regierung. Unter den Gründen, die sie gegen Oeffentlichkeit der Kammerverhandlungen vorbrachte, ist besonders der bemerkenswerth: „einfache, schlichte Leute, die nicht so gut sprechen können, könnten sich, bei großem Auditorium, vielleicht geniren, gegen Vorschläge zu stimmen, die von Rednertalenten vertreten werden, aber mit der loyalen Gesinnung nicht zu vereinbaren sind.“ (Solches und Anderes in dem Dekret der hann. Reg. gegen Oeffentlichkeit der Kammerverhandlungen im Mai vorigen Jahrs.)

heitsbaum einzuhacken. In Gießen wurden mehrere tausend Exemplare der Verfassungsurkunde und der Gemeindeordnung ausgetheilt. Zu Hanau wurde auch die Ausrüstung der Bürgerwehr mit großem Eifer betrieben. Wer noch nicht in der schon längere Zeit bestehenden, trefflich einexerzirten Bürgerwehr eingereiht war, trat in eine Freischaar ein. Respekteinflößend waren die 500 Hanauer Sensenmänner. Die nächste Zeit sollte lehren, daß Hanau sich nicht umsonst bewaffnet hatte.

Aus allem Gesagten wird Jeder die dumpfe Gewitterschwüle empfinden, die über Deutschland drückend und beängstigend sich ausbreitete. Man sehnte sich nach Entscheidung und war bereit, die erste Gelegenheit zu benützen, um sich aus der Zweideutigkeit und Verlogenheit der bestehenden Zustände auf freies Feld zu flüchten. — Und hier muß man nun wieder auf Baden zurückkommen, wo einestheils der politische Sinn am meisten entwickelt und die Aufregung am größten, anderntheils, durch die geographische Lage von den Erschütterungen der französischen Revolution am schnellsten und mächtigsten ergriffen, die ersten Ausbrüche der deutschen Revolution stattfanden, die mit dem 27. Februar 1848, dem Tage der Mannheimer Petition, begann.

III.

Im Anfang der zweiten Hälfte Februars war die Aufregung in Baden schon so groß und die Kammer so energisch aufgetreten, daß das Ministerium, besonders Regenauer, eine sehr höfliche Sprache zu reden anfing. Die Führer der Opposition wurden mit großer Aufmerksamkeit von der Regierung behandelt, die Kammer aber nahm eine immer entschiedenere Haltung an. Da kamen die ersten Nachrichten von der französischen Revolution, das Verbot des Reformfestes, die sogenannten Zusammenrottungen, der Sturz Guizot's, die Ministerien Molé's und Odillon Barrot's und nun auf einmal die Proklamation der Republik. Schon bei dem Eintreffen der ersten Nachrichten wartete Alles mit Spannung auf die Dinge, die da kommen würden. In Deutschland war man in größter Unkenntniß der Verhältnisse. Die meisten Zeitungen hatten so gut als keine Korrespondenzen, und diejenigen, die Korrespondenten hatten, wie z. B. die A. A. Z. und die D. Z., ahnten nichts von der eintretenden Krisis. Bei der Nachricht der Regentschaft und des konstitutionellen Ministeriums Molé oder Odillon Barrot hatte die D. Z., nach ihrem Maßstab die Dinge historisch zu betrachten, schon einen Artikel bei der Hand, in welchem nun die ganze Zukunft Frankreichs vorausbestimmt wurde. Die ersten Nachrichten von der Republik kamen ihr so ungelegen, daß in der Art, wie sie diese Erscheinung von sich abzuwehren suchte, wirklich etwas Komisches liegt. So hieß es in einem Extrablatte: „Nur den Zweifel wollen wir ausdrücken, ob die „„provisorische Regierung““ wirklich eine Centralgewalt für Paris bildet, oder vielleicht bloß in einem Winkel der Stadt ihren Sitz aufgeschlagen hat und eine Macht beansprucht, welche nur von einem Theil der Bevölkerung anerkannt wird. Diese letzte Ansicht halten wir jedenfalls für die wahrscheinliche.“ Aber diese Regierung, „die sich momentan des Telegraphs bemächtigt hatte,“ wie

es anderswo heißt, hielt sich und die heißen Wünsche des Volkes wurden alle freudig erfüllt." Die Stimmung dieser Tage war in Baden eine so gehobene, daß die wenigen verdutzten Gesichter im allgemeinen Jubel gar nicht bemerkt wurden, und die D. Z. trotz den erwähnten Stellen schon am folgenden Tage sagen mußte: „Niemanden wird die Republik in Frankreich improvisirt erscheinen," denn sie war ja da, die große herrliche Erscheinung, sie war nicht mehr wegzuläugnen und wegzudisputiren. Sie war da, leicht und sicher herausgetreten, wie die kampfgerüstete Pallas aus Zeus Haupt, und die Herzen der Völker schlugen ihr entgegen, dem heiligen Bilde vernünftiger Freiheit. Hohe Begeisterung leuchtete aus den Augen edler Jünglinge, bisher Fremde grüßten sich wie nahe Freunde, so wie die Griechen in den Osterfeiertagen brüderlich sich umarmen. Denn die Völkerostern war gekommen und der Heiland unserer Zeit, der freie Wille vernünftiger Ueberzeugung, war Sieger geworden über die faule Lüge und flitterfalsche Knechtschaft. Aus dem wirren Taumel des Kampfes persönlicher und Parteiinteressen war der Mensch hineingetreten in die Welt, der volle ganze Mensch mit dem denkenden Hirn und dem warmschlagenden Herzen. Und daß unter den ersten Helden der Republik der Dichter stand, der ideale Mensch, ist eine der schönsten Erscheinungen des stürmischen Geschichtlebens und eine freundliche Prophezeiung für Frankreichs Zukunft.

Und auch in Deutschland war es anders geworden. Das Volk fühlte mit richtigem Takte, daß nun die Zeit da sei, wo es sein Recht und die Freiheit einzufordern habe. Mit dem ersten Tage des Eintreffens der Nachrichten von der französischen Republik begannen die revolutionären Bewegungen in Deutschland vor Allem in Baden eine ernstere Färbung zu erhalten. An der französischen Freiheitssonne entbrannte die bis dahin verborgen glimmende deutsche Revolution zu heller Flamme. Dabei war es aber wieder seltsam, wie der jahrhundertlange Druck, der die deutsche Nation wirklich bis in ihre innersten Lebenspunkte zusammengepreßt hatte, bei dem plötzlichen Nachlasse und der eintretenden Lockerheit aller bisherigen Bande, nicht einen unendlich starken Gegendruck verursachte, so daß in dieser thatenfordernden Zeit wieder unendlich mehr gesprochen und geschrieben wurde als gehandelt. Und gerade da, wo am meisten Freiheit und daher politischer

Sinn und männliche Selbstständigkeit zu finden war, in Baden, war man zu energischem Auftreten am meisten vorbereitet, während die lange Unterdrückung anderswo die Geister abgestumpft und zu willenlosen Werkzeugen gemacht zu haben schien. Schon am 24. Februar beschloß die Kammer eine Beschwerde gegen den Finanzminister Regenauer, wobei dieser Mann, der sonst so hochmüthige Büreaukrat, in der Kammer weinend seine Redlichkeit betheuerte, wobei aber der Versuch auf die Thränendrüsen der Volksabgeordneten wirkungslos blieb.

Am 26., dem Tage des Eintreffens der Proklamation der Republik, sogleich Motion von Welker: die Regierung solle sich alsbald von dem System der Reaktion lossagen (dem sie bisher, wie alle andern deutschen Regierungen, so treu zugethan war), denn „jetzt thut nichts mehr Noth, als daß alle redlichen Deutschen auf Thronen wie in Hütten fest zusammenhalten." So vertuschte und umkleidete dieser wackere Veteran deutscher Volksfreiheiten seinen Antrag in einem Augenblick, wo in der Volkskraft und dem Volkswillen die einzige und alleinstarke Hülfe zu finden war. Am gleichen Tage mußte der Justizminister Trefurt*) bittere Worte hören, bei Gelegenheit eines Vorschlags des Justizministeriums, wodurch die Rechte der Kandidaten zur Advokatur willkürlich beschränkt werden. — Der Plan war nicht ohne Grund, denn Hecker, Struve, Soiron, Brentano ꝛc. waren Oberhofgerichtsadvokaten geworden, und vor der zukünftigen Generation dachte man sich sicher zu stellen und diese Anwälte als Werkzeuge der Regierung zu gebrauchen, — aber es thut's halt nimmer mehr. — Auf die Renommisterei Trefurt's, er erwarte ruhig das Urtheil auf ein Mißtrauensvotum, bemerkte ihm Welker kurz und bündig: „er sei ja immer in der Minderheit gewesen," was freilich diesen konstitutionellen Minister nie hinderte nach wie vor seine Stelle zu behal-

*) Reaktionär gegen volksthümliches Gerichtswesen, besonders gegen das Geschwornengericht, obwohl er früher sehr liberal war (that) und sich als Anhänger der Jury aufstellte, ein Mann, der eng der reaktionären Kamarilla angehörte, die sich besonders um Markgraf Wilhelm von Baden, den Kommandanten des 8ten (süddeutschen) Armeekorps, zusammenzog. Trefurt nannte z. B. die Verfassung ein Christgeschenk, das man unartigen Kindern wieder nehmen könne.

ten. — In diese Kammerdebatte trat nun eine große wirkungsreiche Volksthat, die den Anfang der ganzen Bewegung machte.

In Mannheim, dem Aufenthaltsorte Hecker's und Struve's, war seit wenigen Jahren eine ungeheure Veränderung eingetreten. Früher eine gleichgültige Bürgerschaft unter polizeilicher Aufsicht des 4ten Regiments waren es nun die Mannheimer, die wenigstens in Worten für die Bedürfnisse der Zeit am kräftigsten einstanden. Selbst auf das Militär hatte der neue Geist außerordentlich wohlthätig gewirkt. Die frühern scheußlichen Scenen brutaler Soldatenrohheit hatten nicht nur ganz aufgehört, die Soldaten waren sogar zu den Bürgern in ein ganz kordiales Verhältniß getreten. In Mannheim kam unter Struve's Redaktion der **Deutsche Zuschauer** heraus, der vorzüglich die gesellschaftlichen Interessen vertrat. Neben dem Zuschauer erschien noch die bekannte Mannheimer-Abendzeitung unter Grohe's Redaktion. Dieser politische Aufschwung war nun vorzüglich **Struve's** Werk. Dieser Mann, früher im Dienste der Diplomatie, hatte einen tiefen Abscheu gegen die seelenverkäuferische Hofpolitik eingesogen. Von Natur aus mit äußerst lebendigem Gefühl und großem Scharfsinne begabt, mußten bittere Erfahrungen diesen Mann auf eine Bahn führen, die für ihn mühsam und dornenvoll war, die aber eine dankbare Nachwelt mit Rosen warmer Liebe bestreuen wird. Struve kannte scharf und tief die Faulheit und Morschheit der Zustände, er hatte Gelegenheit genug, die Lüge der Zeit nach allen Richtungen zu sondiren, und die edle schwärmerische Seele dieses Mannes bot nun alle Kraft auf, den Theil der Nation zur Geltung zu bringen, der, von der halben Bildung noch nicht angefault, bei gesunden Sinnen und gesundem Verstande noch ein warmes kräftiges Herz hat, dem es noch nicht möglich ist, eine Wahrheit, eine Ueberzeugung von dem thatkräftigen Herzen zu trennen, wo die natürliche Energie noch nicht durch verkehrte, heuchlerische Erziehung, abgeschwächte Sinne und eingeimpfte Vorurtheile gelähmt, wo es noch möglich war, für einen großen Gedanken ein aufopferungsfähiges Herz zu finden, wo mit e i n e m Worte noch ganze Menschen zu finden waren — in den sogenannten untern Ständen.

Wie nun Struve die Interessen des Volkes in seinem „Zuschauer" vertrat, einem Journal, dem selbst politische Gegner eine edle würdige Haltung nicht absprechen konnten, so stand der Ab-

geordnete **Friedrich Hecker** in der Kammer für dieselben ein, Struve gleichsam sekundirend. Was Hecker vorzüglich auszeichnete, war, neben scharfem, treffendem, oft schneidendem Ausdruck, die männliche Gesinnung, das warme Herz, Eigenschaften, die den Mann mit dem seelenvollen Auge und den edeln Zügen zum Lieblinge des Volkes machten. In Mannheim wirkten diese beiden Männer, mit ihnen noch besonders Buchhändler Hoff (der sein Geschäft nur zur Verbreitung republikanischer Ideen gebrauchte), erst in kleinern, dann in größern Kreisen. Da und dort fanden kleinere und größere Versammlungen statt zur Besprechung vaterländischer Angelegenheiten und die Mannheimer Presse kämpfte unermüdet gegen die tausend Unterdrückungsversuche und den Censurzwang nicht nur in Baden.

Als nun die Nachrichten der französischen Revolution hereinbrachen, war in Mannheim ungeheure Aufregung. Alle Gedanken, Wünsche, Bedürfnisse der Zeit drängten sich durch alle andern Interessen vor. Man blieb nicht bei der passiven Bewunderung der großen That stehen, sondern benutzte dies Ereigniß sogleich, um Forderungen zu stellen, deren schleunige Verwirklichung das Volk erwartete. Sonntag, den 27. Februar versammelten sich an 3000 Bürger in der Aula in Mannheim, behufs einer Petition an die zweite Kammer zur schleunigen Einsetzung wichtiger Institutionen, als: Nationalvertretung durch ein deutsches Parlament (an Bassermann's Motion anknüpfend, die vor wenigen Tagen von der Kammer einstimmig angenommen wurde, ehe noch Nachrichten über die franz. Revolution da waren), Aufhebung des Inquisitionsverfahrens und Einführung von Schwurgerichten (eine Sache, die in Baden besonders durch Mittermaiers ausgezeichnete Thätigkeit schon längere Zeit angeregt war), vollständige Preßfreiheit und Aufhebung des stehenden Heeres durch eine allmälige Verschmelzung desselben mit einer **wahren** Landwehr, wie wir sie in der Schweiz besitzen.

Das waren allerdings Lebensfragen; es ist daher erklärlich, daß diese Petition, die in energischem Tone abgefaßt war, im ganzen Lande mit dem größten Jubel aufgenommen und überall, wenn auch in veränderter, zuweilen schwächerer Fassung, doch in der Hauptsache, den vier Forderungen, einmüthig von konstitutioneller wie radikaler Seite unterzeichnet wurde. Zugleich beschlossen

die Mannheimer diese Forderungen durch einen massenhaften, aber unbewaffneten Zug nach Karlsruhe zu unterstützen, was auch sogleich in Heidelberg, Offenburg und vielen andern Orten angenommen wurde. So kam es denn, daß am 29. Februar und 1. März Tausende nach Karlsruhe sich in Bewegung setzten.

Der Morgen des 1. März ist ein unvergeßlicher. Ein Riesenzug mit zwei Lokomotiven brachte viele hundert Männer aus Mannheim, Heidelberg &c. nach Karlsruhe, ein gleicher Zug kam aus dem Oberlande, nachdem schon eine außerordentlich große Zahl den Abend vorher angekommen war, um am folgenden Morgen die Kammerverhandlungen anhören zu können. Die Turner von Karlsruhe mit einigen Heidelberger Turnern, ein kleines Häufchen von 50 Mann, zogen den Ankommenden entgegen. Mit der Zeit sammelte sich eine zahllose Menschenmasse vor dem Bahnhofe und als nun gegen 11 Uhr die Mannheimer &c., Struve an ihrer Spitze, ankamen, erdröhnte die Luft von Freudengrüßen. Mit Jubel erblickte das Volk hier zum erstemal die schwarz-roth-goldnen Schleifen, welche die Mannheimer an ihren Hüten trugen, von Struve's begeisterter Frau verfertigt, die die ganze Nacht hindurch daran gearbeitet hatte. Damals war Sinn in dem Tragen der Farben, da sie noch nicht die Hauptsache selber waren, wie später, sondern Symbole der Volksfreiheit, zu deren Erringung jetzt der erste Schritt gethan wurde. Die Menge strömte nun in den großen Saal der Bürgergesellschaft „Harmonie". Dort wurden nun aus der Versammlung Männer gewählt, welche den Auftrag hatten, die Petition den Kammern persönlich zu überreichen. Struve ward zum Sprecher gewählt. Nun setzte sich der ganze Zug in der besten Ordnung in Bewegung, die Abgeordneten mit dem Sprecher voraus. Durch die leeren Straßen der Residenz*) zog die große Schaar, 5 Mann hoch, in den innern Hof, unmittelbar vor der Kammer, in welcher die Gallerien und die Zwischenräume im Saale selber so von Menschen überfüllt waren, daß die Deputirten Mühe hatten durchzukommen. — Struve verlangte nun mit den andern vom Volk Ge-

*) Neben der begeisterten, gehobenen Stimmung der Angekommenen (meistens angesehene Bürger) nahm sich die Theilnahmlosigkeit und Gleichgültigkeit der Karlsruher Bürger traurig aus. Viele schlossen sogar ihre Läden aus Furcht vor Plünderungen

wählten vorgelassen zu werden, wobei man sich dahin verständigte, daß Struve die Petition Hecker übergebe und dieser sie dem Präsidenten abzugeben habe. Endloser Jubel erscholl in dem Augenblick, als Struve seinem Freunde Hecker die Forderungen des Volkes anvertraute; sie hätten in keine würdigere Hand gelangen können. Nun vergingen denkwürdige Stunden. Im Ständesaal lebhafte Debatte, im Hofe und vor demselben die dichtgedrängte Menschenmasse aus allen Gegenden des Landes, die mit der regsten Theilnahme die Kammerverhandlungen sekundirte. In den freudigen Zuruf bei Bekanntmachung, daß die Regierung die Censur aufgehoben und die Forderung der Preßfreiheit gewähre, mischten sich allgemeine Ausrufe wie: „Nicht genug, nieder mit Regenauer, Trefurt, Blittersdorf!" und neben der gewöhnlichen Petition zirkulirte ein Blatt unter dem Volke, in dem noch Weiteres als die vier erwähnten Punkte stand, und das hier mitgetheilt wird, weil es embryonenartig, wie es ist, dennoch schon die Offenburger Proklamation und das Manifest der Republikaner in Frankfurt in sich schließt.

„Forderungen des deutschen Volkes.

Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere.

Ein deutsches Parlament, frei gewählt durch das Volk. Jeder deutsche Mann, sobald er das 21ste Jahr erreicht hat, ist wahlfähig als Urwähler und wählbar zum Wahlmann. Auf je 1000 Seelen wird ein Wahlmann ernannt, auf je 100,000 Seelen ein Abgeordneter zum Parlament. Jeder Deutsche, ohne Rücksicht auf Rang, Stand, Vermögen und Religion, kann Mitglied dieses Parlamentes werden, sobald er das 25ste Lebensjahr zurückgelegt hat. Das Parlament wird seinen Sitz in Frankfurt haben und seine Geschäfts-Ordnung selbst entwerfen.

Unbedingte Preßfreiheit.

Vollständige Religions-, Gewissens- und Lehrfreiheit.

Volksthümliche Rechtspflege mit Schwurgerichten.

Allgemeines deutsches Staatsbürger-Recht.

Gerechte Besteuerung nach dem Einkommen.

Wohlstand, Bildung und Unterricht für Alle.

Schutz und Gewährleistung der Arbeit.

Ausgleichung des Mißverhältnisses von Kapital und Arbeit.

Volksthümliche und billige Staatsverwaltung.
Verantwortlichkeit aller Minister und Staatsbeamten.
Abschaffung aller Vorrechte."

Die hohe Wichtigkeit dieser Forderungen sollte aus einem anderen unendlich wichtigen und inhaltschweren Ereignisse in der Kammer selber hervorgehen. Während die „Forderungen" unten im Hofe unter dem Volke kursirten und die einzelnen Punkte tausendstimmig verlangt wurden, trat im Ständesaal Hecker auf und trug eine von acht Abgeordneten*) unterzeichnete Erklärung vor, welche a u c h weitere Volkswünsche enthielt, die sich die Kammer aneignen und dem Gr. Staatsministerium überreichen sollte. Staatsrath Bekk und Präsident Mittermaier verwiesen auf die entgegenstehenden Bestimmungen der Geschäftsordnung.- Der greise Republikaner Itzstein, der General der Freisinnigen wie ihn das Volk nannte und Hecker zeigten auf den Drang der Umstände, welcher keine Zögerung gestatte,-indem das Volk in einem sehr gereizten Zustand sei und sich mit den vier Punkten nicht begnüge. Mathy machte nun den Vorschlag, die acht neuen Punkte augenblicklich an die Abtheilungen zu ungesäumter Berathung zu weisen, um einerseits die Sache im gesetzlichen Wege zu erhalten, anderseits den Volkswünschen entgegen zu kommen. Dieser Antrag wurde angenommen, die Kommission sogleich gewählt und dies dem Volke angezeigt. Die Kammersitzung wurde nun aufgehoben und das Volk ging auseinander, zweifelhaft den Kopf schüttelnd, mit dem festen Entschlusse jedenfalls auszuharren, bis die Kammer einen entscheidenden Schritt thun würde. Struve's Haltung bei der Sache war würdig. Zugleich zeigte sich aber die große Gewalt, die er und Hecker über das Volk hatten, indem diese Männer allein den hochgestiegenen Unwillen desselben in das gesetzliche Bett zurück bannten.

Am Nachmittag des gleichen Tages zog von der Kammer weg ein Volkshaufe von 4 — 600 Mann auf den Schloßplatz, drang sogar in den innern Schloßhof ein und hielt etwa zehn Schritte vor der Façade des Schlosses, längs welcher eine Kompagnie Pompiers aufgestellt war. Aus dem Haufen heraus wurden gleich vier junge Leute gewählt, welche den Großherzog zu sprechen

*) Hecker, Brentano, Mez, Peter, Soiron, Itzstein, Kapp, Straub.

und die Freilassung von einigen Gefangenen zu verlangen hatten, die man Aufruhrsgedanken bezüchtigte, unter denen besonders der bekannte Karl Blind, ein Mann, der mit großem Scharfsinn, bedeutendem Rednertalente und unermüdlicher Energie für die Sache der Republik thätig war, weniger die politische als die sociale Bedeutung dieser Frage hervorhebend. — Man sah, die jungen Leute wußten, wen sie verlangten. Im Schlosse Schrecken; Hausofficianten rannten auf dem Platze herum, um die auf ihrem Wunsche Festbeharrenden zur Heimkehr zu beschwören. Da fand der komische Vorfall statt, daß ein alter General einen der jungen Revolutionäre, der als Sprecher bestimmt war, bei den Händen faßte und beschwor: er möchte doch die Leute nach Hause gehen heißen und dem guten Großherzog keinen solchen Schrecken machen. Einige beliebte Deputirte wurden gerufen, auf deren Zureden die Menge sich wieder verlief.

In den mannigfaltigsten Aeußerungen über diesen Vorgang brachte man die Zeit bis zum Abend hin. Des Abends versammelte sich eine große Menge der Angekommenen im Saale des Prinz Karl, wo die freisinnigen Deputirten zusammen kamen. Auch die Führer der Republikaner, vor Allen Struve, waren da. Gewichtige Reden über die Fragen der Zeit wurden mit stummem Ernste aufgenommen. Alles fühlte, daß die Zeit Großes verlange, doch hoffte man mit der Kraft der öffentlichen Meinung und des unzweideutig ausgesprochenen Volkswillens friedlich zum Ziele zu kommen. Man war auf Alles gefaßt, Gutes und Schlimmes je nach Gebühr aufzunehmen. In die seltsame Stimmung dieses Augenblicks, im lebendigen Gefühle sich trotz der großen Aufregung in den Schranken der Ordnung und des Gesetzes gehalten zu haben, traf nun eine Nachricht ein, welche die ruhige Stimmung im Nu umwandelte. Man überreichte Struve ein eben herausgekommenes Regierungsblatt. Oben stand: „provisorisches Gesetz." Hatte man, belehrt durch die unzweideutigsten Erfahrungen, sogar der neuesten Zeit (ich erinnere an das oben erwähnte Preß- und Wehrgesetz), den Maßregeln der Regierung mit Mißtrauen entgegengesehen, so war nun beim Erscheinen dieses Blattes, das schon die Aufschrift als ein bloß dem aufgeregten Augenblick zugestandenes Provisorium bezeichnete, die allgemeine Erbitterung auf den höchsten Grad gestiegen. Struve las das Blatt (worin, statt der

verlangten vollständigen Preßfreiheit, das Herausgeben von Journalen an große Cautionen gebunden war, wodurch zwar die Censur aufgehoben, aber der ganze Verlag mit Beschlag belegt werden konnte rc.), unter fortwährender Unterbrechung durch den allgemeinen Unwillen, zu Ende. Buchhändler Hoff nahm es aus seiner Hand und verbrannte es unter allgemeinem Jubel an einer Gasflamme. Struve sprach hierauf in wenigen Worten: „man sehe nun, wie weit man auf dem Wege des Vertrauens komme," und forderte Alle auf, morgen nach Hause zu gehen und zu Hause zu erzählen, wie es in Karlsruhe zugegangen. Das wurde von Allen angenommen und der Sturm des Unwillens wogte in bittern Worten. In diese Aufregung trat nun ein Mitglied der Kammer, Brentano, ein Mann, der in diesen ernsten Tagen entschieden für die Sache des Volks ohne loyale Umschweife, wie so viele Andere, sich aussprach und die Erklärung der Acht mit unterzeichnet hatte. — Brentano erschrack, als er die ungeheure Aufregung sah und beschwor die Versammlung, sich durch das traurige Edikt nicht irren zu lassen und doch diesen revolutionären Schritt nicht zu thun; wenigstens die Kammersitzung des morgigen Tages abzuwarten. Auf sein und Struve's Zureden beschwichtigten sich die Versammelten.

Die ganze Nacht hindurch arbeitete nun die von der Kammer gewählte Kommission (die Abtheilungen) an den von den acht Deputirten vorgeschlagenen Anträgen und nahm den Vorschlag mit einigen Aenderungen und Ergänzungen an. Welker ward die Ehre zugetheilt, Berichterstatter zu sein und die einzelnen Punkte der Kammer vorzubringen.

Am Morgen des 2. März waren schon früh, vor 8 Uhr, die Gänge vor dem Saale voll, während die Sitzung erst um 12 Uhr anging. Ein fröhliches Vorzeichen für das leichte Durchdringen der Volkswünsche mochte der närrische Vorfall sein, daß als aus der Masse heraus der Vorschlag gemacht wurde, die Thüre einzudrücken, einer derjenigen, die der Thüre zunächst standen, auf Gerathewohl die Schlüssel der Umstehenden sich ausbat und mit dem zweiten Schlüssel die Thüre öffnete. Gegen 12 Uhr versammelten sich die Deputirten. Hoher Ernst war auf der Stirne dieser Männer zu lesen. Der Saal war wo möglich oben und unten noch gefüllter als gestern. Die Logen des Hofes und der ersten

Kammer waren vom Volk eingenommen. Um 12 Uhr eröffnete Mittermaier die Sitzung. Welker trat als Berichterstatter auf und brachte den Inhalt der vier ersten und acht weitern Forderungen in folgenden zwölf Punkten vor:

„Die Kammer verlangt:

1) daß die Regierung sofort die provisorischen Ausnahmsgesetze, als die Karlsbader Beschlüsse vom 20. Sept. 1819, die Frankfurter vom 30. Mai, 28. Juni und 8. Nov. 1832, so wie die Beschlüsse der geheimen Wiener Konferenzen von 1834 als rechtsverbindlich für das Großherzogthum Baden nicht betrachte;
2) daß ungesäumt gleiche Beeidigung sämmtlicher Staatsbürger, mit Einschluß des Militärs, auf die Verfassung angeordnet werde;
3) daß alle Beschränkungen politischer Rechte aus dem Grunde, daß ein Staatsbürger einer bestimmten Konfession angehöre, aufgehoben, beziehungsweise den Ständen ein Gesetzesentwurf darüber vorgelegt werde;
4) daß ein Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister in der Art, daß ein Staatsgerichtshof mit Geschwornen entscheide, vorgelegt werde;
5) daß in Beziehung auf die übrigen Staatsbeamten eine vorgängige Ermächtigung des Ministeriums zur Anstellung von Klagen über Handlungen ihrer Verwaltung nicht erforderlich sei;
6) daß die Großherzogliche Regierung die Zusicherung ertheile, daß sie in nächster Bälde die Reste des Feudalwesens, insbesondere das Jagdregal, die Bürgereinkaufsgelder, so wie die Abzugssteuer der Standes- und Grundherren beseitigen werde;
7) daß Anordnungen für gerechtere Vertheilung der Staats- und Gemeindelasten, für Pflege der Gewerbsamkeit und der einfachen Arbeit getroffen werden;
8) daß die privilegirten Gerichtsstände aufgehoben werden;
9) daß eine volksthümliche Kreisverwaltung, durch geeignete Betheiligung der Bürger an derselben, eingeführt werde;
10) daß die Regierung dringend darauf hinwirken möge, daß bei der Bundesversammlung eine Vertretung des deutschen Volkes eingerichtet werde;
11) daß eine unabhängige Stellung der Richter nach den bereits früher von der Kammer gestellten Anträgen gesichert werde;

12) daß das Staatsministerium und die Stelle eines Gesandten des Großherzogthums Baden bei der Bundesversammlung nur mit Männern besetzt werde, welche das allgemeine Vertrauen des Volkes genießen."

Nach einer herrlichen Diskussion, die mit voller Freiheit auf beiden Seiten, bei musterhafter Haltung der Zuhörer, geführt wurde und die erhebendste war von allen bisherigen, wurden alle Anträge fast einstimmig angenommen. Der Jubel des Volkes war groß, doch ließ man es nicht bei dem Kammerbeschluß bewenden, sondern bewies der Regierung, durch erhebende, großartige Demonstrationen, daß diese Gedanken im Volk tiefe Wurzel gefaßt hatten. Abends zog Alles wieder heim und erzählte zu Haus die schönen Ereignisse der zwei Tage. Struve und Hecker wurden fortwährende Lebehoch gebracht, während die brausende Maschine den jubelnden Zug pfeilschnell durch die Nacht führte.

Aber nicht nur in Baden, nein, in ganz Deutschland rief die französische Revolution ähnliche Bewegungen hervor. Der Bundestag witterte gleich Gefahren aus und fand für nöthig, in das allmälig immer stärker aufflammende National- und Freiheitsgefühl der Deutschen eine Proklamation zu werfen, worin er als „gesetzliches Organ der nationalen und politischen Einheit für die Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands" zu sorgen vorgab*), und glaubte die erwachte Nation auf „einmüthigstes (Superlativ) Zusammenwirken der Regierungen und Völker aufmerksam machen zu müssen", in einer Zeit, wo das Volk anfing einmal auf seine Interessen, abgesehen von den fürstlichen, zu schauen. Der Bundestag warnt mit Bezugnahme auf die Geschichte Deutschlands (wohl das Stück deutscher Geschichte meinend, das er gemacht) vor den bittern Folgen, wenn Zwietracht unter den Fürsten und Völkern entstände und nebenbei unter den deutschen Stämmen. Der Bundestag sagt dann, er werde als bewährter Arzt die nöthigen Präservativmittel anwenden, um die revolutionäre Seuche von

*) Vom 1. März.

Man weiß durch welche Mittel; — und jetzt, da das Volk Miene machte, die labyrinthischen, unterirdischen Gänge der Hofpolitik zusammenzutreten und unter Gottes freiem Himmel unter sich die Angelegenheiten des Vaterlandes zu besprechen, glaubte der Bundestag noch immer, er sei der Kitt, der das deutsche Land zusammenhalte.

dem großen deutschen Vaterlande abzuhalten und so einer einheitlichen Entwickelung den gesetzlichen Weg offen halten. Das Nichtssagende dieser Proklamation wurde allgemein empfunden und das Volk, wie seine Vertreter in Süddeutschland besonders, sah ein, nach andern Garantien für einen gesunden Fortschritt sich umsehen zu müssen. Denn mitten in die große Bewegung und den mächtigen Aufschwung des Volkes durfte der König, der schon so oft mit seiner Macht renommirte, der König von Preußen, beim Schlusse der Sitzungen des Ausschusses des preußischen Landtages, wagen seine Verachtung der öffentlichen Meinung mit den Worten auszusprechen: „er hätte dem Ausschuß die Periodicität als Angebinde mitgegeben, doch dieselbe zurückbehalten, weil sie eine durch die Zeit abgerungene Concession hätte scheinen können."

Dieser Knall oder Puff, wie man's heißen will, prallte an dem Volk so wirkungslos ab, wie die Vertrauensproklamation des Bundestags, und auf Sonntag, den 5. März, ward von Kammermitgliedern sieben süddeutscher Staaten im Stillen eine Zusammenkunft ausgemacht, in der man sich über die nöthigen Schritte besprechen wollte. Schon am 1. März hatte Hecker in der Kammer der Regierung rund heraus gesagt, daß man die erschienenen Zusagen nicht der Regierung, sondern der franz. Revolution *) verdanke, so wie das Volk nichts Provisorisches annehme und sein Recht verlange.

Auch die badische Regierung hatte sich bewogen gefunden am 3. März, unmittelbar nach den Karlsruher Tagen, wo das Volk so große Mäßigung gezeigt hatte, eine Vertrauensproklamation zu erlassen. Die Vorfälle der zwei Tage hatten aber so große Wirkung, daß schon am Tage der Proklamation, am 3. März, Gerüchte von Ministerveränderungen umhergingen, wodurch Trefurt und Regenauer ihrer Stellen enthoben und an ihrer Stelle Ministerdirektor Brunner und der Geheime Finanzrath Hoffmann in Stettin bezeichnet wurden. — Eine Dankdeputation der Kammer an den Großherzog, wegen den Zugeständnissen, übergehe ich als eine bloße Formalität. Schon am 4. März erließ der Ministerpräsident Bekk

*) Unter „franz. Revolution" verstehe ich natürlich immer die diesjährige Februar-Revolution. Weise auf die erste von 1789 und auf die vom Juli 1830 werden genau angegeben.

ein Schreiben an den Präsidenten der zweiten Kammer, in welchem er die zwölf Anträge der Kammer dahin beantwortete, daß alle von der Regierung angenommen und demnächst in's Leben zu setzen seien.

Sonntag, den 5. März, kamen nun 51 Männer, meistens Mitglieder deutscher Kammern *), in Heidelberg zusammen, um die Forderungen und Bedürfnisse der Zeit zu besprechen. Nach langer Debatte kam man überein, auch eine Proklamation an das deutsche Volk zu erlassen, somit die des Bundestags überflüssig zu machen. Und allerdings waren in dieser Versammlung Männer, deren Namen einen guten Klang im Vaterlande hatten und deren entschiedenes Auftreten das Volk mit Jubel begrüßte.

Es kömmt einem sonderbar vor, daß diese Männer nicht damals schon einsahen, daß sie die einzige Garantie waren, die vom Volke angenommen wurde. Zu ihnen wäre das Volk gestanden, ihnen hätte man willig gehorcht, und wenn die Namen der Fürsten nur bittern Widerwillen erregten, so jubelte das deutsche Volk bei den Namen: Itzstein, Welker, Hecker, Bassermann, Brentano, Gagern, Leisler, Römer, Gervinus **), Struve, Willich rc. Wenn die Franzosen ihren Arago, Düpont, Cremieux, Lamartine, Louis Blanc hatten, so war die deutsche Nation wahrhaftig an Namen nicht arm, zu denen das Volk, vor Allem die energischen Republikaner, eben so treu gehalten hätten, wie die Franzosen zu ihrer provisorischen Regierung. — Die Scheu dieser Männer vor dem Monarchismus der Völker war eben so unerklärlich, wie das sorgfältige Bestreben alle diese offenbar revolutionären Schritte gesetzliche zu nennen. Die Versammlung in Heidelberg und die Proklamation war offene Revolution gegen den Bundestag, den Repräsentanten des damaligen Regierungssystems.

Der Blick dieser Männer war besonders auf eine Nationalvertretung gerichtet. Der Gedanke einer Konstituante lag nahe

---

*) Vertreten waren: Preußen (Rheinprovinz), Baiern, Württemberg, Baden, Hessen (alle drei Hessen), Nassau und Frankfurt.

**) Der seine Antipathie gegen die Republik damals nur in der franz. Sache andeutete, wobei zudem das Meiste seinem Pariserkorrespondenten und seinem Mitarbeiter Häußer zugehört. Die Catilinarien gegen die deutschen Republikaner und die Sympathie für preußische Hegemonie traten damals noch nicht hervor. Doch schon in dieser Versammlung fielen seine Evolutions-Vorschläge durch.

genug. Wenn je aus diesem Parlamente Deutschland Heilsames entsprießt, so gebührt dem raschen Zusammentreten der Versammelten die dankbarste Anerkennung. Die Proklamation, d. h. die eigentlichen Beschlüsse derselben, lautet:

„Die Versammelten sprechen ihre Ueberzeugung von dem, was das Vaterland dringend bedarf, einstimmig dahin aus:

Deutschland darf nicht durch Dazwischenkunft in die Angelegenheiten des Nachbarlandes oder durch Nichtanerkennung der dort eingetretenen Staatsveränderung in Krieg verwickelt werden.

Die Deutschen dürfen nicht veranlaßt werden, die Freiheit und Selbständigkeit, welche sie als ihr Recht für sich selbst fordern, andern Nationen zu schmälern oder zu rauben.

Die Vertheidigung der Deutschen und ihrer Fürsten darf hauptsächlich nur in der Treue und dem bewährten Kriegsmuth der Nation, nie in einem russischen Bündnisse gesucht werden.

Die Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung ist unaufschiebbar, sowohl zur Beseitigung der nächsten inneren und äußeren Gefahren, wie zur Entwickelung der Kraft und Blüthe deutschen Nationallebens.

Um zur schleunigsten und möglichst vollständigen Vertretung der Nation das Ihrige beizutragen, haben die Versammelten beschlossen:

Ihre betreffenden Regierungen auf das Dringendste anzugehen, so bald und so vollständig, als nur immer möglich ist, das gesammte deutsche Vaterland und die Throne mit diesem kräftigen Schutzwalle zu umgeben.

Zugleich haben sie verabredet, dahin zu wirken, daß baldmöglichst eine vollständigere Versammlung von Männern des Vertrauens aller deutschen Volksstämme zusammentrete, um diese wichtigste Angelegenheit weiter zu berathen und dem Vaterlande wie den Regierungen ihre Mitwirkung anzubieten.

Zu dem Ende wurden sieben Mitglieder ersucht, hinsichtlich der Wahl und der Einrichtungen einer angemessenen Nationalvertretung Vorschläge vorzubereiten und die Einladung zu einer Versammlung deutscher Männer schleunigst zu besorgen.

Eine Hauptaufgabe der Nationalvertretung wird jedenfalls die Gemeinschaftlichkeit der Vertheidigung und der Vertretung nach Außen sein, wodurch große Geldmittel für andere wichtige Bedürf-

nisse erspart werden, während zugleich die Besonderheit und angemessene Selbstverwaltung der einzelnen Länder bestehen bleibt."

Aber auch das Volk blieb bei der Sache nicht theilnahmlos. Eine ungeheure Menschenmasse wogte in der Straße vor dem Versammlungsorte der Männer. Mittags, während man über die Proklamation debattirte, war eine große Volksversammlung in der Stadt, wo man beschloß, den Versammelten auszusprechen, wie sehr das Volk an seinen Forderungen festhalte, die Nothwendigkeit dieses Schrittes einsehe und den Männern dies energische Auftreten, troß der Proklamation des Bundestags, verdanke. Die Versammlung wählte eine Deputation von zehn wackern, durch ihre tüchtige Gesinnung bekannten Heidelberger Bürgern und einen jungen Mann zum Sprecher. Nach geendigter Debatte wurde die Deputation vorgelassen und von dem alten Itzstein auf männliche, liebevolle Weise begrüßt. Die entschiedenen Worte des Sprechers wurden von den Versammelten mit der größten Theilnahme aufgenommen und herzliches Händedrücken besiegelte den neuen Bund des Volkes mit seinen Vertretern.

IV.

Aber nicht nur in Baden, in ganz Deutschland weckten die Donner der Februarrevolution die dem Freiheitsmorgen entgegen träumenden Völker. Die nämlichen Gründe, welche in Baden den Ausbruch hervorriefen, waren verstärkt oder schwächer allwärts Ursache der rasch eintretenden Bewegungen — nämlich die allmälig entwickelte Volksbildung und die materielle Noth, nur daß die politische Bildung anderwärts nicht so verbreitet und die bloß allgemeine Bildung kein hinreichendes Aequivalent für die ersten Bedürfnisse der Zeit bildete, was die unbedeutende Theilnahme des deutschen Volkes an der republikanischen Bewegung in Baden deutlich genug zeigte.

Merkwürdig war es, wie die überall aufsteigenden „Volkswünsche" und Forderungen sich genau den Forderungen des badischen Volkes anschlossen, theils Aneignung der vier Mannheimer-Forderungen, wo der gemäßigte Liberalismus überwog, besonders in Residenzstädten, theils Anschluß an die weiteren Volksforderungen der badischen Republikaner, wo entschiedenere Gesinnung sich zeigte, oder wo materielle Noth zu energischen Schritten drängte.

Schon am 11. März hob die württembergische Regierung die Censur auf und stellte das Preßgesetz vom Jahr 1817 her. Den Reigen der Volksforderungen eröffnete auch diesmal wieder Hanau mit einer Petition an den Kurfürsten, in der man um Auflösung der Kammern, des Ministeriums, neue Zusammensetzung dieser Behörden und um Preßfreiheit bat. Am 2. März beschloß der Stadtrath oder Bürgerausschuß von Kassel eine Petition an den Kurfürsten für Maßregeln gegen die einbrechende Noth. Der Kurfürst

schickte dagegen Artillerie nach Hanau und Marburg. — Aus Rheinhessen (Worms und Offenbach) Petitionen, die sich an die Volksforderungen der badischen Republikaner anschlossen. Anträge auf Reformen in der hessisch-darmstädtischen Kammer. — Die braven Mainzer beschlossen den Karneval aufzugeben, dafür die Zeit den wichtigen Interessen der Gegenwart zu widmen. Auch eine Volksversammlung von 3000 Nassauern schloß sich den Volksforderungen an. Am 2. März Krawall gegen Lerks. Von Tübingen aus die sieben von Uhland aufgestellten Punkte. — In Marburg große Aufregung durch das Erscheinen einer Hanauerdeputation, welche dem Kurfürsten die Petition zu überbringen hatte. Die entschiedene Sprache eines der Hanauer Deputirten bei einem Ständchen, das man den Hanauern brachte, erregte die größte Theilnahme. Der Bürgerausschuß in Marburg entwarf ebenfalls eine Petition, worin man sich im Wesentlichen an die Volksforderungen anschloß, und Zusammensetzung eines neuen Ministeriums und neuer Landstände gehörte unter die ersten Forderungen. Am 3. März Volkswünsche in Stuttgart, Ulm. Auch in Leipzig. Am 4. März Zugeständnisse in Hessen-Darmstadt. In Mainz Errichtung einer Bürgergarde. Versammlung in Frankfurt und Adresse an den Senat. Bewilligung der Nassauer-Forderungen*). Vom 5. bis 10. März Gerüchte konstitutioneller Reformen in Oesterreich. Dagegen Truppenzusammenziehungen am Rhein, ohne aber Süddeutschland schrecken zu können (bange machen jilt nicht, sagen sogar die weißbierigen Berliner). Demokratische Forderungen in Köln, wo der edle Willich, beide Gottschalk und Anneke die Interessen der untern Klassen vertraten. Fortwährende Unruhen in München, Unruhen in Kassel; Ernennung des Erbgroßherzogs von Darmstadt zum Mitregenten. Concessionen in München, wobei die Urlaubsverweigerungen aufgegeben wurden. Am 5. März die Ernennung Gagern's zum

*) Wobei der Herzog die denkwürdigen Worte aussprach: „Nassauer! Die Forderungen, die ihr an mich gestellt habt, deren Gewährung auch mein Minister versprochen und meine Mutter (!—) und mein Bruder mit ihrem Namen verbürgt haben, genehmige ich und werde ich halten (! —). Habt Vertrauen auf mich (!), wie ich Vertrauen habe auf euere Treue und Muth (?), wenn das Vaterland bedroht ist (d. h. der Herzog). Nun, geht jetzt mit Gott nach Haus und habt Vertrauen zu mir, wie ich zu euch.“

darmstädtischen Minister. Zugleich noch neuer Erlaß des Herzogs von Nassau, worin er die Gewährung der Forderungen schwarz auf weiß gab mit neuen Betheuerungen, daß er diese Versprechen halten werde und Beschwörungen, man solle doch zu ihm halten, denn jetzt gelte es Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten. — Und nun brach ein Petitionensturm auf alle regierenden Häupter los, der diese herrschaftlichen Windbeutel in einen wahren Wirbelwind hinein riß. An ihre respektiven Regierungen kamen im Verlauf einiger Tage Adressen und Petitionen aus Düsseldorf, vielen württembergischen Orten, Koburg, Neustadt a. d. Hardt (12 Punkte), Nürnberg (7 Punkte), Homburg, Aachen, Augsburg, Hannover, Braunschweig, wiederholt aus Kassel, Leipzig (Köchly's entschiedene Fassung fiel mit kleiner Mehrheit durch, eine gemäßigtere wurde angenommen, doch für die gleichen Forderungen), Bonn (auch speciell eine von der Universität, wie in Baden von Heidelberg aus), Osnabrück, Saalfeld, Jena, Wien, Mühlheim a. d. R., Dortmund von rhein. Ständemitgliedern, von Koblenz, Burtscheid und Kurfeld in Rheinpreußen, Kremitzschau in Sachsen (Wydenbruck's Motion in Weimar, auch dahin zielend), Hildesheim, Kreuznach, Elberfeld, Dresden, noch einmal aus Koburg, Wismar, Gotha, wieder Weimar, Elbing, Münden, Lüneburg, ja aus den hannöver'schen Städten Peine, Neuhaus, Celle, Harburg (und fünf andern hannöv. Städten), Hameln, Leer (von Hannoveranern aus dem Lande Hadeln, Wursten und Bederkäsa), aus Weilburg, Hirschberg a. d. Saale, Breslau, Dessau, Altenburg ꝛc. ꝛc.

Und nun Schlag auf Schlag die wichtigen Ereignisse, die so lähmend auf die republikanischen Bewegungen zurückwirkten. Ich meine vornämlich die Ministerveränderungen, wodurch ausgezeichnete Männer, die bisher so entschieden für die Volkssache eingestanden und in dem heftigsten Widerspruche mit den Regierungen lebten, sogar theilweis konstitutionelle Optimisten wurden. Schon bei seiner Heimkehr von der Heidelberger-Versammlung erwartete Gagern das Minister-Portefeuille. Die Ministerveränderungen in Baden habe ich schon erwähnt. Um den 6. oder 7. Mai wurde Blittersdorf, der badische Bundestagsabgesandte, abgesetzt und Karl Welker an seine Stelle gesetzt. Es begann die Zeit der Vertrauensmänner. Traurige Thorheit, einem Volke, das anfängt

von der Vertrauens- und Glaubensmethode abzugehen und die vernünftige Ueberzeugung als Maßstab der Dinge anzulegen beginnt, den alten ledernen Vertrauenszaum mit schwarz-roth-goldenen Fähnchen besteckt wieder umhängen zu wollen. — In München das 1 ½ stündige Ministerium des Fürsten Wrede und hierauf die Ernennung von Thon-Dittmer zum Minister des Innern. In Würtemberg Sturz des Ministeriums Schlayer und auf den Ministersesseln Duvernoy, Pfizer und der greise Republikaner Römer.

Den außerordentlichen Schritt der Regierung, die äußerste Linke in's Kabinet zu ziehen, mögen wohl die bedenklichen Unruhen im Hohenlohischen, Leining'schen 2c. verursacht haben. In diesen Brennstoff, der überall verbreitet war, wollte man nicht noch die Fackel eines neuen Bauernkrieges geschleudert sehen. Durch das Vorschieben beliebter Persönlichkeiten sammelt man neue Schaaren um den Thron und man kann sagen, daß die bisherigen entschiedensten Oppositionsmänner, meistens theoretische Republikaner, die einzigen Stützen der Throne wurden, denn ohne diese sogenannten Vertrauensmänner hätten die Fürsten, um ihrer bisherigen Politik willen, einen jämmerlichen Bankerott gemacht. Die Staatstreibhausidee sollte noch eine Zeit lang herrschen.

Am 8. März hatte auch der bekannte mächtige Minister Falkenstein in Sachsen seine Demission gegeben.

Den Bauernkrieg im Hohenlohischen, Leining'schen, im Odenwald 2c., der einen sehr bedenklichen Charakter angenommen hatte und den man nur durch Aufhebung aller Feudalrechte stillen konnte, begleiteten ähnliche Bewegungen in Sigmaringen, wo auch alle Forderungen des in Schaaren zum Hauptort strömenden Volkes angenommen wurden. Durch das in Hessen-Darmstadt durch Gagern eingeführte freie Associationsrecht wurden die Turngemeinden wieder hergestellt. Vom Bundestag hörte man von Schritten zu Volksvertretung am Bunde. In diese Stimmung, wo die Regierungen Concessionen auf Concessionen machen mußten und alles, was das Volk nur wollte, bewilligt wurde, kam noch die Nachricht vom Uebertritt Neuenburg's zur Schweiz, was Preußen von Neuem bloß stellte. Man sprach auch von einem bedenklichen Aussehen der Berliner Arbeiter, von einem großen Zuge von 5000 Leipzigern nach Dresden. Von allen Seiten laufen wieder Concessionen ein, wie von Lippe-Detmold, Schwarzburg-Sonders-

hausen*), Schauenburg, Braunschweig rc. rc. Am 14. März Nachrichten von Zusammenrottungen in Berlin.

Neben diesen friedlichen Petitions- und Adreßbewegungen und Ministerwechseln wurde aber auch Ernst gemacht. Der Anfang geschah wieder in Kassel. Am 4. März wurde die Adresse der Stadt Marburg durch eine Deputation von drei Männern überreicht, unter denen sich auch der Landtagsdeputirte, Bierbrauer Lederer, befand. Die Antwort des Kurfürsten auf diese Adresse bestand in den lakonischen Ausdrücken: „Kein Bierbrauer regieren, Universität verlegen, Audienz beendigt." Die Erbitterung der Hoheit war so groß, daß die Plebejer nicht einmal einer zusammenhängenden Antwort gewürdigt wurden. Nun in Kassel Alles in größter Aufregung. Scheffer, der dem Kurfürsten noch härtere Maßregeln gerathen hatte, wurde abgesetzt und der Pedant Lotz an seine Stelle gewählt. — Der Hanauer Deputation wurde eine zweite nachgeschickt, welche der ersten den Beschluß der Stadt ankündigte, daß man nicht dafür gut stehe, was kommen könne, wenn die Koncessionen nicht gleich bewilligt würden. Die Deputation sollte daher augenblicklich nach Hanau zurück, von wo aus man in einem großen Zuge nach Kassel marschiren wolle. — Am 8. März neue Zuschrift an den Kurfürsten mit der Bedingung, in drei Tagen Antwort zu geben, widrigenfalls Trennung in Aussicht gestellt würde. Diese Adresse war die erste in Deutschland, in der die Unterzeichner den Muth hatten auszusprechen, daß das Volk sein Recht und nicht eine Gnade verlange. Der Schluß lautet charakteristisch: „*Jetzt ist die Stunde gekommen, wo Sie zu zeigen haben, Königl. Hoheit, wie Sie es mit dem Volke meinen. Zögern Sie nicht einen Augenblick, zu gewähren, vollständig zu gewähren.* Besonnene Männer, Königl. Hoheit, sagen Ihnen hier, daß die Aufregung einen furchtbaren Charakter angenommen hat. Bewaffneter Zuzug aus den Nachbarstädten ist bereits vorhanden, schon wird man mit dem Gedanken einer Lostrennung vertraut und kennt recht wohl das Gewicht der vollendeten Thatsache. *Königl. Hoheit, gewäh-*

---

*) Wo der Herrscher dieses Miniaturstaats sagte: „Ich verleihe diese Punkte zur Gewährung der Güter, um deren Besitz *die Wünsche meiner Völker* sich vereinigen."

Wahlmänner zu wählen, auf Sonntag, den 19. l. M., Vormittags 10 Uhr, zu einer allgemeinen Versammlung nach Offenburg ein, wo das Weitere berathen und beschlossen werden wird.

Karlsruhe, 9. März 1848.

†Dr. Hecker. †Peter. Struve. †Welker. E. Eller. †v. Itzstein. †Richter. †Sachs. †Kapp. Val. Streuber. †Soiron. †Straub, †Metz. J. P. Grohe. Heinrich Hoff*)."

Von zehn Deputirten und fünf allgemein geliebten Volksmännern unterzeichnet. Die Vorbereitungen auf dieses Fest nahmen die ganze Zeit bis zum 19. März in Anspruch. Schon am 12. März hatte der von der Heidelberger-Versammlung gewählte Ausschuß folgende Anzeige erlassen:

„Der Ausschuß, welchen die zu Heidelberg am 5. März versammelten deutschen Männer beauftragten, vorläufig die Grundlagen einer nationalen deutschen Parlamentsverfassung zu berathen, hat über diese Grundlagen sich so weit geeinigt, daß dieselben einer größern Versammlung der Männer des Vertrauens unseres Volkes zur weiteren Berathung vorgelegt werden können. Wir laden demgemäß alle früheren oder gegenwärtigen Ständemitglieder und Theilnehmer gesetzgebender Versammlungen in allen deutschen Landen (natürlich Ost- und Westpreußen und Schleswig-Holstein mit einbegriffen) hiermit ein, sich Donnerstag, den 31. März in Frankfurt a. M. zu dieser Berathung einzufinden. Eine bestimmte Anzahl anderer durch das Vertrauen des deutschen Volkes ausgezeichneter Männer, die bisher nicht Ständemitglieder waren, werden noch besondere Einladungen erhalten. Alle diejenigen, welche dieser Einladung Folge leisten, bitten wir am 30., als am Anmeldungstage, oder vor der 1sten Sitzung rc.

Heidelberg, 12. März 1848.

Binding I., Gagern, Itzstein, Römer, Stettmann, Welker, Willich."

Gegen republikanische Bewegungen im Seekreis fand man sich schon bewogen, den beliebten Abgeordneten Peter als Regierungskommissär zu schicken. In allen entschiedenen Blättern wurde nur

---

*) Die mit † Bezeichneten sind Deputirte.

über die Republik gesprochen. Zugleich Anzeige der republikanischen: „Deutschen Volkszeitung."

Im übrigen Deutschland nahmen nun die Reformbewegungen den gemüthlichsten Fortgang. — Am 14. wurde die würtemb. Kammer eröffnet und mit der Vorlage eines tüchtigen Wehrentwurfes von Düvernoy begonnen. Zugleich aber das Gerücht, daß 2—3000 Oesterreicher nach Ulm gebracht werden sollten, was ungemeine Erbitterung hervorrief. Man begann ernstlich an die Losreißung von Schleswig-Holstein zu denken. In Leipzig Zusammenkunft der Opposition und der liberalen Kandidaten, Aufstellung eines Programm's der Volksforderungen und Wahl Blum's und Biedermann's an die Versammlung in Frankfurt. — In Hannover Deputation von Hildesheim an den König, die aber von ihm, wie nachher von Minister Falke, „wegen überhäufter Geschäfte" nicht vorgelassen wurde. Am 14. Eröffnung der Stände in Kassel, worin Wippermann sich für die konstitutionelle Monarchie aussprach und von der Kammer mit 30 Stimmen (von 33) zum Präsidenten vorgeschlagen wurde. Zugleich Ministerveränderungen. Neue Ministerwahlen in Sachsen (wohl in Folge der Wiener Ereignisse), in Braun, Pfordten und Georgi, und immer fortgesetzter Petitionen- und Adressensturm aus allen Theilen Deutschlands.

Am 16. März wird Uhland von Württemberg aus zum Bundestagsgesandten ernannt, wobei die Deutsche Zeitung seltsamerweise folgenden Passus in ihre Reihen aufnimmt, der mit wenigen Worten ihrer ganzen Auffrischungstheorie den Hals brach. Sie sagt nämlich über die Wahl Uhlands: „Niemand weiß besser als Uhland selbst, daß man keinen neuen Wein in alte Schläuche schüttet*)." Ein Wort, das auf alle diese Wahlen vollkommen paßt.

Am 14. März erließ König Ernst August wieder eine Proklamation an sein Volk, die auch in der Deutschen Zeitung steht und die um ihrer Originalität willen ein längeres Andenken erhalten sollte. Ein zukünftiger Geschichtschreiber dieser Tage wird gewiß dies „Musterstück patriarchalischer Politik, die das Volk als eine wollige und unmündige Heerde betrachtet," wie die D. Z. sagt, gerne als ein charakteristisches Dokument der Zeit aufnehmen**).

---

*) D. Z. vom 20. März.

**) Der König sagt: „Hannoveraner! Diese Anrede erregt in Mir nur die

Am 14. März fand der merkwürdige Auszug der Göttinger Studenten statt, welche der hannöverschen Polizeichikane entfliehen wollten. Am 18. wird Jordan hessischer Bundestagsgesandter.

Gefühle von Liebe und Zutrauen, welche durch die stärksten Beweise der Anhänglichkeit an den angestammten König und das Vaterland in der unglücklichen Zeit von 1803—13 von Euch ohne Ausnahme bewiesen, auch seitdem bethätigt sind. Von diesen Gefühlen erfüllt, antworte Ich hierdurch Selbst auf alle Eure Petitionen, denn von früh Morgens bis spät Abends, oft bis zur Erschöpfung, mit Geschäften überhäuft, kann Ich nicht Euch Alle sehen oder einzeln antworten; aber Jeder soll sein Recht haben. Die meisten dieser Petitionen beweisen Mir noch immer die alte Liebe und das Zutrauen Meiner geliebten Unterthanen. Wo andere Wünsche darin laut werden, kommen sie — davon bin ich überzeugt — nicht von Hannoveranern selbst, sondern sind durch Fremde eingeflößt (!!), die überall Unordnungen und Verwirrungen anzuregen bemüht sind. Ich bin fest überzeugt von der Treue und dem gesunden Sinne Meiner Unterthanen, daß sie sich nicht ihre eigene Ruhe und ihren Wohlstand, den jeder Fremde, welcher in das Land kommt, beneidet, vernichten werden. Die Begründung und Erhaltung Eures Glücks und Eures Wohlstandes, welche stets Meine unablässige Sorge gewesen ist, wird nicht aus meinen Augen gelassen und liegt Mir jetzt mehr am Herzen als jemals. Ich bestrebe Mich, Alles zu thun, was in Meinen Kräften steht, um Eure Wünsche zu erfüllen, ohne Euer wahres Glück zu zerstören. Das Ergebniß Meiner Erwägungen über die Zulässigkeit der Gewährung eines Theils dieser Wünsche, und die Maßregeln, welche ich im verfassungsmäßigen Wege dieserhalb vorbereiten lasse, werden Euch dies beweisen*). Diese Versicherung wird jeder Hannoveraner verstehen und glauben, da jeder weiß, daß sein König nie Das sagt, was er nicht wirklich meint, und Nichts verspricht, was er nicht ehrlich halten wird. So sage Ich Euch denn auch, daß Ich zwar Meine Zustimmung nicht geben kann zu dem Antrage auf Volksvertretung bei dem Deutschen Bunde, daß Ich aber alle Meine Kräfte aufbieten werde — wie Ich dies schon gethan habe, seit Ich Euer König bin — damit die hohe Deutsche Bundesversammlung mit mehr Fleiß und mit größerer Energie in den Deutschen Angelegenheiten handle, als dies bisher geschehen ist**). Bedenkt, Hannoveraner, daß die Zeit kommen

---

*) Kömmt ungefähr auf das Gleiche heraus, wie wenn der König von Preußen bezüglich der zu ertheilenden Preßfreiheit sagt: „Weßhalb auch diese Vorbereitungen so zu treffen sind, daß eintretenden Falls (? —) sofort ein meinen Absichten entsprechendes Gesetz erlassen werden könnte. Berl., 8. März 1848."

**) In diesem Vorwurf liegt tiefe Wahrheit; z. B. in der hannöverschen Verfassungsfrage hat der Bund gewiß nicht mit dem rechten „Fleiß und Energie" gehandelt. Daß ihm aber der Vorwurf gerade vom König von Hannover gemacht werden muß, ist eine sehr bittere Züchtigung für die deutsche Bundesversammlung. (Anm. der D. Z.)

In diese Reformbestrebungen im ganzen Deutschland treten nun drei große Volksthaten, die im innersten Zusammenhange stehen, ich meine die große Offenburger-Volksversammlung und die Märzrevolutionen von Wien und Berlin. Es ist eigenthümlich, wie stufenweise sich immer die Ereignisse in Baden und Deutschland zusammenreihen. Hier Petitionen und Adressen, dort Kammerbeschlüsse durch das Drängen des Volkes; hier Bitte um Preßfreiheit, dort schon wochenlang faktisch freie Presse; hier Unsicherheit und Unentschiedenheit in dem, was zu thun, dort schnelle glückliche Maßregeln; hier endlich blutiger Kampf um die Rechte, die dort in freier Volksversammlung am hellen, klaren Tage, als sich von selber verstehend, als rechtmäßiger Besitz des Volkes allgemein ausgesprochen wurden und in einem vaterländischen Vereine, der durch ganz Baden sich verzweigte, das Organ zur politischen Durchführung sich schufen. Die Revolutionen in Wien und Berlin selber sind noch zu frisch in der Erinnerung, als daß man wagen dürfte, das ernste Bild noch einmal zu entrollen.

Man erlaube mir daher nur die Erwähnung einiger Motive dieser merkwürdigen Revolutionen, die Europa so sehr überraschten.

Oesterreich, das Land hermetischer Abgeschlossenheit, wie man glaubte, hatte das stählerne Netz, mit dem man es umschlungen glaubte, mit kecker Hand zerrissen, als es sich enger und enger um die Kehle zusammenzog. In Oesterreich, dessen Theilnahme an der deutschen Sache mehr etwas Mährchenhaftes, Träumerisches, als praktisch Lebendiges hatte, Oesterreich war Deutschland noch nicht fremd geworden. In Deutschland unterschied man die erbärmliche Politik Metternich's von dem gesunden Volk und nach Oesterreich kamen die Ueberzeugungen, die der Kampf der Freiheitsmänner mit dem Absolutismus besonders in Süddeutschland erzeugte, auf tausend und tausend Wegen herüber. — Kein un-

---

kann, wo Ich Eure Kräfte anstrengen muß. Wie Ich überzeugt bin, daß auf Meinen Aufruf Keiner zurückbleiben wird, da Jeder weiß, daß Ich Mich an die Spitze Meines Volkes stellen werde; so ermahne Ich Euch, bereitet Euch vor auf Das, was die Zukunft bringen kann, durch Festhalten an der gesetzlichen Ordnung und durch Erhaltung des Vertrauens auf Euern König. Ich werde dieses Vertrauen nicht täuschen, sondern gern Meinen letzten Tropfen Blut dem Wohle Meines Volkes opfern. Hannover, 14. März 1848. Ernst August. v. Falke."

wichtiges Motiv ist auch die Gegenwart deutscher Studenten, besonders Burschenschäftler, auf der Universität Wien, wie die Rückwirkung böhmischer und ungarischer Studenten, wie der Studenten, die dem sächsischen Stamme angehören, der in frühern Zeiten durch außerordentliche Begünstigungen nach Ungarn gelockt wurde, um gleichsam einen ritterlichen Wall gegen die Türken zu haben. — Diese jungen Männer, die fast sämmtlich der deutschen Burschenschaft angehören, waren es, die das Wiener-Volk zum Sturme aufriefen, den der unerträgliche Druck und der drohende Bankerott um Metternich's Haupt sammelte. Der alte Dämon, der Diplomat, der mit seiner Spionen- und Soldatenkette ein so großes edles Reich gefesselt hielt, ward gestürzt von einer Schaar junger Leute und Arbeiter, die ihre nackten Leiber den Kanonen entgegenwarfen. Seltsame Widersprüche einer Zeit, in der eine neue Weltordnung auf der Grundlage von tausendjähriger Geschichte geschaffen werden soll. Und doch wieder so einfach und klar, denn keine Rache ist größer und mächtiger, als die eines Volks, das seine Rechte, die grausame Unterdrückung derselben und zugleich seine Kraft kennen gelernt hat. Ernst rächte sich der gewaltsam zurückgedrängte Geist der Zeit, der während der alte Schacherjude der europäischen Politik ihn mit seinen tausend Netzen und Künsten einzufangen trachtete, ihm riesengroß über den Kopf gewachsen war.

In Preußen gährte es schon lange. Man erinnere sich an den Eindruck, den die renommistische Thronrede im vorigen Jahre überall verursachte. Dieser Fehdehandschuh, den der christlich-germanische Romantiker des 19ten Jahrhunderts so ungenirt der Ueberzeugung des Jahrhunderts in's Gesicht warf und dabei noch dem schmählich Beleidigten verbieten wollte, denselben aufzunehmen, dieser war nicht von den Rittern und Edeln, nicht von den Kanzellaren und Schriftgelahrten, nicht von dem ehrbaren Burger, dem très-honorable tiers-état, wohl aber von einer nervigen Faust aufgehoben worden. Das war der junge Roland, der, als Knecht erzogen und gehalten, mit stillem Ingrimm die Verachtung der Edeln und Hohen tragen sollte und nun mit keinen andern Mitteln als seiner Kraft, seiner sinnreichen Erfindungsgabe und der aus beiden entsprungenen Waffe zwar auch den Ambos in die Erde schlug, auf dem er die Waffe schmiedete, aber mit dem blanken Stahl nun vortrat, um eine lange Sklavenzeit an dem

übermüthigen Herrn zu rächen. Der König von Preußen, der Zögling der romantischen Schule, hat er von dem Hauspoeten des Ordens, von Ludwig Tiek, dem geistreichen Vorleser, Shakspear's „Wie es euch gefällt" gehört? Nun, der junge Orlando, der den übermüthigen Tyrannen züchtigt und die Braut davon trägt, ist es nicht das Volk, das den Tod nicht scheut, weil ihm das Leben nicht lebenswerth ist? Hier muß wiederholt werden, was von dem Parlament gesagt wurde: „Mit der preußischen Konstitution ist die preußische Revolution nicht vollendet." Das Volk kennt seine Rechte und seine Kraft und mit ihm ist die Vernunft, die Bildung des Jahrhunderts.

Seit der Thronrede hatte Preußen wieder unzählige Erfahrungen gemacht. Ich erinnere neben einigen der früher erwähnten zugleich an den künstlichen Schluß des Landtags, auf die weit hinausgeschobene Zusammenberufung des zweiten, auf das Eichhorn'sche Religionsedikt, die religiöse Unterdrückung überhaupt, die Preßverhältnisse, die markaussaugende Erpressung der Büreaukratie, die überall hineindrohenden Gewaltstreiche (Krackrügge) und vor Allem an die fürchterliche schlesische Hungerseuche, die nur durch die gänzliche, dem Lebensinteresse und dem Volkswohl so feindliche Büreaukratie auf diese ungeheure Höhe steigen konnte. Dem wilden Schrei des Unwillens, der darüber in ganz Deutschland erscholl, der ernsten Mahnung gegenüber, die allgemeinen Interessen der öffentlichen Besprechung frei zu geben, im Angesicht der furchtbaren Thatsache, die in ihrer entsetzlichen Größe dem Auge so nahe gerückt war — konnte dieser Landesvater, der einen Beweis gegeben hatte, wie in seiner väterlichen Liebe eine viel größere Garantie für das Wohl seines Volkes liege, als in der freien Theilnahme der Bürger an ihren Interessen, noch wagen, das durch solche Gründe unterstützte Begehren nach Preßfreiheit dahin zu beantworten, daß er „ein seinen Absichten entsprechendes Preßgesetz vorbereite." Der gleiche Monarch durfte in der gleichen Zeit, wenige Tage vor der Revolution, in dieser Gährung und Aufregung, wo das Maschinenwerk der Vergangenheit auseinanderfiel und das Volk keine andern Garantien mehr für sein Wohl fand, als in seinen wahren Vertretern, in den Männern, die aus innerer Ueberzeugung und Herzensbedürfniß die Sache des Volkes vertheidigt hatten und wo ein rasches Zusammenhalten

dieser volksthümlichen Elemente allein die allgemeine Auflösung abhalten konnte, in dieser Zeit durfte, wie oben erwähnt, der romantische „Monarch um Gottes willen“ wagen, dem Volke verächtlich zu sagen: er hätte dem Landtag (dem bloßen Anfang einer Volksvertretung) die Periodicität als Angebinde mitgegeben, wenn sie nicht jetzt eine durch den Augenblick abgerungene Concession hätte scheinen können. Im Angesichte Deutschlands, hinter sich die schlesische Hungerseuche, und solche Worte! Der Mann, dessen Leben eine Kette von Wortbruch, Hohn, Heuchelei ist, soll nun deutscher konstitutioneller Kaiser werden, mit der halben gesetzgebenden und der ganzen ausübenden Macht, gestützt auf die Bayonnette seiner Spitzhelme und die arrogante Intelligenz des Volkes par excellence*). Doch ganz Anderes sollte noch kommen.

Schon in der Mitte März sprach man von einer bedenklichen Stimmung der Arbeiter. Man hörte von Arbeiterversammlungen, wobei es zu keinen Excessen kam, wo die Leute sich aber auf drohende Weise über die Lage ihres Standes (?) ausließen. Zugleich bedeutende Truppenzusammenziehungen um Halle, man wußte nicht gegen wen. — Auch anderswo waren bedeutende Truppenmassen beisammen, vor Allem in Berlin. Am 14. Abends umzingelte Militär eine Versammlung unter den Zelten. Die Leute, die überall eingeschlossen waren, bekamen nun den Befehl auseinander zu gehen, obwohl nirgends ein Ausweg war. Da man der Aufforderung nicht gehorchen konnte, wurde eingehauen, wobei bedeutende Verwundungen vorfielen. Bald nachher floß wieder auf ähnliche Weise Blut in der Brüderstraße, auf der Jungfernbrücke und anderswo. Mitten in die Schandthaten der preußischen Soldaten kam nun wie ein Wetterschlag die Nachricht von der Revolution in Wien und dem Siege des Volkes daselbst. An den Iden des März ging der Kampf gegen die modernen Cäsaren los, von Männern, welchen die Republik noch nicht eine schöne Vergangenheit ist, sondern die sie vor sich haben, die Republik, die noch nie ohne Bluttaufe in's Leben getreten.

---

*) Es ist unbegreiflich, wie der tiefsinnige Denker Strauß den doktrinären widerspruchserfüllten Vorschlag annehmen konnte, diesen Thatsachen gegenüber. Strauß spricht in seinen sechs Reden an seine Wähler von zehnjähriger Zurückgezogenheit in die Studierstube (! —).

Man kann sich denken, wie erschütternd und ermuthigend die Wiener Nachrichten auf das Volk wirken mußten. Selbst die Bürger, die sich bis dahin erbärmlich gehalten hatten*), bekamen Muth. Man bewaffnete sich so schnell als möglich. Aber auch die Republikaner blieben nicht unthätig. Unter den Leichen der auf der Jungfernbrücke Gefallenen war ein feingekleideter Mann, dem das Volk das blasse Todtengesicht küßte und den es fluchend forttrug. — Am 12. März war Dronke aus Wesel verschwunden, wohin er zu zweijähriger Festungsstrafe wegen republikanischer Grundsätze verbannt war. Die Republikaner, zugleich Männer, die politische Freiheit besonders zur Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände verlangten, bildeten im Verborgenen mit dem Volke eine ungeheure Macht. Dort hat man die Geschichte dieser Tage zu suchen.

Vom 16. auf den 17. März fielen wieder Angriffe, obwohl unbedeutendere, vor. Die Regierung verkündigte, allgemeine Ruhe sei hergestellt, während es in der Stadt stumm fortgährte. Am 16. Abends war eine Menge Studenten aus Halle, Breslau und Leipzig angekommen, beinahe alle Burschenschäftler. — Die Thaten der Wienerstudenten mögen die jungen Männer getrieben haben, sich auch ein Feld zu suchen, wo Ehre einzuholen wäre. In Breslau hieben die Kürassiere ebenfalls ein, zugleich sprach man von einem Ministerium Camphausen — Vinke.

Am 18. März Nachmittags hatte nun der König der Kölner Deputation Preßfreiheit, Ministerwechsel und Berufung des Landtags auf den 2. April zugesagt. Das Volk drängte sich unter Jubel und Vivatgeschrei um den Palast. Da stürzte das Militär auf die Masse los, hieb und schoß auf das Volk, das unter dem

*) Z. B. in der Brüderstraße, wo 14 — 16jährige Jungen zum Spaß eine Art Barrikade, wenn man es so heißen darf (man hob einen Rinnstein aus und zog ein Brett über die Straße) errichteten. Nun kamen von beiden Seiten Potsdamer Gardekürassiere und hieben die armen Jungen in der Straße zusammen, da alle Flucht unmöglich und die Hausthüren alle geschlossen waren, während die Besitzer der Häuser zu den Jalousien hinaussahen, besonders aus zwei dichtgedrängten Kaffehäusern, und sich begnügten „Schonung!“ zu rufen, statt die armen Jungen durch bloßes Oeffnen der Thüren vor dem schrecklichen Tode zu retten. Aber — man hätte das eigene liebe Leben gefährden können!! —

Ruf „Verrath!“ sich schnell sammelte und Gegenwehr leistete. Nun begann der blutige Kampf. Die Volksmasse wuchs lawinenschnell. Ueberall Barrikaden. Wildes Straßengefecht bis zum Morgen des 19. Die Ereignisse dieser Tage sind so bekannt, daß es hinreicht, an dieselben zu erinnern. Die Soldaten mußten aus der Stadt; die Konstitution wurde versprochen; der König erließ die Proklamation an „seine lieben Berliner*)“ und zog über die blutgetränkten Straßen, das schwarz-roth-goldne Banner in der Hand und rief sich selbst zum Vorkämpfer der deutschen Freiheit aus. Die Truppen bekamen schwarz-roth-goldne Kokarden. — Was sind Worte, diesen Thatsachen gegenüber? Wem zuckt nicht bitterer Hohn um die Lippen? — Jedenfalls waren die Helden und Märtyrer dieser Tage, die Republikaner, nicht unter den tollen Schaaren, die das königliche Komödienspiel mit so ungeheuerm Applaus begleiteten. Das ist eher Solchen anzurechnen, die nach dem Siege auf eine wohlfeile Weise an der Geschichte der Tage theilnehmen und jetzt um jeden Preis Ruhe wollten.

Der Eindruck dieser Wiener- und Berliner-Ereignisse in Süddeutschland, besonders in Baden, war wie sich denken läßt außerordentlich. Die Nachrichten des Verrathes und dann des glorreichen Sieges des Volkes kamen noch in den letzten Tagen vor der Offenburger-Versammlung nach Baden. Die Republikaner wollten damals schon losbrechen. — Allgemein erwartete man, daß die Versammlung, die Sonntags, den 19. März, in Offenburg stattfand, die Republik proklamiren würde. — Eine Menschenmasse von mehr als 20,000 Mann, durch das demokratische Komite zusammenberufen, faßte einstimmig die Beschlüsse, die in dem unten angeführten Manifest**) aufgezählt sind.

---

*) Die Jemand in bitterm Hohn an eine in eine Mauer eingeschlagene Bombe heftete.

) **Die Volksversammlung zu Offenburg
am 19. März 1848.

Bereits unterm 12. September v. J. stellte die Versammlung zu Offenburg die Forderungen des Volkes fest.

Sie verlangte damals schon unter andern namentlich eine volksthümliche Wehrverfassung, eine gerechte Besteuerung, Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital und Abschaffung aller Vorrechte. Die Regierung hat

Seltsam war die Stellung der Parteien. Von einem entschiedenen Konstitutionalismus war unter den ersten Männern keine

---

diesen Forderungen mit Hochverrathsprozessen geantwortet, allein das Volk hat sie beim Zusammentritt des Landtages erneuert und nach dem gewaltigen Umsturze im Westen mit gesteigerter Kraft auf deren Erfüllung gedrungen. Diesem unwiderstehlichen Drange nachgebend, haben dieselben Regierungsmänner, welche die Redner der Offenburger-Versammlung vom 12. September mit Hochverrathsprozessen verfolgt hatten, Zugeständnisse gemacht, deren Halbheit nur schlecht den Hintergedanken verhüllte, bei günstiger Gelegenheit, wie in den dreißiger Jahren, die abgedrungenen Zugeständnisse zurückzunehmen und in ihr Gegentheil zu verkehren.

Das Volk hat erkannt, daß die ihm zu Theil gewordenen Zugeständnisse nicht der staatsmännischen Einsicht und dem guten Willen der Machthaber, sondern den gewaltigen Bewegungen des Volkes, der äußeren Anregung der französischen Revolution und den Kundgebungen vom 1. und 2. März d. J. zuzuschreiben seien.

Jeder denkende Freund des Vaterlandes erkennt klar und deutlich, daß in den Pariser Februartagen nur der Anfang einer Völkerbewegung gemacht worden sei, welcher mit unabweisbarer Nothwendigkeit seine Fortsetzung in allen Staaten Europa's erlangen müsse.

Der Kampf der Volksherrschaft und der Einherrschaft hat begonnen. Deutschland, seit Jahrhunderten das große Schlachtfeld aller staatlichen und kirchlichen Kämpfe, wird auch jetzt wiederum den Zusammenstoß zwischen dem despotischen Nordosten und dem freigesinnten Südwesten Europa's am schwersten empfinden. Darum thut es noth, daß unser Vaterland bei Zeiten eine feste Stellung seinen auswärtigen und innern Feinden gegenüber einnehme.

Es verlangt daher vor allen Dingen:

Ein deutsches Parlament,

welches im Großen seine Verhältnisse nach Innen und Außen kräftig ordne und frei gestalte, und dessen erste Aufgabe sein wird, der deutschen Nationalität und Selbstständigkeit Anerkennung zu verschaffen.

Was insbesondere unsere badenschen Angelegenheiten betrifft, so erklärt die Volksversammlung von Offenburg:

I. Mehrere Mitglieder der Regierung und der größte Theil der Beamten besitzen das Vertrauen des Volkes nicht, weil Einzelnen der gute Wille, Anderen die erforderliche Kraft fehlt.

Das Volk kann kein Vertrauen in Männer setzen, welche vor wenigen Wochen noch als revolutionär bekämpften, was sie theilweise jetzt selbst zugestanden haben.

Es läßt sich nicht täuschen durch das Vorschieben liberaler Persönlichkeiten.

Anstößig ist dem Volke namentlich der Einfluß, welchen der Markgraf Wilhelm seit langer Zeit auf die Staatsgeschäfte überhaupt und das Militärwesen insbesondere ausgeübt hat. Nicht minder anstößig ist ihm der

Rede. Mit wenig Ausnahme besonders Welker's, der vor einer Proklamation der Republik mit Eifer warnte, waren alle Männer,

---

Einfluß einiger Personen aus der nächsten Umgebung des Großherzogs, welche man mit dem Namen Camarilla zu bezeichnen pflegt.

II. Das Volk hat kein Vertrauen zu der ersten Kammer der Ständeversammlung, da dieselbe aus Privilegirten besteht, welche ihren Sonderinteressen das Wohl des Volkes stets geopfert haben. — Das Volk verlangt Abhülfe gegen diesen Uebelstand vermittelst einer Revision der Verfassung.

III. Das Volk hat kein Vertrauen zu einer großen Anzahl der Mitglieder der zweiten Kammer, da dieselben durch Wahlbeherrschung und Wahlverfälschung unter dem Einfluß der Censur und der Polizei gewählt wurden, und sich als blinde Werkzeuge in den Händen jeden Ministeriums erwiesen haben. — Das Volk verlangt den Rücktritt der reaktionären und gesinnungslosen Partei der zweiten Kammer.

IV. Das Volk besitzt durchaus keine Bürgschaften für die Verwirklichung seiner Forderungen und die Begründung eines dauerhaften Zustandes der Freiheit. Es muß sich diese Bürgschaften selbst verschaffen.

Demzufolge bildet sich:

1) In jeder Gemeinde des badenschen Landes ein vaterländischer Verein, dessen Aufgabe ist, für die Bewaffnung, die politische und sociale Bildung des Volkes, so wie für die Verwirklichung aller seiner Rechte Sorge zu tragen.
2) Sämmtliche Vereine eines Wahlbezirks bilden einen Bezirksverein, sämmtliche Bezirksvereine einen Kreisverein, die vier Kreisvereine einen Landesverein.
3) An der Spitze jedes dieser Vereine steht ein leitender Ausschuß.
4) Für jeden dieser Vereine bildet sich sofort eine Vereinskasse zur Bestreitung der nothwendigen Auslagen.
5) Alle Provinzen Deutschlands sollen aufgefordert werden, ähnliche Vereine zu bilden, und mit dem badenschen Landesvereine in freundschaftlichen Verkehr zu treten.

V. Das Volk verlangt von der Ständeversammlung, daß sie die entschiedensten Maßregeln treffe, um zu bewirken, daß die Regierung:

1) Sofort eine Verschmelzung der Bürgerwehr und des stehenden Heeres durchführe zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr.
2) Alsbald alle Abgaben abschaffe, außer den Zollvereins-Abgaben und etwa den direkten Steuern, und ihre Ausgabe decke durch eine progressive Einkommens- und Vermögenssteuer.
3) Daß sofort alle Vorrechte, welchen Namen sie tragen, abgeschafft werden.
4) Daß ungesäumt die Schule von der Kirche getrennt werde.

Vorstehende Anträge wurden der Volksversammlung vorgelegt und von derselben mit nachfolgenden Abänderungen und Zusätzen mit überwältigender Stimmenmehrheit angenommen:

die das Volk zusammenberufen hatten und sich sonst als Sprecher einfanden, für die Republik. Nur schied man sich in diejenigen, welche die Republik jetzt schon proklamirt wissen wollten, und in solche, welche glaubten, man müsse noch zuwarten. Diese letztere Meinung gewann im Rathe der Volksmänner die Oberhand und man beschloß zwar auf die Nothwendigkeit der Republik hinzudeuten, eine Proklamation derselben aber zu unterlassen. Itzstein eröffnete die Versammlung in väterlichen Worten und brachte zum Schluß die Nachricht von dem Amnestiedekret. — Nach ihm trat Struve auf und erklärte in meisterhafter Rede die Lage des Landes, die Nothwendigkeit durchgreifender Verbesserungen und brachte alle Vorschläge vor das Volk. Ihm folgten andere Redner, so Soiron, der das Volk schwören ließ, an seinem Rechte unverbrüchlich zu halten, so ein greiser 80jähriger katholischer Priester, der früher Abgeordneter war und nun sein Schicksal selig pries, daß

Zu I. wurde beschlossen, statt „mehrere Mitglieder der Regierung" zu setzen: der Präsident des Kriegsministeriums.

Zu II. wurde angenommen mit dem Zusatze: das Volk will nur eine Kammer.

Zu V. 1) wurde angenommen mit der Abänderung, statt sofort: unverzüglich, oder auf der Stelle.

Zu V. 2) wurde angenommen mit dem Zusatze: wir wollen eine wohlfeile Regierung, Abschaffung der Apanagen und unverdienter Pensionen.

Zu V. 4) wurde angenommen, mit dem Zusatze: die Pfaffen haben zu viel, die Lehrer zu wenig. Wir wollen gerechte Ausgleichung dieses Mißverhältnisses.

Nachdem diese Beschlüsse gefaßt worden waren, wurden folgende Männer zu Mitgliedern des Centralausschusses gewählt:

1. Unterrheinkreis:

G. Struve von Mannheim. | Bürgermeister Winter von Heidelberg.
Heinrich Hoff von Mannheim | Junghans von Mosbach.

2. Mittelrheinkreis:

Brentano von Bruchsal. | Rehmann von Offenburg.
Bürgermeister Rée von Offenburg. | Schubert von Lahr.

3. Oberrheinkreis:

Kiefer von Emmendingen. | Torret von Waldshut.
Rotteck von Freiburg. | Weißhaar von Lottstetten.

4. Seekreis:

Würth von Konstanz. | Bürgermeister Emmert von Mößkirch.
Vanotti, prakt. Arzt von Konstanz. | Grüninger von Donaueschingen.

Als Obmann:

Friedrich Hecker von Mannheim.

er diesen Tag noch gesehen habe. — Als der Liebling des Volkes, Friedrich Hecker, erschien, hatte der Jubel kein Ende. Einige Minuten währte der freudige Zuruf und es war ein seltsamer Anblick, zu sehen, wie aus dieser ungeheuern Masse die tausend und tausend Mützen und Hüte auftauchten und hin und her geschwenkt wurden, während aus allen Fenstern ringsherum weiße Tücher wehten. Man hatte unter Anderm ein neues Ministerium verlangt: „Hecker muß hinein!" erscholl es tausendstimmig. Hecker aber sprach vor Allen am hellen lichten Tage aus: „Fürstendiener kann ich nicht sein. Wir wollen frei werden und nicht daran denken, das alte Geschäft unter neuer Firma fortzusetzen." Da begann der Jubel wilder und stürmischer als zuvor. Hecker hatte sich zurückgezogen, doch das Volk wollte ihn noch einmal sehen und mit ruhiger aber höchst bewegter Stimme dankte nun Hecker dem Volk mit wenigen Worten. — Mathy hörte das Alles und sah Allem aus dem neben dem Balkon befindlichen Versammlungssaale zu. — Von ihm sprach kein Mensch, keine Stimme ertönte für ihn, sein Name blieb unerwähnt — eine Thatsache, die sehr unerklärlich scheint. — Welche Stellung möchte Mathy eingenommen haben, wenn er auf Volkssympathien hätte rechnen können. Diese dem kenntnißvollen Manne zu verschaffen, wäre bei der kindlichen Dankbarkeit des erwachten Volksgeistes ein Leichtes gewesen. Ich glaube den Grund in der immer etwas zweideutigen Stellung Mathy's zu finden. Man brauchte rücksichtslos entschiedene, energisch auftretende Männer, während Mathy eine diplomatisch-berechnende, nichts weniger als offene Natur ist. Aufschlüsse hierüber werden die Führer der republikanischen Partei in ruhigern Zeiten nicht versagen.

Nach Schluß der Reden brachte nun Struve die einzelnen Punkte dem Volke zur Abstimmung vor, die dann auch alle einstimmig angenommen wurden. Interessante Zwischenfälle waren mehrere, z. B. als über die Trennung der Schule von der Kirche gesprochen wurde, ertönte eine Stimme aus dem Volke: „Die Pfaffen müssen weniger und die Schullehrer müssen mehr haben." Da rief das Volk tausendstimmig: „Ja! ja! die Pfaffen weniger, die Schullehrer mehr!" und jubelnd und lachend wurden die Hüte geschwenkt. — Der letzte der Vorschläge war die Eintheilung des Landes in politische Kreise, mittelst welchen die vaterländischen Interessen besprochen und die neuen Einrichtungen in's Leben gesetzt

werden sollten. Zum Obmann aller Kreise wurde Hecker vorgeschlagen, was dann das Volk mit unendlichem Jubel annahm.

Nach der Wahl des politischen Komite's, das bestimmt war, der Besprechung über vaterländische Angelegenheiten in kleinern und größern Versammlungen Bahn zu brechen, wurde von Itzstein dem Vaterlande noch ein stürmisches Lebehoch gebracht.

Erhebend war der Eindruck der Versammlung. Man sah, das Volk verdiente souverän zu sein. Die größte Ruhe herrschte bei lebendigster Theilnahme des Volkes an allen vorgebrachten Fragen. Es war eine Versammlung, die neben die schönsten Landsgemeinden der Schweiz gestellt werden darf. Jeder fühlte sich unendlich gehoben durch seine Theilnahme am Werke für das Vaterland, und die begeisterte Stimmung dieses Tages weihte die schlichten Männer zu ritterlichen Streitern für die freie Zukunft. Unaufhörlicher Jubel begleitete die Fortziehenden.

Wenn man in der Geschichte auf große Zeiten kömmt, wo instinktartig ein hochherziges Streben verschiedene Völker ergreift, wo große Thaten für große Zwecke geschehen, so wird man immer gern einen Blick auf die drei Ereignisse des Jahres 1848 werfen, die der Zeit charakteristische Färbung geben. Die Volksbewegungen in Wien, Berlin und Offenburg, rein demokratischer Natur, wie sie sind, stehen im innersten Zusammenhang nicht nur instinktartig verwandten Volksstrebens, sondern bewußter Wirksamkeit von Männern, die allein die Geschichte dieser Tage gemacht haben — nicht den doktrinären Priestern des deutschen Kaiserthums, nicht den vornehmen Gestalten auf dem Standpunkte historischer Betrachtung — sondern den Volksmännern, den Republikanern.

V.

Es tritt nun die Zeit ein, wo die Bewegung, an tausend und tausend Punkten zerstreut, noch überall fortdauert, nachhaltig Wirkendes aber von einzelnen Punkten auszugehen beginnt. Wie das Streben nach Einheit Alle gemeinsam und am stärksten durchzuckte, so geschah es auch, daß die äußere Form, die dieses Einheitsbedürfniß in's Leben setzte, das Nächste war, worauf sich die Gesammtenergie des deutschen Landes warf. Das für Deutschland vorzüglich Maßgebende und Bewegende liegt in den Ereignissen, welche die Frankfurter-Versammlung zu Tage brachte, deren innere Haltlosigkeit das nächste Motiv des badischen Aufstandes war.

Die Zeit zwischen den Wiener- und Berliner-Ereignissen ward immer ernster und bekam immer mehr und mehr einen revolutionären Charakter. Ueberall brachen Unruhen aus, revolutionäre Flugschriften kursirten zu hunderttausenden, die der weitaus größten Zahl nach von der republikanischen Partei ausgingen. Man kam den Thronen etwas näher und einige der hohen Herren machte der zitternde Boden schwindlig. Der Herzog von Braunschweig erklärte (wie früher Leopold, König in Belgien), die Krone abgeben zu wollen, wenn es verlangt werde. Ihm wär König Ludwig von Baiern vorangegangen, der freiwillig (?) seinem Sohne Maximilian die Krone abtrat.

Wohl mochten den regierenden Herren eigenthümliche Gedanken kommen, denn überall im guten, stillen deutschen Land hatten verborgene Funken geknistert, die nun zu heller Flamme ausbrachen. Es war für jedes Nest eine Art Ehrenpunkt geworden, an dem Freiheitsstreben doch einigen Antheil zu nehmen, zumal wenn es mit so leichter Mühe vor sich gehen konnte und dabei noch

etwas zu gewinnen war. Die Todesverachtung der Wiener und Berliner, die Männertugend der Aufopferung in Hanau, das energische Gesammtauftreten in Baden — solche Erscheinungen brachten die trägen Massen in Bewegung. — In Baiern hatte die Revolution einen erbärmlichen Gang und würde zum Gespött geworden sein, wenn nicht die Rheinbaiern noch zur rechten Zeit gekommen wären. Der Lola-Montez-Skandal war nur ein Mittel der ultramontanen Aristokratie, durch die aufgerührte Hefe dem schwachen Könige und dem trägen Lande einen bittern Trank einzugießen. Die Parallele des katholischen Oesterreich und des halbkatholischen Baiern liegt in den beiderseitigen Kämpfen und verhältnißmäßigen Resultaten zu nahe und ist zu schlagend, als daß sie nicht erwähnt werden sollte. In Oesterreich wurde am 10. März die Konstitution verkündet und in München am folgenden Tage Lola-Montez vogelfrei erklärt. — Und leider, daß im Volke selber großer Widerspruch vorhanden war, der ein energisches Zusammenhandeln im Keim erstickte. Der katholische Altbaier wollte nichts von dem protestantischen Franken wissen und dieser, den doch größere Bildung und einiger Freiheitssinn zu energischen Schritten vorbereitet haben sollte, haßte förmlich den Rheinbaiern, den „Franzosen", wie er ihn nannte. So kam es, daß Ludwig eine Deputation aus der Pfalz, ernste, würdige Männer, die in seinen letzten Regierungstagen zu ihm geschickt wurde, über die schönen Mädchen der Pfalz fragen durfte, anstatt genügende Antwort auf die Forderungen zu geben, oder nur mit redlichem Ernst auf die wichtigen Fragen einzugehen. Im höchsten Grad erbittert und revolutionslustig kam die Deputation wieder zurück in die Heimath, in der man auf Alles gefaßt war.

Bunt und kraus gingen so die Bewegungen in Deutschland fort. Es sei erlaubt, einiger der Hauptereignisse zwischen den Wiener- und Berliner-Ereignissen, der Volksversammlung in Offenburg und des Zusammentritts der ersten Frankfurter-Versammlung zu erwähnen, um so auf die passendste Weise in die Haltung und den Charakter dieser merkwürdigen Versammlung einzuführen.

Kurz nach den Berliner-Ereignissen brachen überall Tumulte los, so in Breslau, Magdeburg, Köln ꝛc., wo überall das Militär einhieb, bedeutende Todtschläge und Verletzungen stattfanden und wo überall der Regierungsterrorismus durch die Kunde von den

Märztagen gelähmt wurde. Zugleich kursirten aber Gerüchte von einem Ziehen des Bundestag's und eines Fürstenkongresses nach Potsdam, wovon natürlich Niemand etwas wissen wollte. — Am Hof schien man indessen so etwas vorhaben zu wollen, denn der König that alles Mögliche, um den Glauben an die Vollständigkeit seiner Verwandlung recht einleuchtend zu machen und zu neuen Truppenzusammenziehungen zu benützen. Obschon am 21. März, fünf Tage nach der Revolution, die famöse Proklamation*) erschienen war und der Umzug gehalten wurde, wobei der König — mit den Farben der deutschen Burschenschaft angethan, dem Volke als konstitutioneller König von dem neuen konstitutionellen Ministerium Camphausen gezeigt — mit beispielloser Zungenfertigkeit sich über alles Mögliche expektorirte und wiederholt aussprach, daß er als der mächtigste deutsche Fürst sich an die Spitze der deutschen Bewegung stellen wollte und zudem an der Universität darauf aufmerksam machte, daß sich schon mehrfach in der deutschen Geschichte der Fall ereignet habe, daß ein beliebiger, mächtiger Fürst das Reichsbanner ergriffen habe, um das Reich zu retten, obschon er betheuerte, er sei kein Freund von Versprechungen gewesen und was er gethan habe, habe er selten versprochen (! ?? —), diesmal aber wolle er Alles halten; obwohl Minister Schwerin sagte, die Seele des neuen Ministeriums sei der König und dem deutschen König und dann seinen „verantwortlichen Ministern", sich selbst mit einbegriffen, ein Lebehoch brachte, trotz Allem, Allem und trotz der Kokardenproklamation**), die ebenfalls an dem un-

---

*) „Eine neue glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tag für Euch an! Ihr seid fortan wieder eine einige große Nation, stark, frei und mächtig im Herzen von Europa! Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat Sich, im Vertrauen auf Euren heldenmüthigen Beistand und Eure geistige Wiedergeburt, zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesammtvaterlands gestellt. Ihr werdet Ihn mit den alten, ehrwürdigen Farben deutscher Nation noch heute zu Pferd in Eurer Mitte erblicken. Heil und Segen dem konstitutionellen Fürsten, dem Führer des gesammten deutschen Volkes, dem neuen Könige der freien wiedergebornen deutschen Nation! Berlin, 21. März 1848."

**) „Da Ich mich ganz der deutschen Sache widme und in der Theilnahme Preußens eine entschiedene Förderung derselben erblicke, so bestimme Ich, daß die Armee sogleich neben der preußischen die deut-

vergeßlichen 21. März erschien, wo Berlin von der königlichen Huld fast erdrückt wurde, troß allem, allem Versuchen des Königs, der das Militär schon am 22. wieder einziehen lassen wollte, wozu die Bürger auch mehr oder minder geneigt waren, wollte doch das „eigentliche Volk", wie ein Korrespondent der D. Z. sich charakteristisch ausdrückte, nichts davon wissen. Man mußte daher, um neues Blutvergießen zu vermeiden, diesen Gedanken fahren lassen und durfte erst mehrere Tage später das 24ste Regiment, das in Magdeburg war und an den Märzereignissen nirgends sich betheiligt hatte, einlassen.

Friedrich Wilhelm wurde aber auch von seinem königlichen Gemahl sekundirt, das am 23. Abends bei der Schloßwache anfragen ließ: „ob einige Mitglieder der Bürgerwehr Sie auf einem Spaziergange begleiten könnten, indem Sie sich ein wenig in der frischen Luft ergötzen wollte?" Zudem ließ die Bürgerkönigin die Verwundeten aus ihrer Küche verpflegen und besuchte sie täglich. — Am 22. fand die feierliche Beerdigung der Gefallenen in Berlin statt, wo der König vor den Gefallenen sein Haupt entblößen mußte*).

Die Volksmeinung war so stark geworden, daß selbst die Redaktion der reaktionären Allg. pr. Zeitg. (Dr. J. W. Zinkeisen) erklären mußte, ein verfälschter Bericht über die Märztage sei ihr von der — wohl frühern — Ministerialbehörde zugeschickt worden und müsse in seiner Entstellung von ihr verleugnet werden. Schon am 24. März fand eine neue Volksversammlung von 10,000 Menschen unter den Linden statt, worin beschlossen wurde, das Wahlgesetz müsse aus den Urversammlungen hervorgehen. Am 26. wurde Krackrügge von Erfurt als Stellvertreter gewählt. Am

---

sche Kokarde anzustecken hat. Das Kriegsministerium hat das Weitere zu veranlassen. Friedrich Wilhelm. Berlin, 21. März 1848."

*) Ueber die Stimmung dieser Zeit bis auf die neuesten Tage gibt A. Stahr in den Tübinger Jahrbüchern der Gegenwart, in den letzten Nummern vortreffliche Schilderungen. Wichtig zur Kenntniß des neuen preußischen Ministeriums, besonders Camphausens, und der Führer der konstitutionellen Partei ist das außerordentlich geistreich geschriebene, wenn auch apologetisch gehaltene Buch Haym's „Redner des preußischen Bundestags." Berlin 1847. Das Beste über den frühern Zustand Preußens vor der Revolution gibt Gervinus in seiner Schrift über das preuß.-Patent. Dort wird die reaktionäre Politik vortrefflich geschildert. Wichtige Aufschlüsse gibt auch der erste Aufsatz in Herwegh's 21 Bogen aus der Schweiz.

gleichen Tage erklärte die Allg. pr. Zeitg. der konstitutionellen Monarchie jetzt anzuhängen, wie früher der patriarchalisch-absolutistischen. Schon beklagen sich aber selbst edle Konstitutionelle über die Polizeigesinnung der Berliner bourgeoisie. Ein Korrespondent der D. Z. (vom 26. März) sagt: „Die Bürgergarde nimmt oft fast einen polizeilichen Charakter an. Jede neue Versammlung, jede republikanische Meinungsäußerung wird mit büreaukratischer Gereiztheit von Freunden der Volksfreiheit aufgenommen*).“ Daneben hielt die extrem-radikale Partei das Proletariat gegen das neue Ministerium und die neue konstitutionelle Staatsform in fortwährender Aufregung. Die Leidenschaft war bei einigen jugendlichen Tribunen der Proletarierinteressen, die sie nur durch kommunistische Einrichtungen (aus Louis Blanc, Cabet ꝛc. abgezogen) zu heben meinten, so groß, daß entschiedene Republikaner, wie Ruge, Jung u. A., die ein klares Auge für größere Verhältnisse behalten hatten und nicht im Stoff erstickt waren, sich von den Extremsten trennten, deren charakteristischer Repräsentant der Student Gust. A. Schlöffel ist, ein Jüngling, der, gesättigt von den kommunistischen Theorien der Franzosen und der Socialisten der Schreckenszeit, dieselben nun mit fanatischem Eifer in's Leben zu setzen versucht, aber seiner Unkenntniß der wirklichen Verhältnisse und der ungeheuern Einseitigkeit seiner Weltanschauung wegen mit seinen Experimenten seinen republikanischen Freunden mehr schadet als nützt. Durch cynische Angriffe auf das Ministerium, besonders auf Camphausen, dem Niemand Redlichkeit und hohe geistige Tüchtigkeit absprechen kann, verlor er die Theilnahme der Gebildeten aller Stände und auch die Arbeiter fangen an einzusehen, daß ihre Interessen in diesen Händen nicht gesichert sind. Schlöffels**) Stärke liegt in der Verdächtigungspolitik (um welche die Republikaner die Regierungen nie beneidet haben) und in der Denunciation an die Massen, einem Talente, das bei vollkommener Trostlosigkeit der Zustände sehr nöthig, bei Aussichten auf kernhafte Erfolge aber eben so schädlich ist.

---

*) Eine höchst anmuthige Episode in dem bunten Treiben dieser Tage war der Empfang der befreiten Polen auf der Aula, der an herzlicher Begeisterung dem bekannten Zuge der befreiten Polen in den Märztagen nichts nachgab.

**) Des „Berliner-Marat“, wie ihn Ad. Stahr heißt.

Am gleichen Tage wo Krackrügge zum Stellvertreter Erfurts gewählt wurde, ward Graf Arnim der konstitutionelle Aristokrat, der Mann der Formen, wie Haym ihn heißt, Landtagskommissär. Am 28. wurde David Hansemann nach Berlin gerufen, um bei der Berathung wichtiger Interessen thätig zu sein, was wohl durch Camphausens Vermittlung geschehen mochte. Am 29. wurde das neue Ministerium aus Camphausen, Auerswald, Hansemann, Arnim, Schwerin und Borneman zusammengesetzt. Wenn die Interessen des Volkes durch die konstitutionelle Monarchie gesichert werden können, so konnten freilich keine würdigeren Männer gefunden werden, als die drei ersten, in denen edle Seelen mit den gediegensten Kenntnissen vereint sind. Die Zeit wird lehren, ob Pilot und Schiff dem Sturme zu wehren vermögen. Jedenfalls fordert eine ehrliche Politik, daß auch die Republikaner eine Regierung, der es Ernst ist, energische Maßregeln von **demokratischem** Charakter durchzusetzen, mit allen Kräften unterstützen und nicht die Massen mit blindem Mißtrauen gegen Alles, was Regierung heißt, erfüllen. Die solide Einsetzung großer Institutionen fordert allerdings Ruhe. Wenn man nicht die unzweideutigsten Beweise von der Unfähigkeit oder Unredlichkeit der Reformgesinnungen mächtiger deutscher Fürsten hätte, läge es der Politik der Republikaner viel näher, einer konstitutionellen Regierung in der Durchführung großer demokratischer Einrichtungen zu helfen. Gelingt der Versuch, so haben die Republikaner an den sogenannten Konstitutionellen die besten Vorarbeiter. Gelingt er nicht, so bleiben den Republikanern alle die Kräfte, über die sie vorher zu verfügen hatten und tausend neue von solchen, die enttäuscht sind.

In Oesterreich sah es nach den Märztagen noch sonderbar genug aus. Statt des verjagten Metternich war nun ein neues Ministerium ganz in seinem Sinne gebildet an die Spitze getreten, im großen Unterschiede gegen Preußen, wo die Führer der Opposition das Steuerruder ergriffen. Graf Fiquelmont, ein Mann, der Metternichs Stelle in Mailand vertrat, wurde zum Minister des Aeußern ernannt. Als künftigen Ministerpräsidenten bezeichnete man den Grafen Colloredo-Wallsee, der Metternichs Gesandter am russischen Hof war und sich eben in Frankfurt a. M. als Bundestagspräsident befand. Pillersdorf wurde zum Minister des

Innern ernannt, und außerdem Kübek (Finanzen) und Graf Taafe (Justiz). Zugleich erschien ein kaiserliches Amnestiedekret und die Veröffentlichung des Staatsfinanzetats. — Am 28. kam die Nachricht an, daß der König von Sardinien Oesterreich den Krieg erkläre, zugleich daß Radetzki den Rückzug antrete. Zugleich Angriffe der offiziellen Wienerzeitung auf den König von Preußen und seine Sympathien für die deutsche Kaiserkrone und die von Polen, während Reh am 20. März kräftig für Unabhängigkeit Polens in der hessen-darmstädtischen Kammer gesprochen hatte.

Unterdessen überall Unruhen; so in Elbing, Münster, Braunschweig, Aachen, Krefeld, Luxemburg ꝛc. Am 20. März verbreitete sich die Kunde der Abdankung König Ludwigs zu Gunsten seines Sohnes Maximilian. Ludwig gab selbst zu, daß er durch Kabale der hohen Aristokratie zu diesem Schritt gezwungen wurde. So trat der Mann aus der deutschen Monarchenreihe, der einerseits seiner Genußsucht wegen und daraus erfolgter Theilnahmlosigkeit an den Interessen seines Volkes und seiner Regentenpflichten, in der Macht der ultramontanen Partei und dann einer kecken Tänzerin, den Hohn der Welt auf sich gezogen hatte, dessen großartiger Aufopferung aber der außerordentliche Umschwung, der in das neue Kunstleben kam, ewig zu verdanken ist, indem er mit feinem Takte Männer wie Cornelius und Rottmann aus dunkler Verborgenheit, mißverstanden von der Welt, hervorholte und ihnen Gelegenheit gab, ihren Geist in Werken zu bethätigen, welche der deutschen Kunst eine unsterbliche Zukunft anbahnen.

In das neue baierische Ministerium kamen Willich als Justizminister *) und Lerchenfeld für die Finanzen. Mehrere Tage später ging Willich als bundestäglicher Vertrauensmann nach Frankfurt, während Herr v. Gagern mit zwei andern Adeligen eine Reise durch Deutschland machte, um im Auftrag der Regierungen von Nassau, Hessen und Würtemberg norddeutsche Regierungen zur Theilnahme an der sofortigen Organisation des deutschen Parlamentes aufzufordern. Die sächsische hatte, wie der König von Preußen, sogleich ihre Zustimmung gegeben. Zugleich kam die Nachricht, daß der deutsche Fürstenkongreß nicht gehalten werde.

Seltsam war schon längere Zeit der Zustand des Landes Han-

*) Den man vor Kurzem nicht einmal in die Kammer lassen wollte.

nover gewesen. Mitten in der Reformzeit war Falke noch Minister geblieben. Dem allgemeinen Willen mußte er endlich weichen und der König fand sich bewogen, ein neues Ministerium zu bilden. Die Augen des Volkes waren vorzugsweise auf den Advokaten Dr. Stüve gerichtet, den man als Bürgermeister von Osnabrück 11 Jahre lang von der Ständekammer entfernt hielt, wodurch ihm die Personen, die nun mit ihm auftreten sollten, fremd blieben. Denn anstatt ehrlich und wahr zu handeln und Stüve (den man nun doch berufen mußte und dem die unbeschränkteste Vollmacht zu Allem gegeben wurde, obwohl er der unbeugsamste Gegner der Krone war) ein neues Ministerium bilden zu lassen, wurde er in ein in der Eile zusammengetrommeltes hineingepfuscht und in aller Eile beeidigt. Die Mitglieder des Ministeriums neben Stüve waren theils vollkommen zweideutige Leute, die von Falke abhängig in seinem Sinne gegen alle Reformversuche angekämpft hatten, die nun durch sie in's Leben gesetzt werden sollten — theils waren es Leute, die unfähig waren, mit der Zeit Schritt zu halten. Die Besorgniß, für die gegebenen Zusagen die nöthigen Garantien nicht zu haben, war so groß, daß man überall die Nothwendigkeit fühlte, die Kammer energisch unterstützen zu müssen, um der Regierung den Willen des Volkes auf unzweideutige Weise kund zu thun. In allen Gemeinden des Landes wurde daher beschlossen, jeden Deputirten durch 12 seiner Wähler bei der Eröffnung der Kammer (am 25. März) begleiten zu lassen; da die Zusagungsproklamation vom 22. März *) nicht hinreichend war, die Besorgnisse des Volkes zu beschwichtigen. Man wollte sicher sein, daß die neuen Institutionen auch vollständig und treu in's Leben eingeführt würden.

Am 25. wurde Eisenmann als Vertrauensmann von Baiern aus nach Frankfurt an den Bundestag geschickt, wie Jordan von Hessen-Kassel aus. Am gleichen Tag wurde in der würtembergischen Kammer der neue Gesetzentwurf über Ablösung der Grundlasten fast einstimmig angenommen. Am 26. erschien die erste Probenummer der vortrefflich geschriebenen, entschieden republikanischen „Deutschen Volkszeitung", im Gegensatz zu der konstitutio-

---

*) Deren erster Artikel eine Zusage auf Hinwirkung zur Nationalvertretung war (siehe S. 41, Note 2).

nellen D. Z. Es ist eigen zu sehen, wie nahe diese beiden Hauptorgane (denn die D. V. Z. war unstreitig schnell, trotz ihrem kurzen Leben, das Hauptorgan der Republikaner) in der Kritik der frühern und da und dort noch bestehenden Zustände sich berühren und erst in der Frage über die Bildung der Zukunft und die zu ergreifenden Maßregeln auseinander gehen. Die D. V. Z. blieb wahr, während die D. Z., die sonst mit anerkennungswerther Redlichkeit und Tüchtigkeit eine scharfe Kritik an das Bestehende und Bestandene anlegte, alle die Ereignisse in ihren Berichten völlig verfälscht, die einen Bezug auf die republik. Frage haben. Ich erinnere nur an die kleinlichen Berichte über die Heidelberger-Volksversammlung, den Austritt der Minderheit in Frankfurt, vor Allem über den Aufstand selber und die fanatisch-ungerechte Kritik der Führer der republikanischen Partei.

Wie die V. Z. die Frage der Gegenwart erfaßte, möge das unten angegebene Programm des Blattes selbst zeigen. Die fünf Punkte sind das Credo der ganzen republikanischen Partei in Deutschland *).

---

*) 1. Der Staat soll die sittliche Ordnung der menschlichen Gesellschaft sein, während seine bisherige Ordnung im Allgemeinen genommen eine unsittliche ist. Als sittliche Ordnung aber ist er die organisirte souveräne Gesammtheit des Volkes, und duldet keine Obrigkeiten und Unterthanen, sondern nur freie Bürger und ihre Beamteten. Wenn die höchsten Beamteten des Volkes Fürsten heißen, so ändert dies nicht in der sittlichen Natur der Sache. Auch sie sind Beamtete des Volkes für bestimmte Staatszwecke. Aber diese Zwecke können sicherer, vollkommener, des Menschen würdiger in republikanischen Staatsformen erreicht werden, und das deutsche Volk, einmal eingetreten auf die Bahn des freien politischen Lebens, wird nicht auf halbem Wege stehen bleiben.

2. Die sittliche Ordnung des Staates setzt als unerläßliche Bedingungen voraus, daß Gedanken und Ueberzeugungen sich in Rede und Schrift mit voller Freiheit geltend machen können, und daß für Jeden eine seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechende Ausbildung möglich gemacht wird; — daß die Bedürfnisse des Gemüthes frei in jeder religiösen Form ihre Befriedigung suchen können; — daß jeder Mündige zu den allgemeinen Volksbeschlüssen mitzuwirken berechtigt ist; — endlich, daß das Verhältniß von Arbeit und Genuß ein gerechtes sei für Alle.

3. Die Organe des Staates sind die gesetzgebende, die richterliche und die vollziehende Volksgewalt, welche durch die vom Volke dazu erwählten Bürger ausgeübt wird: die gesetzgebende Gewalt durch Volksräthe,

Dem offen ausgesprochenen Widerwillen der großen republi-
nischen Partei entgegen, beschloß die österreichische Regierung am
). März das ganze Heer auf den Kriegsfuß zu stellen mit allen
sten Landwehrbataillonen, um das abtrünnige Italien wieder zu
halten, in einer Zeit, wo die Organisation des Innern die erste

---

die richterliche durch Volksgerichte (Schwurgerichte), die vollziehende durch Volksobmänner und ihre Beistände und Gehilfen.

4. In Bezug auf die politische Einrichtung Deutschlands im Großen brauchen wir kaum unsere Hauptansicht auszusprechen, denn sie ist die der Mehrheit des deutschen Volkes. Die unbedingte Centralisation eines großen politischen Körpers ist mit wahrer Freiheit unvereinbar. Diese verlangt, daß politische Einsicht, politischer Wille, politische Geschicklichkeit alle Theile durchdringe, daß der Geist sittlicher Selbstbestimmung in der ganzen Staatsgesellschaft wirksam sei, daß alle besonderen Interessen, so weit es nur immer mit den allgemeinen vereinbar ist, sich in ihren eigenen Kreisen ihre Befriedigung zu verschaffen berechtigt seien. Wenn irgend ein Hinderniß den bewundernswürdigen Anstrengungen unserer westlichen Nachbarn mit Gefahr droht, so ist es die centralistische Gewohnheit des französischen Volkes. Wir verdanken diesem Volke unendlich viel; — verdanken wir ihm noch die Warnung vor diesem politischen Fehler! — Aber umgekehrt zeigt uns die Machtlosigkeit unserer bisherigen Zustände das Elend einer Zerstückelung, gegen die sich das Gefühl des großen deutschen Volkes empört; und die inneren Kämpfe unserer republikanischen Nachbarn in der Schweiz haben uns lange das, dem französischen entgegengesetzte, abschreckende Beispiel gegeben. Was die Schweiz in zweckmäßiger Verknüpfung der Interessen aller Theile mit den Interessen des Ganzen jetzt nach langen Kämpfen zu erreichen im Begriffe ist, das nehmen wir, mit größerer Freiheit und Folgerichtigkeit, bei unserem Eintritt unter die freien Nationen, gleich von Anfang an in Besitz. Deutschland ein republikanischer Bundesstaat, der, wie die nordamerikanische Union, die freieste Bewegung seiner Glieder im Kreise ihres besonderen Lebens mit einer mächtigen, hinreichend umfassenden Bundesgewalt verbindet, — dies ist der Gedanke, in welchem wir allein Glück und Heil zu finden vermögen. Und dieser Gedanke soll ausgeführt werden!

5. Und nun unser Verhältniß zu den anderen Völkern: Wer die Freiheit nicht für Alle will, ist unwürdig sie selbst zu besitzen. Es sind zwei edle Nationen, denen durch die Schuld unserer bisherigen Machthaber der deutsche Name zum Abscheu geworden ist — die Polen und die Italiener. Wir haben Vieles gegen sie gut zu machen. Wir können unser Ziel nicht erreichen, ohne ihnen zu dem ihrigen zu verhelfen. Keine deutsche Staatsgewalt kann als der Ausdruck des deutschen Volksgeistes gelten, welche diese Pflicht nicht anerkennt. Denn es gibt nur eine Freiheit — **die Freiheit für Alle!**

Frage war. In Berlin wurde dieser Tage der konstitutionelle Klub von Krelinger, dem ausgezeichneten Vertheidiger der Polen, gestiftet. Am 29. bildete sich auch in Sachsen ein Volksbewaffnungskomite, um die allgemeine Bewaffnung auch auf Privatwegen zu erreichen. Am 30. März wurde der Premierminister Camphausen zum Landtagskommissär ernannt, da Graf Arnim aus dem Ministerium trat, das dem Manne der aristokratischen Formen wohl zu demokratisch aussehen mochte. — Eine neue Verordnung, den Besuch der Kammersitzungen betreffend, wurde am gleichen Tage ausgegeben, mit Weisung auf besondere Berücksichtigung der Zeitungsredaktoren. Am 30. liefen auch 12 Forderungen von 18 rheinischen Städten ein, die aber vom Ministerium nur halb beantwortet wurden. Ende März hörte man wieder von Bauernunruhen in Schlesien gegen Feudallasten.

Die Kette der Volksdemonstrationen erhielt ein Glied nach dem andern. — Sie begann, an die Märztage anknüpfend, mit dem großen Ereigniß der Lostrennung von Posen. Schnell entstanden Gerüchte, die Regierung wolle Posen freigeben. Wie das zu verstehen war, erklärte ein Erlaß des Königs vom 24. März, worin die ganze Freilassung sich darauf beschränkte, daß Abgesandte des deutschen und polnischen Theils von Posen sich zusammen über die Reorganisation des Landes zu berathen hätten. Das nützte aber nichts. Die feindliche Stimmung ward immer deutlicher und der preußische General Willisen war am wenigsten der Mann, sie zu heben. Von allen Seiten zogen Polen der Heimath zu.

Am 24. März konstituirte sich die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein. Die Lauheit in Erfüllung der verheißenen Hülfe bewog sie bald, der preußischen Regierung zu erklären, daß man sich zur Republik zu erklären genöthigt sehe, wenn nicht schleunige Hülfe käme. Das lange Zögern der preußischen Truppen, wie die spätere seltsame Haltung und den schmählichen Rückzug der preußischen Truppen erklärt ein Aktenstück vom 8. April, in Nr. 174 Beil. der A. A. Z. abgedruckt. Dies Aktenstück besteht in einer Note des Herrn von Wildenbruch an das Ministerium des Auswärtigen in Kopenhagen, worin erklärt wird:

„Preußen erkläre seine Mitwirkung, daß von Dänemark eine friedliche Lösung angebahnt werde. **Man wolle Schleswig-**

Holstein dem König-Herzog erhalten. Der Einzug der preußischen Truppen solle einzig den Wunsch Preußens zeigen, verhindern zu wollen, daß die **radikalen und republikanischen Elemente Deutschlands** sich nicht unheilbringend einmischten. **Die Idee einer nordalbingischen Republik sei zu gefährlich.** Die Erklärung der provisorischen Regierung hätte schon ausgesprochen, man wolle eher republikanisch als dänisch sein. **Bei einem Entgegenkommen Dänemarks würden die preußischen Truppen aus Rendsburg abziehen."**

Diese Erklärung ist in erwähnter Beilage der A. A. Z. abgedruckt. Die Haltung der preußischen Truppen rechtfertigt diese unglaublich scheinende Thatsache. Unmöglich ist es von einem Ministerium Camphausen, eine solche raffinirte Heuchelei, einen so schändlichen Verrath an dem Willen und Vertrauen der Nation zu begehen. — Soll das Dokument Dänemark blenden? Im Widerspruch dagegen ist die Haltung der Truppen, auch wäre das eine traurige Kunst. Spielt Friedrich Wilhelm die Rolle Ludwig XVI., der die Konstitution anerkannte und hinter dem Rücken seiner Minister mit den Feinden des Landes konspirirte? — Sollte das Dokument falsch sein? — Das Ministerium Camphausen wird gewiß einsehen, daß es schuldig ist, in dieser Sache dem deutschen Volke Rechenschaft abzulegen.

Am 26. März war eine große Volksversammlung in Geppingen, in Würtemberg, wo demokratisch gesinnte Redner, besonders Dr. Scherr, das Volk begeisterten. Am gleichen Tage wieder große Volksversammlung in Berlin (15,000 Menschen), (zwei Tage nach der von 10,000 Männern zur Wahrung der Wahlrechte) für Arbeiterinteressen, Herstellung eines Arbeiterministeriums, Verminderung der Arbeitszeit mit Erhöhung des Lohns, wohlfeile Regierung 2c., ganz den Offenburger-Forderungen sich anschließend. Schon am Tage darauf hatte der König das Staatsministerium beauftragt (?), ihm für die Bildung eines eigenen Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten Vorschläge zu machen. Zugleich kam eine Soldatenbittschrift aus Köln an, worin würdige Behandlung, Erleichterung des Dienstes 2c., verlangt wurde.

Doch einige loyale Demonstrationen sollten auch noch kommen, ehe die Frankfurterversammlung begann. Am 24. März kam eine Deputation angesehener Bürger aus Mainz nach Darmstadt und zeigte der Regierung an, daß die Bürger wegen ihrer begeisterten Theilnahme an den Freiheitsbestrebungen von den preußischen Soldaten auf das Schändlichste behandelt würden. Soldaten hätten Bürgern die Nationalkokarde heruntergerissen und dieselben mißhandelt. Die Erbitterung sei so groß, daß schon von beiden Seiten Leute gefallen seien. — Die Bürgerschaft stehe waffenlos den Unholden gegenüber.

Gleich wurden der Deputation 1200 Gewehre mit 60,000 scharfen Patronen, unter Artilleriebedeckung, mitgegeben. Die Truppen wurden in die Kasernen konsignirt, die Ruhe kehrte zurück, eine erbitterte Stimmung blieb nach wie vor. Die Mainzer hatten aber 1200 Gewehre bei der Gelegenheit gewonnen.

Rührend ist noch die loyale Erklärung eines Herrn von Kotze von und auf Wanzenburg, der gegen das neue preußische Ministerium Protest einlegte und dem Könige seine waffenfähige Mannschaft von 11 Mann zur freien Disposition anbot. Er wisse wohl, daß der König zu den neuen Schritten gezwungen worden sei und wolle ihm beistehen mit Rath und That, das revolutionäre Ministerium zu stürzen und den König in die alte Herrlichkeit einzusetzen. — Das war im Ganzen die Stimmung eines großen Theils des westphälischen, pommer'schen und märkischen Landadels, der es an reaktionären Bestrebungen nicht fehlen ließ.

In Baden war nun die Stimmung eine höchst eigenthümliche. Neben dem Konstitutionalismus auf der breitesten Grundlage (der Volkssouveränetät?) gaben sich rasch aufeinander folgende republikanische Demonstrationen kund. Zugleich aber zeigte sich die schlaue Vorsicht der Regierungen, allmählig unter Scheinvorwänden immer mehr und mehr fremde Truppen in's Land zu ziehen, obwohl die unermeßliche Majorität des Volkes für die konstitutionelle Regierung sei(?).

Seltsam ist es, daß in der Deutschen Zeitung, außer in dem bloßen Abdruck der Volkswünsche, keine weitere Notiz von den höchst interessanten Vorgängen des wichtigen Tages der Offenburgerversammlung genommen wurde. Fürchtete sie durch Schilderung der demokratischen Haltung der Versammlung, die dem Hi-

storiker als ein gewichtiges historisches Faktum gegenüberstand, mit sich selbst in spätern Artikeln, besonders bei der Versicherung des Konstitutionalismus in Baden in Widersprüche zu gerathen? — Die D. Z. hätte eher auf diese Frage eingehen dürfen, als auf die, was wohl der Papst bei dem gegenwärtigen Zustand der Dinge denken möge *).

Am gleichen 19. März, dem Tage der Offenburgerversammlung, kam die Nachricht herum, die badische Regierung hätte von der würtembergischen eine Truppensendung erbeten, also noch ehe die Genehmigung der Kammer zu solchen Schritten da war. Schon am 20. versammelten sich über 10,000 Männer in Donaueschingen, wo sie erklärten, solche Sendungen nicht dulden zu wollen. Selbst die D. Z. mußte gestehen, daß sich die Versammlung bedeutend zur Republik hinneigte.

Am 21. März setzte Ueberlingen seinen Vertreter Trefurt ab. Auch Junghans I. trat zurück und wenige Tage später wurde Buß abgesetzt. Zugleich zeigte Markgraf Wilhelm die Demission seiner Befehlshaberstelle des 8ten Armeekorps an.

Am 24. März war nun die merkwürdige Kammersitzung, in der Ministerpräsident Bekk **) der Kammer die Zusammenziehung von Truppen am Rhein anzeigte, zur Sicherung der Gränze gegen Freischaaren deutscher Arbeiter, die unter Herwegh's Leitung von Paris aufgebrochen waren, um allfällige republikanische Bewegungen zu unterstützen. Eigenthümlich ist die Erscheinung, daß Bekk diese Anzüge für gefahrlos erklärte, um die Kammer glauben zu machen, daß die Truppenzusammenziehungen unbedeutend sein würden. Bekk gebrauchte die Worte: „die Absicht der Deutschen in Paris gehe vielmehr dahin, **im Fall einer Reaktion** gegen die Bewegung in Deutschland der Freiheit ihren Arm zu leihen." Und gegen diese Freunde fand Bekk sich bewogen, Truppen zusammenzuziehen, das 4te Regiment aus Mannheim abzurufen und ein hessisches und nassauisches Regiment zu „erbitten"! Erbauliche Heuchelei einer Politik, die sich auf das Volk beruft, um ihre Handlungen zu rechtfertigen und zugleich sich nicht scheut,

*) Siehe D. Z. vom 1. März, leitender Artikel.

**) Dem die republikanische Versammlung schon etwas verdächtig vorgekommen sein mochte.

die freie Aeußerung des Volkswillens mit Gewaltmitteln zu hemmen. Die unentschiedene Kammer ging auf diesen Vorschlag wie auf ein von Bekk erbetenes Vertrauensvotum ein. Selbst Hecker und die Entschiedenen legten nicht einmal Protest gegen dies Verfahren ein. Hecker begnügte sich zu sagen, er gebe kein Votum, bis die Forderungen erfüllt seien. Bei der Abstimmung stimmten alle Mitglieder zu.

Am 25. wurde eine Kommission zu einem nochmaligen Gesetzentwurf über Bürgerwehr ernannt, da durch den zweiten Regierungsentwurf wieder die Landwehr in eine von den Behörden abhängige Polizeianstalt verwandelt wurde. — Am gleichen Tage, einen Tag nach der, der Kammer vorgeheuchelten optimistischen Ansicht der Dinge, ruft die Regierung, „beunruhigender Gerüchte wegen", die übrigen Staaten des 8ten Armeekorps (Würtemberg und Hessen), um Zuzug, da die eigenen Truppen nicht hinreichten, die Gränzen gehörig zu decken und zudem die Bundesfestung Rastatt zu besetzen *).

Sonntag den 26. März fand nun die durch die Angriffe der D. Z. wie der konstitutionellen Partei bekannte bedeutende Heidelbergerversammlung statt. Die republikanischen Führer Hecker und Struve waren nicht in Heidelberg. Hecker war in der Kammersitzung desselben Tages und Struve zu der Versammlung in Freiburg gezogen. Dennoch wird jeder Unbefangene leicht finden, daß die Heidelbergerversammlung, so gut als die in Offenburg, eine entschieden republikanische Färbung hatte.

Die Angekommenen wurden von Heidelberg's biederm Bürgermeister Winter **) empfangen. Gleich wurden Ausschüsse gewählt,

*) Während in servilen und konstitutionellen Blättern die Zahl der Ankommenden immer auf bloße 6 — 800 angegeben wurde.

**) Einem Manne, der in jahrzehntlanger Bemühung es dazu brachte, daß die früher höchst gleichgültige Bürgerschaft von Heidelberg völlig umgestimmt wurde. Winter war lange Jahre Kammermitglied und hatte sich in unermüdeter wirksamer Thätigkeit vielfach um das badische Volk verdient gemacht. So hatte er z. B. im Jahr 1819, dem Geburtsjahr der badischen Konstitution, eine treffliche Motion für Preßfreiheit vorgetragen. Als Bürgermeister genoß er eine solche Achtung und Liebe, daß er in Heidelberg in Anerkennung seiner Verdienste von Allen „Vater Winter" genannt wird.

die ein Programm für die Versammlung beschlossen*). Um 11½ Uhr zog die Menschenmasse auf das Schloß. Es waren da Leute aus allen Städten Badens, aus dem Odenwald, beiden Hessen, Nassau, Würtemberg, Baiern und aus mehrern Theilen Norddeutschlands. — In Abwesenheit Winter's wurde Buchhändler Hoff aus Mannheim, der entschiedene Republikaner, zum Präsidenten gewählt und eröffnete die Versammlung mit einigen einleitenden

*) 1) Annahme der Offenburger-Beschlüsse, welche nochmals verlesen werden sollten.

2) Folgende neue Forderungen des Volkes: Daß das deutsche Parlament —

I. Die von demselben zu entwerfende neue Verfassung Deutschlands auf den Grundlagen der föderativen Republik (des republikanischen Bundesstaats) feststelle, und durch eine Reihe von Gesetzen, welche ganz Deutschland gemeinsam umfassen, allen gerechten Forderungen des Volkes Genüge leiste.

II. Daß dasselbe unter den vielen Gegenständen, welche neu zu gestalten sein werden, vor allen Dingen

1) die Verschmelzung der Bürgerwehr und des stehenden Heeres zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr;

2) die vollste Preßfreiheit;

3) das Schwurgericht;

4) gleiche Berechtigung ohne Unterschied des Glaubens — anordne, überwache und leite.

III. Zu den mannigfaltigen Forderungen, welche das deutsche Volk aller Orten aufstellt, fügt dasselbe folgende hinzu:

Das Volk verlangt:

1) Sicherstellung der persönlichen Freiheit des Bürgers durch ein besonderes Gesetz („Habeas-corpus-Acte"). —

2) Vollständige Trennung der Kirche vom Staate.

3) Augenblickliche Aufhebung aller, auf der Benützung von Flüssen und Straßen ruhenden Abgaben.

4) Sofortige Erleichterung des Nothstandes der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes.

Die mannigfaltigen Stiftungen und die jetzt brach liegenden Besitzungen vieler Körperschaften, sowie die Domänen des Landes bieten dazu reiche Mittel.

IV. Das Volk erkennt in der Verwirklichung der zu Offenburg beschlossenen Organisation vaterländischer Vereine die kräftigste Bürgschaft für die Begründung eines dauerhaften Zustandes der Freiheit, und erwartet von der Vaterlandsliebe aller Deutschen, daß sie diese Organisation rasch und kräftig verwirkliche.

Worten über den Zweck derselben. Ehe man nun das Programm des Festes vortrug, las der treffliche Mainzer Dr. Strecker die Offenburgerbeschlüsse vor, die dann auch mit allgemeinem Jubel aufgenommen wurden. Besonders gefiel der Zusatz, daß die Pfaffen zu viel und die Lehrer zu wenig haben. Hierauf kam Winter an, dem Hoff sogleich das Präsidium abtrat und der dann in kernigen Worten mit treffendem Witz die Verfallenheit des monarchischen Systems mit der morschen Ruine verglich und offen und entschieden für die Republik sprach. Nach ihm sprachen Welker und Mittermaier gegen die Republik und für die konstitutionelle Monarchie. Mittermaier sprach gut, doch zu lange und zu gelehrt. Nach Mittermaier sprach Kapp, der auf die bekannte rücksichtslose Weise sich offen für die Republik aussprach.

Nun kam die Tagesordnung. Scholz von Mainz las die Offenburgerbeschlüsse zur Abstimmung vor, die dann auch alle einstimmig angenommen wurden. Nun brachte Hoff die neuen Forderungen vor. — Beim ersten Satz *) entspann sich eine heftige Debatte, an der sich besonders Scholz, Mittermaier, Küchler von Heidelberg, Vater Winter und Hoff betheiligten. An die Stelle des beantragten Satzes wurde von der Versammlung ein anderer angenommen, welcher lautete:

„Die Mehrheit der Heidelbergerversammlung ist überzeugt, daß das deutsche Volk für die nordamerikanische Verfassung reif ist und sie wünscht."

Die übrigen Vorschläge wurden alle unbedingt angenommen. Hier wie in Offenburg kamen noch aus dem Volke zwei Vorschläge: „Abschaffung des Adels" und „Allgemeines Niederlassungs- und Staatsbürgerrecht in Deutschland", die dann auch beide mit stürmischem Jubel angenommen wurden.

Nach der Abstimmung über die letzten Punkte verlas Dr. Strecker eine Protestation gegen den Gedanken Friedrich Wilhelm IV., sich zum deutschen Kaiser aufzuwerfen, die dann auch später mit

---

*) „Das Volk fordert, daß die von dem Parlamente zu entwerfende neue Verfassung Deutschlands auf der Grundlage der föderativen Republik (des republikanischen Bundesstaats) festgestellt werde, und daß das Parlament durch eine Reihe von Gesetzen, welche ganz Deutschland gemeinsam umfassen, allen gerechten Forderungen des Volkes Genüge leiste."

zahllosen Unterschriften bekräftigt wurde. Nach einigen begeisterten Reden von Dr. Eller aus Mannheim und Buchhändler Hoff schloß die Versammlung, in der das Wort Republik, wenn auch Manchem noch fremd, doch Allen sehr nah an's Herz gerückt wurde. Daß man die Sache der Republik wollte, zeigen alle Beschlüsse. Gegen den Passus 1 in der veränderten Fassung erhob nun die D. Z., die wieder über die Versammlung selber und ihren Gehalt kein Wort erwähnte, einen kleinlichen Streit, den sie mit den kleinlichsten Mitteln führte. Man sah ihr deutlich an, wie sie vor dem energischen Volkswillen schauderte und auf die alte vornehme Weise auf diese sogenannten Wühlereien herabsah und an den Darmstädter Konstitutionalismus appellirte. Sie wurde aber von den Republikanern gebührend zurechtgewiesen*). Die Heidelbergerversammlung hatte ernste Gedanken in's Volk geworfen. Was die Zahl der Theilnehmer betrifft, so gibt selbst die D. Z. 25,000 an.

Am gleichen Tag kam die Nachricht, daß die letzten Glieder der Camarilla pensionirt, dieselbe also gesprengt war.

Die Freiburgerversammlung, über deren Theilnehmerzahl die Nachrichten verschieden sind — 20,000 bis 40,000 — fand am gleichen 26. März statt, an dem das Volk in Heidelberg tagte. Da ich nicht Augenzeuge dieser Versammlung war, erlaube ich mir die in der Deutschen Volkszeitung Nr. 1 enthaltene Schilderung hier beizugeben.

„Die Stadt war dem Feste gemäß geschmückt; vom Münster flaggte die Fahne deutscher Einheit, selbst an dem geringsten Häuschen erblickte man das Farbenzeichen, welches sich endlich zur Geltung erhoben hat. Der geräumige Münsterplatz war überfüllt von Menschen, man schlägt ihre Zahl über 40,000(?) an. Arndt's Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland" eröffnete die Versammlung; hierauf hieß der Abgeordnete Mez dieselbe im Namen der Stadt willkommen; wobei er an eine ähnliche Versammlung erinnerte, die auf demselben Platze i. J. 1248 stattfand. Hierauf sprachen nach einander Rotteck aus Freiburg, Struve aus Mannheim, v. Weisseneck aus Freiburg, Reich, Torrent und zwischen ihnen wiederholt der Präsident Mez. Struve regte die Frage der

*) Siehe hierüber D. Z. vom 28. März, S. 702, und Deutsche Volkszeitung zweite Probenummer vom 29. März, S. 9—13.

Republik an. Er verwies auf die trübe Zeit, welche zwischen den Jahren 1815 und 1848 lag, bezeichnete das Regierungssystem dieser Periode durch die Worte: Knechtung, Verdummung und Aussaugung des Volks, bezeichnete als Wahlspruch der anbrechenden bessern Zeit die Worte: Wohlstand, Bildung, Freiheit für Alle ohne Unterschied des Standes, der Geburt und des Glaubens, und führte mit besonderer Hinweisung auf den Verfassungsumsturz in Hannover und die Metzeleien in Wien und Berlin aus, daß die Ursache aller Uebel, welche auf Deutschland lasteten, in der einherrschaftlichen Regierungsform beruhe. Darauf richtete er die Frage an das Volk, ob es mit der Einherrschaft brechen, auf immer brechen wolle? Ein donnerndes vieltausendstimmiges „Ja" war die Antwort des Volkes. Nun erinnerte der Redner an das demnächstige Zusammentreten eines deutschen Parlaments in Frankfurt und richtete an das Volk die zweite Frage, ob es an dieses Parlament das Verlangen richten wolle, die von demselben zu unternehmende neue Verfassung Deutschlands auf den Grundlagen der föderativen Republik (des republikanischen Bundesstaats) festzustellen? Auch diese Frage wurde durch ein vieltausendstimmiges, donnerndes „Ja" beantwortet. Nur ein gewisser Kuenzer, zu der schon bezeichneten Partei gehörig, legte von einem entfernten Balkone eine Verwahrung gegen jede Abstimmung Seitens des Volkes ein. Dies rief eine ungemeine Erbitterung hervor. Unter dem Volke befanden sich Soldaten der Freiburger Garnison. Einer derselben zog sein Faschinenmesser und drohte damit dem Manne, der es wagte, eine Verwahrung gegen den Volkswillen einzulegen. — Auch eine Antwort an Friedrich Wilhelm IV. von Preußen wurde durch Struve verlesen und mit dem hellsten Beifalle aufgenommen.

Die vom Volke gefaßten Beschlüsse lauten im Wesentlichen dahin:

„Das Volk verlangt Bürgschaften, daß ähnliche Schlächtereien, wie sie zu Wien und in noch weit schrecklicherem Maße zu Berlin stattfanden, sich nicht wiederholen können. Diese Bürgschaften werden ihm nur zu Theil werden, wenn das zu erwartende deutsche Parlament die Zustände Deutschlands von Grund aus verbessert.

Das deutsche Volk verlangt eine Verbesserung an Haupt und Gliedern, daher vor allen Dingen, daß das zu erwartende deutsche Parlament:

I. Die von demselben zu entwerfende neue Verfassung Deutschlands auf den Grundlagen der föderativen Republik (des republikanischen Bundesstaats) feststelle, und durch eine Reihe von Gesetzen, welche ganz Deutschland gemeinsam umfassen, allen gerechten Forderungen des Volkes Genüge leiste;

II. daß dasselbe unter den vielen Gegenständen, welche neu zu gestalten sein werden, vor allen Dingen

1) die Verschmelzung der Bürgerwehr und des stehenden Heeres zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr;

2) die Preßfreiheit;

3) das Schwurgericht;

4) gleiche Berechtigung aller Bürger ohne Unterschied des Glaubens anordne, überwache und leite.

III. Zu den mannigfaltigen Forderungen, welche aller Orten aufgestellt werden, fügt das deutsche Volk hinzu:

1) Sicherstellung der persönlichen Freiheit des Bürgers durch ein besonderes Gesetz (»Habeas-corpus-Acte«).

2) Vollständige Trennung der Kirche vom Staate und insbesondere Uebertragung und Führung der bürgerlichen Standesbücher an die weltlichen Behörden.

3) Freigebung der Wahl der Geistlichen und Bürgermeister.

4) Augenblickliche Aufhebung aller, auf der Benutzung von Flüssen und Straßen ruhenden Abgaben, sowie Aufhebung sämmtlicher, die verschiedenen Theile Deutschlands trennender Zollschranken.

5) Sofortige Erleichterung des Nothstandes der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes, und vorzüglich Hebung des Handels, des Gewerbstandes und der Landwirthschaft.

Die bisherigen ungeheuern Civillisten, Apanagen, die unverdienten und zu hohen Besoldungen und Pensionen, die mannigfaltigen Stiftungen und die jetzt brach liegenden Besitzungen vieler Körperschaften, sowie die Domänen des Landes bieten dazu reiche Mittel.

IV. Das Volk erkennt in der Verwirklichung der zu Offenburg beschlossenen Organisation vaterländischer Vereine die kräftigste Bürgschaft für die Begründung eines dauerhaften Zustandes der Freiheit und erwartet von der **Vaterlandsliebe aller Deutschen**, daß sie diese Organisation rasch und kräftig verwirklichе.

Diese Vorschläge wurden von der Versammlung mit Jubel begrüßt und alle fast einstimmig zum Volksbeschlusse erhoben.

Von der Volksversammlung zu Freiburg wurden ferner die in Offenburg gewählten Männer als Mitglieder des Central-Ausschusses für den allgemeinen Volksverein bestätigt. Diese sind:

Kiefer in Emmendingen; Rotteck in Freiburg; Torrent in Waldshut; Weißhaar von Lottstett.

Ferner wurden dazu gewählt:

Dung, Bürgermeister in Kippenheim; Wenner, Bürgermeister in Lörrach; Fackler, Bierbrauer in Simonswald; Mez, Abgeordneter in Freiburg.

Die Versammlung wiederholte die Forderung zur Besserstellung der deutschen Volksschullehrer auf das Kräftigste und beschloß, die allgemeine Volksbewaffnung auf das Schnellste überall in's Leben zu rufen.

Alle Beamten, welche in den Tagen der Gefahr feiger Weise ihre Stelle verließen, sind sogleich ihres Amtes, ohne Pension, zu entheben.

Nachdem der Präsident bereits die Versammlung aufgehoben hatte, erschien Professor Gfrörer auf dem Balkone und verlangte dringend zu sprechen, mit der Bemerkung, er werde sich gegen die Republik erklären. Als ihm vom Präsidenten erklärt wurde, die Versammlung sei schon entlassen, so berief er sich dringend auf die Redefreiheit. Mit Mühe konnte das Volk dazu bewogen werden, diesen bei ihm nicht beliebten Mann anzuhören. Als er jedoch mit den Worten begann, daß die Bürgerschaft von Freiburg die Republik nicht wolle, und daß sich in diesem Augenblicke eine Protestation gegen die Beschlüsse der Volksversammlung vorbereite, brach ein so lauter Sturm der Entrüstung aus, daß Gfrörer es für gerathen fand, sich von dem Balkone zu entfernen, ohne seine Protestation vorzutragen. Die Festordner hatten Mühe, den ungestümen und ungeschickten Vertheidiger der Monarchie vor dem Unwillen des Volkes zu schützen. Der gelehrte Don Quixote der Monarchie wurde in dem Festlokale zurückgehalten, bis die Menge sich verlaufen hatte, und mag Zeit gehabt haben, Betrachtungen über die Frage anzustellen, ob sich das Mittelalter im 19. Jahrhundert wieder beleben lassen werde?

Soviel ist gewiß, daß das Erscheinen Gfrörers auf dem Balkone der Volksredner und die Protestation Kuenzers dem Volke nur die Gelegenheit gaben, sich um so entschiedener gegen die Einherrschaft und für die Republik auszusprechen. Gfrörer, Kuenzer, Strohmeier sind die einzigen Gegner der Republik, welche sich in Freiburg bemerklich machten. Drei gegen 40,000(?) ist aber eine sehr geringe Minderzahl."

Die Kammersitzung desselben Tages über Bundesvertretung, durch augenblickliche Wahl von Vertretern an den Bundestag (die auch nicht erfolglos blieb, da Buhl's hierauf bezüglicher Antrag angenommen wurde), ist durch folgenden Ausspruch Hecker's interessant, in dem er der Reichsverfassung schon damals den selbstständigen, republikanischen Charakter gibt, den jetzt die ganze sogenannte Linke im Parlamente ihr schaffen will. Hecker sprach: „Der Schwerpunkt muß in der Nation, in dem Rathe der Repräsentanten liegen. Dieser soll den Reichsvollzieher ernennen und das Bundesgericht wählen. Endlich muß ein verantwortliches Bundesministerium bestehen und der Reichsvollzieher vor einem Reichsgericht verantwortlich sein (?). Wird es anders, so wird es zum zweiten Mal wahr, daß Sagunt verloren ist, während Rom beräth. Erwägen Sie, daß wenn nicht in 3—4 Wochen der Nation ein Sammelpunkt gegeben ist, es vielleicht zu spät sein wird." —

Am gleichen Tag übergaben, neben einer Fluth von andern Petitionen, auch 298 Soldaten eine solche, in der sie humane Behandlung rc. verlangten. Sie erschienen selber in der Kammer und folgten den Weisungen ihrer Offiziere, den Saal zu verlassen, nicht.

Ein weiterer Vorfall machte diesen Tag zu einem der interessantesten in der neuern Geschichte. Ein Regierungsblatt verkündete das Verbot, Privatvereine zur Volksbewaffnung zu bilden, welches eben nur ein frommer Wunsch war, indem aller Orten die Volksbewaffnung durch Privatbemühungen angeregt und oft durch dieselben ins Leben trat, da die Regierung mit Waffenlieferungen sich nicht beeilte.

Am 28. März wurde der neueste vernünftige Landwehrgesetzentwurf der Kommission (Berichterstatter: Hecker) einstimmig angenommen.

An demselben Tag wurde in Waldshut eine Volksversammlung für die zweite Abtheilung des Oberrheinkreises abgehalten (Schopfheim, Säckingen, St. Blasien, Waldshut, Jestetten). Sie war von

6—7000 Mann besucht. Die Offenburgerbeschlüsse wurden angenommen, der Abgeordnete Buß entsetzt und der provisorische Ausschuß des Vaterlandsvereines bestätigt. Auch die Freiburgerbeschlüsse wurden angenommen mit dem beigesetzten Verlangen einer Revision der Zollvereinsgesetzgebung, Abschaffung mehrerer Mißbräuche und der Anerkennung, daß die Föderativrepublik die einzig vernünftige, für Deutschland passende Regierung sei. Auch dem Protest an Friedrich Wilhelm IV. trat man bei.

Am 29. stellte der Abgeordnete Baum den Antrag, die Truppen der Altersklassen von 1818—1821 einzuberufen, weil Gefahren vorhanden seien. General Hoffmann erklärte: „es komme eine Zeit, in der man geübte Truppen brauche, doch hoffe er, daß man dieselben in kurzer Zeit entlassen und die Bürgerwehr eingeübt sein könne. Der Widerspruch von Peter, Brentano, Welte und Richter half nichts. Das Gesetz wurde gegen eine Minorität von 5 Stimmen angenommen.

Am gleichen Tage war noch eine durchaus republikanische Kreisversammlung in Engen, die von 2500—3000 Männern besucht war, wobei aber mindestens 150 mit schriftlichen Vollmachten ihrer Gemeinden versehene Bürgermeister und Gemeindeabgeordnete waren. Das Gegenmehr in den republikanischen Anträgen hatte kaum ein Dutzend Hände. Es wurden 12 Abgeordnete an's Parlament in Frankfurt ernannt, welche für Einführung einer deutschen Republik zu stimmen haben.

So stand es in Baden. Die Vorgänge dieser letzten Wochen zeigen, daß die badischen Republikaner sich auf das Volk berufen durften. In Frankfurt, wohin nun aus allen Regionen Deutschlands schaarenweis die sogenannten Volksmänner hinliefen, sollten nun die Schritte besprochen werden, die ganz Deutschland die bisher nur auf dem Papier versprochenen Freiheiten für alle Zukunft garantiren sollten.

VI.

Die alte freie Reichsstadt Frankfurt, eine der vier sogenannten deutschen Republiken, hatte sich zum Empfange der Gäste aus ganz Deutschland mit einem Fahnenmeer und unzähligen Laubgewinden festlich herausgeputzt. Wenn die Frankfurter Geldaristokratie mit Schmerzen daran dachte, daß die alte Stadt den Strahlenglanz diplomatischer Größen verlieren, aus dem Wohnort dieser Erdengötter in eine bloße deutsche Stadt verwandelt werden könnte, worin, bei einer deutschen Republik nämlich, alle Vorzüge durch Geburt und Geld aufhören würden, so läßt sich denken, daß die Republik bei den Bürgern wenige Gönner fand, die Idee, eine Residenz des konstitutionellen Kaisers zu bekommen, mit Begeisterung ergriffen wurde und die wärmsten konstitutionellen Gesinnungen anregte. — Wie sehr die Frankfurter den Ernst der Zeit erkannten, wo es vor Allem darauf ankam, der Nation einen festen demokratischen Mittelpunkt zu schaffen, zeigt die Bereitwilligkeit, mit der sie die unsinnige Anzeige aufnahmen, daß die Versammlung nur zwei Tage dauern dürfe, um ebenfalls ein Gaukeleiprogramm festzustellen, damit die lieben Gäste nicht unzufrieden fortzögen. Am ersten Tag große Oper und am zweiten große Illumination als Anerkennung der von der Versammlung erwarteten großen Thaten — und dann fertig.

Schnelle Resultate, die man erwartete, wären bei einer viel sorgfältigeren Zusammensetzung der Versammlung, bei noch größerer Uebereinstimmung der Majorität, unmöglich gewesen. In der Art aber, wie die Zusammensetzung dieser sogenannten vorberathenden Versammlung stattfand, war leicht einzusehen, daß von dem wahren Zweck derselben, Bürgschaften für die Erhaltung der Freiheit aufzustellen, kaum die Rede sein konnte. Die Versammlung sollte aus

zwei Elementen bestehen, aus den Mitgliedern deutscher Ständekammern und aus sogenannten Volksmännern. Was die Ständemitglieder betrifft, so war bekannt, wie die badische Kammer, die allen andern so unendlich vorangeschrittene, freisinnige, jahrelang impotent war, da durch die bekannten Regierungsmittel, Censur, Pfaffeneinfluß und besonders die Beamtenwirthschaft früher eine große reaktionäre Minorität in derselben war und Leute wie Buß und Junghans I. erst seit Kurzem aus derselben ausgeschieden waren. So stand es mit der badischen Kammer, deren energisches Auftreten nicht ihr, sondern dem stürmischen Volkswillen zu verdanken war, und ebenso und noch viel schlimmer stand es mit der württembergischen, bairischen, nassauischen, den hessischen ꝛc. Kammern. Die Schuld lag freilich nicht sowohl an der sogenannten Opposition, als in der Art, wie die konstitutionelle Regierungsweise durchgeführt wurde.

Wenn aber diese Kammermitglieder noch am meisten Beruf hatten, an der Verfassungsfrage sich zu betheiligen, um ihrer oft jahrzehntelangen, wenn auch meist wirkungslosen Theilnahme an den vaterländischen Interessen willen, so boten dagegen die sogenannten Volksmänner einen wunderlichen Anblick dar. Daß in keiner Weise ein Maß eingehalten war, zeigt die Thatsache, daß jedes Nest seinen Vertreter schickte, daß ein etwas bekannter Mann seinem Geburtsort, war er auch noch so klein, nur zu schreiben brauchte: „schickt mich hin," und siehe, er ward geschickt; daß neben Männern wie Rob. Blum, Jacoby, Struve die ganze Redaktion der Deutschen Zeitung mit allen Korrespondenten da war. Daß diese Versammlung einige große Prinzipien aussprach, war wahrhaftig nicht ihre Schuld.

Schon am Vorabend, am 30., zeigte sich die ganze Charakterlosigkeit und Inkonsequenz, welche diese Versammlung bezeichnen sollten. Im Saale des Gasthofs zum Weidenbusch, wo die konstitutionellen Deputirten sich versammelten, war eine große Menschenmasse, meistens Frankfurter Bürger. Unter den vielen langen Reden, deren kurzer Sinn gewöhnlich auf Mäßigung, Vertrauen ꝛc. hinausging, fand besonders die Rede eines langen, dürren, blassen, spitznäsigen Hannoveraners (Hofrath) Beifall, der erklärte, man müsse vor Allem darauf sehen, im harmonischen Einklang mit den Regierungen zu bleiben, die jetzt doch gewiß alles

Mögliche gethan haben. Wenn man diese Bahn verlasse, so komme man gewiß in's Unglück." Bei dem anhaltenden Beifallruf und Klatschen wurde mancher gelbe Glacehandschuh invalid geklopft. — Die republikanischen Versammlungen im Wolfseck hatten, zur Ehre der Deutschen sei's gesagt, einen andern Charakter.

Freitag den 31. März versammelten sich an 5 — 600 aus allen Theilen Deutschlands zusammengekommene Männer in der Paulskirche. Es war ein Anblick, der die Seele im Innersten ergriff, in dieser bunten Versammlung Repräsentanten der deutschen Geschichte seit den Befreiungstagen zu sehen. Da waren Männer aus der Zeit der Befreiungskriege, ich erinnere an Uhland und den alten Jahn, Männer aus den Reihen der konstitutionellen Kämpfer gegen den Absolutismus, wie Beseler, Dahlmann, Herchenhahn, Jordan, Wippermann, Eisenmann, Willich, Welker, Gagern, Mittermaier, Gervinus &c., und Republikaner der neuen Zeit, wie Itzstein, Robert Blum, Hecker, Struve, Zitz, Jakoby, Vogt aus Gießen, Dr. Strecker, Beisler, Graf Reichenbach, F. W. Schlöffel aus Schlesien, der edle Vater des jungen Berliner Schlöffel, Brentano &c. &c. Römer hielt zu der konstitutionellen Mehrheit. Zum Präsidenten wurde Mittermaier mit vier Vizepräsidenten ernannt.

Man hatte die verschiedenen Beschlüsse der badischen Volksversammlung in ein Programm*) zusammengebracht und man erwar-

*) Eine lange Zeit tiefster Erniedrigung lastet auf Deutschland. Sie läßt sich bezeichnen durch die Worte: Knechtung, Verdummung und Aussaugung für das Volk, Willkürherrschaft, Reichthümer und Ehren für die Machthaber und ihre Schergen. Unter dem Einflusse dieses Systems der Tyrannei, welches noch immer, wenn auch in seiner Kraft gebrochen, doch dem Wesen nach fortbesteht, ist Deutschland mehr als einmal an den Rand des Verderbens gebracht worden. Es hat viele seiner schönsten Provinzen verloren, andere werden schon auf's schwerste bedroht. Die Noth des Volkes ist unerträglich geworden. Sie hat sich in Oberschlesien bis zur Hungerpest gesteigert.

Daher haben sich alle Bande gelöst, welche das deutsche Volk an die bisherige sogenannte Ordnung der Dinge geknüpft hatten, und es ist die Aufgabe der Versammlung deutscher Männer, welche sich am 31. März l. J. zu Frankfurt a. M. vereinigt hat, neue Bande vorzubereiten, mit denen das gesammte deutsche Volk zu einem freien und großen Ganzen umschlungen werden soll.

Sicherheit des Eigenthums und der Person, Wohlstand, Bildung und

tete, daß die Versammlung diese nöthigen ag gleich in den Kreis ihrer Berathungen aufnehmen würde. D rogramm be

Freiheit für Alle ohne Unterschied der Geburt, des Standes und des Glaubens ist das Ziel, nach welchem das deutsche Volk strebt. Die Mittel, zu demselben zu gelangen, sind:

1) Aufhebung der stehenden Soldatenheere und Verschmelzung derselben mit der Bürgerwehr zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr.
2) Aufhebung der stehenden Heere von Beamten und Ersetzung durch eine wohlfeile Regierung, welche aus freigewählten Volksmännern besteht.
3) Abschaffung der stehenden Heere von Abgaben, welche an dem Marke des Volkes zehren, insbesondere aller derjenigen Abgaben, welche den innern Verkehr Deutschlands hemmen, Binnenzölle und Schifffahrtsabgaben, welche die Landwirthschaft drücken, Zehnten, Gülten, Frohnden u. s. w., welche die Gewerbe belasten, Gewerbsteuer, Accise u. s. w. und Ersetzung derselben
   a) durch eine progressive Einkommens- und Vermögensteuer, bei welcher der nothwendige Lebensunterhalt frei von allen Abgaben verbleibt;
   b) durch einen an den Gränzen Deutschlands zum Schutze seines Handels, seiner Industrie und seiner Landwirthschaft erhobenen Zoll.
4) Abschaffung aller Vorrechte, welchen Namen dieselben tragen mögen, insbesondere des Adels, der Privilegien des Reichthums (Census) und der bevorzugten Gerichtsstände, und Ersetzung derselben durch ein allgemeines Staatsbürgerrecht.
5) Abschaffung der Bevormundung der Gemeinden und Ersetzung derselben durch ein, auf der Grundlage der Selbstverwaltung ruhendes Gemeindegesetz.
6) Aufhebung aller Klöster und klösterlichen Einrichtungen.
7) Auflösung des Bundes, welcher bisher bestand zwischen Kirche und Staat und Kirche und Schule, und Ersetzung desselben durch:
   a) die Grundsätze der gleichen Berechtigung aller Glaubensbekenntnisse, der ungeschmälerten Glaubens- und Gewissensfreiheit, des freien Associationsrechts, der Selbstverwaltung der Gemeinden und namentlich des Rechts derselben, ihre Geistlichen, Lehrer und Bürgermeister frei zu wählen;
   b) Besserstellung des Lehrerstandes und gleichmäßigere Ordnung der Pfarrbesoldungen;
   c) Abschaffung des Schulgeldes und der Stolgebühren.
8) Abschaffung der Censur, Koncessionen und Kautionen und Ersetzung dieser Zwangsanstalten durch den Grundsatz der Preßfreiheit in seiner weitesten Ausdehnung.
9) Abschaffung der geheimen und schriftlichen Inquisitionsgerichte und Ersetzung derselben durch öffentlich und mündlich gepflogene Schwurgerichte.

republikanischen Partei, wie es genannt wurde, von Struve vorgebracht, war allerdings hier nicht am Platz, da die Versammlung in ihrer bunten Mischung keineswegs befähigt war, in diesen wich-

---

10) Abschaffung der Hunderte von Beschränkungen der persönlichen Freiheit der Deutschen der verschiedenen Stände und gleichmäßige Sicherstellung derselben durch ein besonderes Gesetz (Habeas-corpus-Acte) im ausgedehntesten Sinne des Worts), welches insbesondere auch das Vereins- und Versammlungsrecht des Volkes feststellt.
11) Beseitigung des Nothstandes der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes, Hebung des Handels, des Gewerbstandes und der Landwirthschaft.

    Die bisherigen ungeheuern Civillisten, Appanagen, die unverdienten und zu hohen Besoldungen und Pensionen, die mannigfaltigen Stiftungen und die jetzt brach liegenden Besitzungen vieler Körperschaften, sowie die Domänen des Landes bieten hierzu reiche Mittel.
12) Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital vermittelst eines besondern Arbeiter-Ministeriums, welches dem Wucher steuert, die Arbeit schützt und derselben namentlich einen Antheil an dem Arbeitsgewinne sichert.
13) Abschaffung der tausendfältig unter einander abweichenden Gesetze des Privatrechts, Strafrechts, des Prozesses, des Kirchenrechts und des Staatsrechts, in Sachen der Münze, des Maßes, des Gewichts, der Eisenbahnen u. s. w., und Ersetzung derselben durch Gesetze, welche, dem Geiste unserer Zeit entspringend, die innere Einheit Deutschlands in geistiger und materieller Beziehung gleichmäßig wie seine Freiheit feststellen.
14) Aufhebung der Zerrissenheit Deutschlands und Wiederherstellung der Eintheilung in Reichskreise mit billiger Berücksichtigung der Zeitverhältnisse.
15) Aufhebung der erblichen Monarchie (Einherrschaft) und Ersetzung derselben durch freigewählte Parlamente, an deren Spitze freigewählte Präsidenten stehen, allein vereint in der förderativen Bundesverfassung nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten.

Deutsches Volk, dieses sind die Grundsätze, mit deren Hülfe allein Deutschland, unsers Erachtens, glücklich, geachtet und frei werden kann.

Deutsche Brüder in Ost und West, wir fordern euch auf, uns in dem Bestreben zu unterstützen, euch die ewigen und unveräußerlichen Menschenrechte zu verschaffen.

Wir werden in Frankfurt a. M. vereinigt bleiben, bis ein freigewähltes Parlament die Geschicke Deutschlands leiten kann. Mittlerweile werden wir die erforderlichen Gesetzesvorlagen entwerfen und durch einen freigewählten Vollziehungs-Ausschuß das große Werk der Wiederherstellung Deutschlands vorbereiten."

Frankfurt a. M., den 31. März 1848.

tigen Angelegenheiten bindende Normen aufzustellen. Struve's Antrag und der ihm folgende von Schaffrath (aus Sachsen) *) wurden daher nach einer ziemlich bewegten Diskussion verworfen. Die 115 Punkte folgen unten, da man sie als vollständiges Programm der deutschen Republikaner ansehen kann und der Vergleich mit den frühern Karlsruher und Offenburger Forderungen mit den Beschlüssen der spätern Volksversammlung die steigende Fluth der Revolution am deutlichsten zeigt.

Eisenmann hatte inzwischen den allerdings zeitgemäßern Antrag gestellt, über die Berufung einer konstituirenden Nationalversammlung sogleich einzutreten. Die Einhelligkeit, mit welcher dieser Antrag angenommen wurde, beweist am besten, daß die Versammlung sich selber das Zeugniß stellte, keine konstituirende sein zu können.

Ehe die Berathung über die Art der Berufung der Nationalversammlung anging, wurden noch verschiedene Zwischenanträge gestellt; so von Schaffrath aus Sachsen gegen das gleich am Anfang der Sitzung ausgegebene Programm der Siebner-Kommission **), dessen einzelne Punkte berathen werden sollten. Er

*) Die frühere Heidelberger-Siebnerkommission durch eine andere zu ersetzen.

**) I. Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern.

II. Ein Senat der Einzelstaaten

III. Ein Haus des Volks, hervorgehend aus Urwahlen nach dem Maßstab von 1 zu 70,000.

IV. Kompetenz des Bundes durch Verzichtung der Einzelstaaten auf folgende Punkte zu Gunsten der Centralgewalt:

1) Ein Heerwesen,

2) eine Vertretung gegenüber dem Auslande,

3) ein System des Handels, der Schifffahrtsgesetze, des Bundeszollwesens, der Münze, Maß, Gewicht, Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen,

4) Einheit der Civil- und Strafgesetzgebung und des Gerichtsverfahrens. Ein Bundesgericht.

5) Verbürgung der nationalen Freiheitsrechte.

V. Der Beschluß der Einberufung der konstituirenden Nationalversammlung auf obige Grundlagen erfolgt durch die mit Vertrauensmännern verstärkten Bundesbehörden.

VI. Ein aus gegenwärtiger Versammlung zu wählender permanenter Ausschuß von 15 Mitgliedern ist beauftragt, die Vollziehung der Einberufung der konstituirenden Nationalversammlung zu betreiben. Wenn innerhalb 4 Wochen von heute der Zusammentritt nicht erfolgt ist, so

schlug daher vor, eine Kommission zu ernennen, die den Siebner-Antrag und weitere Vorschläge zu prüfen und der Versammlung Bericht zu erstatten hätte. Er sei überzeugt, daß bei dem ungeheuern Umschwung der Dinge einzelne Punkte des Programm's bedeutend verändert würden. Allerdings waren in diesem Programm Artikel, wie 1, 2, das Verhältniß von 3 und 5, die viel weniger von der Versammlung angenommen, ja nur berathen werden konnten, als Struve's Anträge. Es war der alte Exekutions- und Behördeneifer, ehe man nur angefangen hatte auf das einzugehen, was der Nation das Nächste war, auf ihre Rechte. Tiefe Wahrheit lag daher in Hecker's Worten, als er sagte: „Nicht einmal ein Parlament bringen wir zusammen, wenn wir nach zweimal 24stündiger Berathung über ein Programm wieder auseinander gehen. Was verlangt eigentlich das Volk von uns? Man hat die von Hrn. v. Struve übergebene Erklärung kritisirt und gesagt: eine Berathung darüber würde zu sehr in das Detail gehen. Was thaten denn aber die Nordamerikaner, die ihr Alle anruft? Sie traten zusammen und ehe sie die Verfassung machten, gaben sie in ihrer Versammlung eine Erklärung der Rechte der Nation und der Menschen ab. Sie gingen damit ihrer amerikanischen Verfassung voraus, und wenn wir eine solche Erklärung in diesem Hause abgeben, die von dem Volke gewählte gesetzgebende Versammlung aber dieselbe später nicht billigen will, so hat sie Recht, sie zu verwerfen. Beisammen müssen wir aber bleiben, bis eine solche Versammlung da ist, denn ich fürchte, daß sie sonst gar nie zu Stande kommt. Was wir hier in gutachtlichen Aeußerungen und Erwägungen niedergelegt haben, das übergeben wir den Bevollmächtigten des Volks, damit diese es prüfen. Wir haben dann jedenfalls einen Schritt vorwärts gethan und der künftigen Versammlung vorgearbeitet. Das Programm können wir aber nicht berathen, ohne daß vorher ein Ausschuß über die Anträge, Wünsche und Ansichten dieser Versammlung einen Gesammtbericht erstattet hat. Denn das Programm ist schon logisch nicht haltbar. In

---

tritt diese Versammlung am 3. und 4. Mai hier wieder zusammen. Im Falle der Dringlichkeit kann der Ausschuß die Versammlung auf einen früheren Termin zusammenberufen.

dem ersten §. ist dort davon die Rede, ob wir ein Bundeshaupt haben sollen. Das kommt mir vor wie die göttliche Legitimität welche zuerst sagt: Ich, der König, und die dann nach dem Volk sucht. Zuerst hätte man die Nationalversammlung mit ihren Rechten und Befugnissen ausstatten oder wenigstens benennen sollen, und hätte man dann eine Grundlage gehabt und wir uns selbst die Ehre angethan, ein Volk zu sein, dann hätten wir die Glieder bis zu der letzten Spitze hinauf suchen können. Wenn aber schon an der Spitze das Bundeshaupt steht, so haben Sie sich gewissermaßen selbst die Schlinge um den Hals gezogen, Sie haben ein Souveränetätsprincip an die Spitze gestellt, aus dem Sie nur Konsequenzen ziehen können und alles Uebrige ist Nichts." Hecker stellte daher den Antrag, die Versammlung solle sich permanent erklären und in ihren Arbeiten fortfahren, bis die gesetzgebende Versammlung des Volks zusammengetreten sei und in Folge dessen nach dem Schaffrath'schen Antrage die einzelnen Wünsche und Anträge einer verstärkten Kommission überweisen und durch sie der Versammlung hierüber Bericht erstatten lassen. Allgemeines Bravo begrüßte den edlen Redner, als er schloß, doch diese Anträge wurden alle verworfen und die Versammlung ging auf die Berathung ein, wie die konstituirende Nationalversammlung herzustellen sei. Nach einer langen Debatte, in der sich besonders Eisenmann (obwohl er immer auf seine Person und seine persönlichen Leiden zurückkam, um damit die Redlichkeit seiner konstitutionellen Gesinnung zu beweisen), Robert Blum, Gagern (der unter Anderm aber sagte: die ersten Punkte des Programms seien da, um eine Vereinbarung mit den Regierungen zu bewirken; diese zwei ersten Punkte, Kaiser und Fürstenkammer, seien dieselben Grundsätze, welche die 51, die in Heidelberg zusammentraten, damals schon zur Grundlage ihrer Bestrebungen genommen haben*), Wesendonk (der u. A. gegen die Annahme des Bundesoberhauptes sprach: „man solle nicht mit dem Dach anfangen, ehe man ein

*) Wenn das unter dem Volke damals bekannt gewesen wäre, so wäre die Theilnahme desselben sehr gering gewesen. Weder das Volk noch sein Sprecher wollten von diesem Anlehnen an die alte Fürstenmacht etwas wissen, da das Volk seine Kraft zu fühlen begann. Der Sprecher appellirte an die stark gewordene Volksüberzeugung und nicht an die Macht der Regierungen, und das in unzweideutigen Worten.

Fundament habe und nicht die Rechte der Fürsten zur Diskussion bringen, ehe von den Rechten des Volks die Rede sei"), Dr. Wiesner aus Wien (der in begeisterter Rede den engen Anschluß Oesterreich's an die deutsche Sache von der Versammlung ausgesprochen wissen wollte), Hecker und Struve auszeichneten, wurden folgende Punkte beschlossen:

1. Die unmittelbare Einberufung einer konstituirenden Versammlung für Deutschland (eines deutschen Verfassungsrathes). Diese konstituirende Versammlung soll vom ganzen deutschen Volke in Urwahlen erwählt werden, von denen kein mündiger Bürger ausgeschlossen sein soll.

2. In dieser konstituirenden Versammlung sollen auch Schleswig und Ost- und Westpreußen vertreten sein. Bei Gelegenheit dieses Punktes werden folgende Unterbeschlüsse gefaßt:

a. Die Versammlung erklärt Schleswig als mit Holstein staatsrechtlich und historisch verbunden, und verlangt dessen unverzügliche Aufnahme in den deutschen Bund, wie auch, daß Schleswig-Holstein in der konstituirenden Versammlung gleich jedem andern Bundesstaat durch freigewählte Abgeordnete zu vertreten sei (siehe S. 64 und 65). Fast einstimmig.

b. Die Versammlung verlangt gleicher Weise die unmittelbare Einverleibung von Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund. Fast einstimmig.

c. Die Versammlung will in Bezug auf die Provinz Posen und deren deutsche Einwohnerschaft die Entscheidung für jetzt dahingestellt sein lassen, erklärt aber, daß es die heilige Pflicht Deutschlands sei, die Theilung Polens als ein schreiendes Unrecht zu erklären, und daß Deutschland mit allen Kräften dahin wirken müsse, Polen wieder herzustellen.

3. Die konstituirende Versammlung soll nach dem Verhältniß von 1 Abgeordneten auf 50,000 Seelen zusammengesetzt werden, jedoch mit der Nebenbestimmung, daß Staaten, welche unter 50,000 Seelen haben, doch einen Abgeordneten senden sollen.

Während in der Kirche über diese Fragen debattirt wurde, bewegte sich das Volk festlich gekleidet zu Tausenden über die festlich geschmückten Straßen. Republikaner und Konstitutionelle bewegten sich ruhig durch einander, nur mit dem Unterschied, daß

bei letztern fortwährend eine ängstliche Gereiztheit sich zeigte, die sich auch in den gespannten Gesichtszügen und dem unruhigen Drängen kund gab. Die Konstitutionellen bestanden fast nur aus Darmstädtern, die gratis mit der Eisenbahn nach Frankfurt befördert wurden, und Frankfurtern, während die Republikaner besonders aus Hanau, Mainz, Heidelberg, Mannheim kamen. Unter den letztern, meistens Turner, waren die schönsten männlichen Gestalten mit ausdrucksvollen oft geistreichen Gesichtern zu sehen. Der männliche Wuchs dieser Leute war besonders durch das Gewand vortheilhaft hervorgehoben. In ihren grauen leinenen Jacken und Beinkleidern mit dem grauen Hut auf dem Haupt zogen sie schaarenweis durch die Stadt. Geb's Gott, daß dies unbestimmte Grau sich mit der Zeit in fröhlichen mannigfachen Farbenreichthum umwandelt. In dieser edeln Jugend liegt Deutschlands Zukunft.

Ein Vorfall dieses ernsten Tages, der die Volksstimmung unzweideutig zeigt, darf nicht unerwähnt bleiben.

Die Republikaner hatten ein großes Versammlungslokal im Garten des sogenannten Essighaus.' Dort versammelte sich Alles, was nicht mehr in die Paulskirche gelangen konnte oder wollte. Dort wurden keine andere als republikanische Reden gehalten. So auch am Morgen des 31., wo der Garten dicht gedrängt voll war, besonders von Turnern. Plötzlich kam ein Haufe von etwa 50 Darmstädtern herein, schrie in die Reden hinein, und beinahe wäre ein Tumult entstanden, wenn nicht die Führer der jungen Republikaner den schon etwas hitzig Gewordenen in die Arme gefallen wären und die Aufgeregten beschwichtigt hätten. Man beschloß, wieder auf den Platz, am Römer, zu ziehen. Unter Gesang, mit einer schönen Jägermusik voran, zog die ganze Schaar von etwa 800 Mann durch die mit Menschen übersäete Stadt. Die Hörner klangen hell in den festlichen Straßen. Dazwischen wurden alte und neue deutsche Freiheitslieder gesungen, am meisten aber die Marseillaise. Mehrere der eifrigsten Darmstädter, welche dem Zuge gefolgt waren, stimmten nun auch ihre National-Hymne an:

Unser Großherzog soll leben
Und der Erbgroßherzog auch daneben
Und alle Herren Offizier:
Hessen-Darmstädter seind wir.

Die schwachen Stimmen konstitutioneller Begeisterung gingen aber in dem gewaltigen Chore unter. Wenn ein Lied wieder aus war und die Schaar vor einem festlich geschmückten Haus vorbeizog, aus dem Tücher geweht wurden, erscholl jubelnd der Ruf: „Es lebe die Republik!" So zog der Haufe in bester Ordnung auf den Römerplatz. Wie sie dort ankamen unter dem Jubelrufe: „Es lebe die Republik!" fühlten sich die anwesenden Konstitutionellen höchlich empört. Man nahm Fahnen, schmierte mit Kreide die Worte darauf: „Keine Republik. Parlament!" übergab dieselben einem Manne *), der sich sofort an die Spitze des Zuges stellte, dem sich ganz Darmstadt und halb Frankfurt anschlossen. Die durch das Hohngeschrei der Konstitutionellen erbitterten Republikaner, die kein anderes Unrecht gethan, als daß sie vor den loyalen Darmstädtern die Republik hoch leben ließen, zogen wieder fort, um abreisende Turner vor die Stadt zu geleiten. Die Konstitutionellen aber fingen nun an, durch die ganze Stadt, durch jedes Winkelgäßchen zu ziehen, mit der Frankfurter Stadtmusik voran. Unter dem unaufhörlichen Geschrei: „Parlament, keine Republik!" das die Musik übertönte, zogen sie an drei Stunden lang durch alle Winkel von Frankfurt. Abends 4 Uhr kamen sie auf einen großen Platz am Gasthof zum Schwanen vorbei, zogen grad aus über den Platz auf eine Straße, welche auf der andern Seite des Platzes gleichsam die Fortsetzung derjenigen bildete, durch die sie gekommen waren. Wie sie nun in die Straße einrückten, kamen ihnen die Republikaner, von ihrem Geleitzug zurück, entgegen. Nun begann das Schreien ärger als je. Die Konstitutionellen, oder besser gesagt die parlamentarische Partei schrie unaufhörlich: „Nieder mit der Republik! es lebe das Parlament!" Die Republikaner riefen einfach: „Es lebe die Republik!" und wanden sich durch die Menge. Wie das geschehen war und die Turner in den anstoßenden Götheplatz einrückten, machte die fanatisch aufgeregte parlamentarische Partei, anstatt ruhig vorwärts zu gehen, ganze Wendung, die Fahne wurde langsam und mühsam wieder rückwärts geschoben und den Republikanern folgte das wüthende Geschrei: „Keine Republik!" Die Republikaner, als sie die heranziehenden Parlamentsvertheidiger herkommen sahen, machten auch Halt, blieben aber stehen. Ihr Führer, Metternich

*) Allgemein wurde gesagt: einem Kutscher Rothschilds.

von Mainz, vielleicht der schönste Turner Deutschlands, eine heldenkräftige Erscheinung, trat mit einigen Hanauer Turnern vor gegen die Heranrückenden und hieß sie ihres Weges ziehen. Die Antwort, welche er erhielt, war ein Schuß aus einer blind geladenen Pistole, der in das Gesicht eines Hanauer Turners fiel, aus dem das Blut sogleich dicht herunterrieselte.

Das war nun genug. Auf einen Flug sprang die ganze Turnerschaar herbei über die Barriere mitten in den Haufen, in der Metternich, wie ein Löwe kämpfend, mit der bloßen Faust schon Viele hingestreckt hatte, bis er von einem Keulenschlag an die Schläfe ohnmächtig zu Boden sank. Die Turner aber warfen den Haufen auseinander. 6—8 stürmten auf die Fahne los, die schon am Anfang des Zwistes sich auf die Seite gemacht hatte, und von etwa 20 Mann umgeben war. Die Fahne wurde in tausend Stücke zerrissen, und die Hanauer Turner, ohne auf die flehentliche Bitte Vieler zu hören: „sie möchten doch bleiben, man verachte ein solches parlamentarisches Verfahren," zogen still, mit zugedeckten Fahnen, nach Haus.

In der zweiten Sitzung am 1. April wurde die Berathung über den Wahlmodus für die konstituirende Nationalversammlung fortgesetzt. Einstimmig wurde beschlossen, daß die Wahlen ohne Rücksicht auf Vermögens-, Religions- und Standesunterschiede vor sich gehen sollten. — Eine lebhafte Debatte entstand darüber, ob man auf direkte (Urwahlen) oder indirekte Weise (durch Wahlmänner) wählen solle. Wiesner aus Oesterreich bemerkte hier sehr treffend, daß in bisher absolutistischen Staaten, wo die Leute sich nicht kennen, die indirekte Wahlweise sehr vorzuziehen sey. Der alte Jahn sprach besonders dafür, daß man vom 21. Jahr Wähler und Wahlmann seyn dürfe, „denn," sagte er, „wo wir nicht mitrathen, wir auch nicht mitthaten." Sonderbar war es, wie Viele die Wühlerei bei direkten, Andere wieder bei indirekten Wahlen mehr begünstigt glaubten. Die Erfahrung zeigte den Nutzen der indirekten Wahlweise. Die Versammlung entschied aber: Der Wahlmodus solle den einzelnen deutschen Staaten überlassen bleiben. — Dieser Beschluß hatte 317 Stimmen gegen 194. — Sonderbar war es, daß einige hohe Herren für Urwahlen stimmten.

Nach der mittäglichen Pause bestimmte die Versammlung noch, daß die konstituirende Nationalversammlung in vier Wochen zu-

sammenzuberufen sei. — Nun ging man auf den von der Siebner-kommission der Heidelberger Versammlung vorgeschlagenen Antrag ein, einen Ausschuß von 15 Mitgliedern zu wählen, der besonders die Aufgabe hätte, die Wahlen für die Nationalversammlung zu betreiben *), ein Vorschlag, der den Republikanern gefährlich schien, weil sie glaubten, daß einige wenige Leute nicht die Macht haben würden, bei eintretender Ruhe im Volke demselben die errungene Wahlfreiheit zu erhalten. Hecker stellte daher den Gegenantrag, die Versammlung solle sich permanent erklären, aber bedachte nicht, daß die Versammlung in ihrer Zusammensetzung, die er selber bitter genug kritisirt hatte, eben so unfähig wäre, diese Garantie zu leisten und daß bei schnellem Ergreifen der Volkssympathien eine kleine Versammlung jedenfalls energischer und rascher wirken könnte, als eine Versammlung von 5—600 Menschen, worin die Debatte über eine wichtige Maßregel vielleicht bei der bunten Zusammenwürflung der Versammlung wohl meistens die Ausführung verhindern könnte. Hecker vertheidigte seine Motion, man solle permanent bleiben, besonders damit, daß in dem Lockerwerden aller bisherigen Bande, bei der totalen Verachtung des Bundestages es heilige Pflicht sei, daß die Nation einen festen Sammelpunkt habe: Die Regierungen und der deutsche Bund seien machtlos, aufgelöst; die beste Maßregel, wenn der Bund sie sanktionire oder in die Hand nehme, sei nicht bloß verdächtig, sondern in die Acht erklärt. Schleswig-Holstein müßte mit dem Schwerte erobert werden, oder man habe das Volk getäuscht, belogen; das sey aber eine Kriegserklärung gegen Rußland. Der preußische Landtag solle sich aufgelöst haben. In so gefahrvoller Zeit müßten wir hier bleiben, bis andere Männer des Vertrauens kämen, um die Regierungen anzutreiben, wenn sie das Rechte nicht thun wollten, oder zu ohnmächtig dazu seien. In so wichtigen Momenten müsse

*) Dieser Ausschuß habe die Bundesversammlung bei Wahrung der Interessen der Nation und bei Verwaltung der Bundesangelegenheiten selbstständig zu berathen und erforderlichen Falls Anträge an denselben zu stellen. Die Bundesversammlung werde eingeladen, über Bundesangelegenheiten bis zum Zusammentritt des konstituirenden Parlaments ausschließlich mit dem Ausschusse, als den Männern des Vertrauens, in Benehmen zu treten, der Ausschuß aber werde beauftragt, bei etwa eintretender Gefahr für das Vaterland die gegenwärtige Versammlung wieder einzuberufen.

die Nation einen Sammelpunkt haben. Wer Alpha gesagt, müsse auch Omega sagen, sonst sei er ein Schwachkopf, ein Feiger oder Verräther. (Lebhafte Bewegung.) Wenn auch Oesterreich hier nicht vertreten, werde es gleich Preußen uns zuziehen. „Wir wollen zusammenbleiben als Gesammtbürgschaft der Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands. Geschieht dies nicht, wohlan! neben dem Ausschusse wird sich der Ausschuß der Straßen, der Volksversammlungen bilden. (Heftige Unterbrechung.) Darum permanent, permanent!" — Schneider und Raveaux aus Köln sprachen besonders dagegen, daß diese Versammlung sich als eine legale betrachte, da sie ganz auf dem Boden der Revolution stehe und nur durch sie zu Stande gekommen sei. Viele Redner sprachen für Permanenz, und zwar in sehr energischem Tone. Gagern bekämpfte dieselbe, da er sich darauf berief, daß sehr viele Männer ohne bestimmtes Mandat da seien. Die Autorität des deutschen Bundes sei ohnehin schwach, man dürfe sie nicht noch mehr schwächen. Struve erwiederte ihm hierauf: „Weil er den deutschen Bund wolle, wolle er den Bundestag nicht; er sei eine Leiche," worauf Gagern selber zugab, daß der vorige Bundestag allerdings gestorben und eine Leiche sei, daß aber der deutsche Bund fortbestehe und daß der abgestorbene Bundestag durch neue Besetzung das populärste Organ werden könne. Nach einer sehr heftigen Debatte wurde Heckers Antrag auf Permanenz verworfen und Gagerns Antrag angenommen.

Am folgenden Tage, dem dritten der Versammlung (2. April), wurde zuerst über den Wahlmodus des Fünfziger-Ausschusses gesprochen. Blums Antrag, die Namen der Ausschußmitglieder auf Zettel zu schreiben, wurde angenommen. Nach diesem Beschlusse trat Dr. Zitz von Mainz mit folgendem Antrag auf: „Die Versammlung solle erklären: Bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Begründung einer konstituirenden Versammlung in die Hand nehmen kann, muß sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schooße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben." — Die republikanische Partei, die nun in der Wahl- und Permanenzfrage nachgegeben hatte, fand sich zu diesem Antrag verpflichtet, indem es wahrhaftig hohe Zeit war, sich einmal ernst um eine Garantie für die

Zukunft umzusehen. Gleich am Anfang mußten die Volksmänner schon durch die Bestimmungen der Geschäftsordnung erbittert werden, daß die Versammlung nicht länger als zwei Tage dauern und daß Niemand länger als 10 Minuten sprechen dürfe. Großes Bedenken erregten auch die früher erwähnten Stellen des Programms, wo von einem Bundesoberhaupt und einem Fürstensenat die Rede war, ehe man auf ein „Haus des Volkes" zu sprechen kam. Die bedeutenden Fragen der Zeit, welche Struve vorbrachte, wurden auch zurückgewiesen, ebenso der Antrag auf direkte Wahlen und der Permanenzantrag. Nun wurde der Ausschuß gewählt, der bis zum Zusammentritt der konstituirenden Versammlung die Angelegenheiten der Nation in die Hände nehmen, dabei aber mit dem Bundestag zusammen arbeiten sollte, der noch viele reaktionäre Mitglieder in seiner Mitte hielt und von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen sich noch nicht losgesagt hatte. Es wollte etwas heißen, ein Institut zu wählen, das Schirm und Hort für die noch junge Volksfreiheit sein sollte. Dazu gehörte aber vor Allem, daß redliche Hüter aufgestellt wurden, die mit ernstem Willen und mit Macht alle Hindernisse niederschlagen wollten und konnten. Man war zu der Ueberzeugung gekommen, daß die höchste, beste Garantie in der Volkskraft, in dem Volkswillen liege, der bei seiner ersten frischen Aeußerung das ganze diplomatische Gewebe siegreich durchbrochen hatte. Es war daher vor Allem nothwendig, den Ausschuß auf eine vollkommen demokratische Grundlage zu bringen, um ihn zu einem Institute des Volkswillens zu machen. Das Allererste, was daher geschehen mußte, war das offen ausgesprochene Wort, daß das Volk mit der Vergangenheit gebrochen habe, daß es nun selber zu seinen Angelegenheiten sehen und nur solche Männer an seinen Interessen betheiligt wissen wolle, die das Vertrauen des Volkes haben. Die nächste Folge dieses Grundsatzes war daher, daß ein Institut, das ein Organ des Volkswillens zu werden bestimmt war, vor Allem auf der Entfernung der volksfeindlichen Elemente fest beharre, ehe man die nöthige Thätigkeit entwickeln könne. Das hatten die männlichen Republikaner mit rücksichtsloser Konsequenz eingesehen, darum stellte Zitz diesen Antrag. Und wahrhaftig, wie weit mochte eine Versammlung kommen, die nicht einmal wagte, ihre Stellung einzusehen, die Scheu davor hatte, an den Willen der Nation zu

appelliren, die, anstatt frisch und entschieden zu sein und sich stark durch den Volkswillen zu fühlen, nichts Weiteres zu thun vermochte, als vertrauensvoll das Nöthige zu erwarten, und statt fröhlich und energisch zu handeln, mit der morschen Hofdiplomatie zu unterhandeln begann und daher in dem bekannten Bassermann'schen Versöhnungsantrag (der im gleichen Antrag „indem" statt „bevor" setzte) einen erbärmlichen Ausweg zu Stande brachte. Die wahre, eigentliche Versöhnung wurde eigentlich durch die Republikaner geboten, die loyal ihre Mitwirkung an dem Beschlusse der Majorität nicht versagten, zugleich aber dem Beschlusse den Charakter aufgeprägt wissen wollten, der ihm allein gebührte, den demokratischen nämlich. Der Unterschied in den Ausdrücken bevor und indem charakterisirt die verschiedene Stellung der beiden Parteien zum bisherigen Bundestag.

Ueber diese verschiedene Fassung entspann sich nun eine heftige Debatte. Struve erklärte: Der Antrag von Zitz sey That, während der von Bassermann eine bloße Erklärung sei. Gagern appellirt an die Redlichkeit der Regierungen, so auch Eisenmann.

Hecker will keine künstliche Aufregung im Volke, hält es aber um so mehr für seine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß die Annahme von Bassermanns Antrag eine wirkliche Aufregung hervorrufen könne. Denn das Volk wolle den Bundestag nicht mehr, das heißt, den Bundestag mit den verdorbenen Elementen, aus denen er gegenwärtig großentheils noch zusammengesetzt sei, Männer wie er und seine Freunde könnten unmöglich neben den Männern der Reaktion Platz nehmen und gemeinsam mit denselben wirken. Es sey daher Läuterung (Epuration) des Bundestages unumgänglich nöthig; ja, diese Läuterung hätte schon geschehen sollen. Die strengste Fassung des Antrags, die von Zitz, müsse also beibehalten werden, damit ein um so rascherer Beschluß erfolge.

Die redlichen Erklärungen der Republikaner richteten aber nichts aus. Die Versammlung beschloß mit großer Majorität, den Bassermann'schen Antrag anzunehmen. Die entschiedensten Republikaner verzweifelten nun daran, daß aus dieser Versammlung je etwas Kluges hervorgehen könne. Die Mitunterzeichner des Zitz'schen Antrags verließen mit Ausnahme von 7 den Saal und erließen folgende Protestation an die Versammlung, die von

79 unterzeichnet wurde, worunter sich alle entschiedenen Volksmänner *) befanden.

Verwahrung.

Die unterzeichneten Mitglieder der Versammlung deutscher Volksrepräsentanten zu Frankfurt haben in deren Ursprunge und in der Art, wie sie verwirklicht worden ist, ein selbstständiges Auftreten der Volkssouveränetät erkannt, und haben nur in der Ueberzeugung mitgewirkt, daß darin der Keim eines neuen Staatslebens für Deutschland zu finden sei.

Das Programm der Siebnerkommission hat sie schon aufgeklärt, daß sich der Bundestag zu Frankfurt dieser Volksrepräsentation bemächtige.

Sie trauten der Versammlung zu, daß sie ihren eigenen Charakter zu würdigen wissen und jedes Einmischen eines vom deutschen Volke mit Verachtung zurückgewiesenen Institutes entschieden ablehnen werde.

Demungeachtet hat der Gagern'sche Antrag den Charakter der Versammlung aus einer Volksrepräsentation in einen von dem seitherigen Fürstenbundestage genehmigten und mit ihm verbundenen Beirath geändert, und der zu wählende Ausschuß ist nur ein Kollegium, das der Wirksamkeit des ehemaligen Bundestages in der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes neuen Eingang verschaffen soll.

Wir haben versucht, diesen unglücklichen Schritt dadurch zu mildern, daß wir durch den von Blum und Andern gestellten Antrag ein Glaubensbekenntniß des Bundestages zu vermitteln suchten, wodurch dessen fortwährender Wirksamkeit und dem volksthümlichen Ansehen des Ausschusses einiges Vertrauen erzeugt werden sollte.

Auch dieser Antrag hat die Zustimmung der Mehrheit der Versammlung nicht erhalten. Wir können es daher mit unserer Ueberzeugung und mit unserer Verantwortlichkeit gegen das Volk, welches allein wir vertreten, nicht mehr vereinbar finden, mit dieser Versammlung in ihrer heutigen Richtung zu wirken, er-

*) Vogt aus Gießen, Hecker, Struve, R. Blum, Zitz, Jakobi (aus Königsberg), Schlöffel, Graf Reichenbach, Streker aus Mainz rc.

klären vielmehr auf's Entschiedenste, daß wir uns gegen die Wahl- und künftige Wirksamkeit eines Ausschusses verwahren, welcher seinen Charakter ändert, und aus Volksrepräsentanten zu Fürstenräthen herabgestiegen ist. Wir verwahren die Rechte des deutschen Volkes gegen die Handlungen dieser Versammlung und gegen alle ihre Folgen.

Frankfurt a. M., 2. April 1848.

Der Austritt dieser Männer aus der Versammlung erregte einen großen Tumult. Die Gallerien wurden leer. Alle drückte die Stimmung, daß ein entscheidender Schlag geschehen sey. Dieser Austritt, von den Einen erwartet, von den Andern befürchtet, schien dem ganzen Stand der Dinge eine neue Richtung geben zu wollen. Die Aufregung, welche dieser Schritt unter dem Volk hervorbrachte, war gewaltig. Wir werden darauf zurückkommen, wenn die Theilnahme des Volkes an diesen Tagen erwähnt wird.

In der Versammlung entstand wie gesagt nach dem Austritt ein heftiger Sturm, der aber von Raveaux, Vogt und Rob. Blum beschwichtigt wurde. — Hierauf besprach man sich noch besonders darüber, daß der permanente Ausschuß vorzüglich dafür zu sorgen habe, daß eine allgemeine Volksbewaffnung in ganz Deutschland eingeführt werde, so wie daß eine Arbeiterproklamation erlassen werden sollte, worin die Theilnahme der Versammlung in den Arbeiterinteressen verkündet würde. Die Ausschußwahlen betreffend beschloß man noch, Jeder solle auf dem gedruckten Verzeichniß der Mitglieder der Versammlung diejenigen 50 anzeichnen, für welche er stimme. Mit diesem Beschluß endigte die Sitzung. — Die beiden letzten in der Eile gefaßten Beschlüsse zeigten deutlich, daß der Austritt der Männer große Besorgnisse erregt hatte und daß man in diesem ungewissen Augenblicke die Sympathie der Massen gewinnen wollte. Es waren das ja ein paar von Struve's Anträgen, die damals zurückgewiesen, jetzt aber in Eile adoptirt wurden.

Im Volk, im eigentlichen Volk, wie die D. Z. sagte, d. h. nicht in der denkfaulen Bourgeoisie, erregte der Rücktritt großen Beifall. Wenn Nachrichten hierüber, die nach Baden kamen, nicht schon von vorneherein von der spätern Ausgleichung begleitet gewesen wären, so würden sie wie Funken auf Pulver eingewirkt haben. Aber in Frankfurt selbst sollte diese Thatsache große Zustimmung finden. Der Besitzer des Kaffeehauses zum

Wolfseck hatte zwei sehr große aneinander stoßende Sääle bauen lassen, die von dem republikanischen Klubb als Lokal angenommen und mit einer Rednerbühne geziert wurden. Dorthin strömten nun alle in Frankfurt anwesenden Republikaner, die aus allen Theilen Deutschlands herkamen. Die Angelegenheiten, die Bedürfnisse der Zeit wurden dort auf die mannigfachste Weise ausgesprochen. Mit wenigen, seltenen Ausnahmen sprachen sich aber alle Redner offen und entschieden für die Republik aus. Am meisten Theilnahme fanden, wie anderswo, die Reden von Hecker, Robert Blum, Struve und Raveaux aus Köln. Alle Abende waren Versammlungen von 2—3000 gebildeten tüchtigen Männern beisammen, die nur eine entschiedene Sprache annahmen. Man kann leicht denken, daß die Nachrichten des eben besprochenen Tages große Aufregung hervorbringen mußten. Allgemein war aber die Stimme: „Die Männer haben Recht gehabt! Man muß einmal Ernst machen und das schmähliche Unterhandeln lassen!" Mitten in dem Sturm der Versammlung warf ein junger Mann den Antrag in die Menge: „man solle den Ausgetretenen die volle Zustimmung zu ihrem Schritte aussprechen," und motivirte ihn mit den erwähnten Gründen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und eine in diesem Sinne abgefaßte Adresse wäre mit Tausenden von Unterschriften bedeckt worden, wenn Andere als der Antragsteller nicht in den erwähnten Antrag noch den Satz hineingebracht hätten, „die Ausgetretenen seien aufgefordert, nach eigenem Gutdünken Volksmänner zu berufen und so eine Nationalversammlung zu ergänzen." Das war denn doch Vielen zu bunt und gewagt. Thatsache aber blieb, daß das Ereigniß selber allgemeine Zustimmung bei den Entschiedenen gefunden hatte.

Am Nachmittag desselben Tages war in dem drei Stunden von Frankfurt entfernten Hanau eine große Turnerversammlung. Abgeordnete von mehr als 40 deutschen Turngemeinden und an 1200 Turner waren da, die von der Hanauer Bürgerwehr und den schönsten Jungfrauen in die Kirche geleitet wurden, wo man die Versammlung halten wollte. Der Zweck derselben war Aufstellung eines politischen Glaubensbekenntnisses. Ein junger Mann schlug Struve's Programm vor, das denn auch allgemeinen Anklang fand, mit einziger Ausnahme des letzten Punktes, der Aufhebung der Monarchie. An diesem Punkt entspann sich ein hitziger Streit,

der auf die Weise durch Abstimmung gelöst wurde, daß 7 Turn gemeinden für den Passus und 4 dagegen sich erklärten *). Di Andern behielten das Protokoll offen.

Mit gespannter Erwartung sah man dem Morgen des 3. April des vierten Sitzungstages, entgegen. Was die Ausgetretenen zusammen besprachen und ausmachten, ist unbekannt, doch läßt sich aus spätern Ereignissen, dem Aufstand in Baden, der Bildung des demokratischen Wahlkomites 2c. herausfinden, daß man schon damals nur durch Revolution die Freiheit zu erringen hoffte. Doch war vorauszusehen, daß ein Aufruf an den Volkswillen mit Ausnahme Badens und einiger deutschen Provinzen wenig republikanische Kraft zu Tage gebracht hätte. Doch Alles fühlte sich beengt, in der seltsamen Stimmung der Ungewißheit. Die Konstitutionellen hatten von der republikanischen Partei immer einen Handstreich befürchtet und sehr viele Mitglieder der Versammlung waren zu geneigt, aus dem Rücktritt die gräßlichsten Folgen zu ziehen.

Die Sitzung dieses Tages (des 3. April) begann mit einer Erklärung Mittermaiers, worin er offiziell die Aufhebung der Ausnahmsbeschlüsse verkündigte und zugleich der Versammlung anzeigte, daß diejenigen Mitglieder des Bundestags, gegen welche der gestrige Beschluß gerichtet sei, sogleich ihre Entlassung eingegeben und ihre Regierungen dringend ersucht hatten, den Bundestag neu zu besetzen. Hierauf beschloß die Versammlung — ich gebe hier wörtlich die von Mittermaier ausgegebene, an allen Straßenecken angeheftete Proklamation — „auf einen Versöhnung und Frieden athmenden Antrag Itzstein's, Jordan's u. A., die ausgetretene Minorität sei einzuladen, der Versammlung wieder anzuwohnen, ihnen das Protokoll offen zu lassen, jedem sich Meldenden seine bereits abgegebenen Wahlzettel wieder zurückzugeben, um Aenderungen vorzunehmen, den Schluß der Wahl aber jedenfalls auf 1 Uhr Nachmittags zu bestimmen" (Itzstein verläßt den Saal, um die ausgetretene Minorität zum Wiedereintritte zu bewegen).

Schon ehe Itzstein zu der im holländischen Hof versammelten ausgetretenen Minderheit kam, hatte dieselbe einen Ausschuß als Zentralkomite für die Wahlen zur konstituirenden Versammlung ernannt, welches die Wahlen in republikanischem Sinne zu leiten

*) Irrthum vorbehalten!

sich vornahm. In dem Wahlmanifest desselben (der neben dem Ausschuß der Majorität ein Ausschuß der republikanischen Minorität sein sollte, um wie der Majoritätsausschuß seinen Sitz in Frankfurt aufzuschlagen) ward ausdrücklich auf die 13 Artikel Struve's hingewiesen, die man als Programm annahm. Das Wahlmanifest sagt selber: „Was die Staatsform betrifft, so muß es allen denkenden Männern einleuchten, daß nur die freieste uns in den Besitz der bezeichneten 13 Forderungen des Volkes zu setzen, nur diese uns von den zu gleicher Zeit genannten 13 auf unserm Volke lastenden Landplagen zu befreien vermag." Ein anderer Punkt weist auf friedliche Umgestaltung der Dinge hin: „In der Wahlschlacht wird sich das Schicksal Deutschlands entscheiden!" Jedenfalls hat dies Komite einen bedeutenden Einfluß, besonders auf die Wahlen in Preußen, gehabt.

Doch auch die Majorität hatte noch vor der Wiedervereinigung einen bedeutenden Schritt gethan, einen Schritt, durch den die konstitutionelle Partei die Todeswaffe für das eigene System schmiedete. Der badische Abgeordnete Soiron hatte nämlich den Antrag gestellt: „Daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands der vom ganzen deutschen Volk zu erwählenden konstituirenden Versammlung einzig und allein zustehe, mit der fernern Erläuterung, daß dabei an dem Grundsatze der Souveränität des Volkes festzuhalten sei (und es der konstituirenden Versammlung überlassen bleibe, ob sie es für nöthig achte, am Schlusse ihrer Arbeiten mit den Fürsten in Verhandlung zu treten)."

Aeußerst sonderbar war es nun, daß diese Prinzipienfrage, wie die D. Z. selber sagt, „auf der einen Seite nur Bedenken, auf der andern Seite nur die lebhafteste Akklamation veranlaßte; eine vollständige Diskussion aber nicht stattfand, — nachdem man vorher über unbedeutende Formfragen Stunden lang diskutirt hatte." Die Versammlung legte außerordentlich viel Werth darauf, diesen Beschluß vor dem Wiedereintritt zu Wege zu bringen, der, so viel ich mich erinnere, mit geringer Mehrheit angenommen wurde. Diese Thatsache ist leicht zu erklären. Die Vaterlandsliebe, die energische Gesinnung, die Kenntniß der Zustände und der dringenden Nothwendigkeit energische Beschlüsse zu fassen, war nicht auf die Ausgetre-

tenen allein beschränkt. Zudem hatte das höhnische Lächeln, die unverhehlte Siegesfreude Solcher, die über Nacht aus Monarchisten Konstitutionelle geworden waren, und der verächtliche Ton, mit dem einige Doktrinäre die Volksmänner von oben herab behandelten, einen Stachel in Vieler Herzen zurückgelassen! Die Sympathie für eine Staatsform, in der die Organe vom Volke ausgehen, die ihm nicht künstlich angeleimt werden, sprach sich lebendig in diesem wichtigen Beschlusse aus. Die Konstitutionellen, die höhere Sicherheit in der Stärkung der Krone als in der Macht der Verfassung sahen, darunter alle die doktrinären Apostel der reinen konstitutionellen Monarchie auf breitester Grundlage, sperrten sich mit allen Kräften gegen diesen Beschluß, da sie die Wichtigkeit desselben wohl einsahen, so wie daß mit diesem Hebel ihr ganzes System geworfen werden konnte. Und dennoch kam dieser Beschluß zu Stande, dennoch wurde dies Prinzip ausgesprochen, welches das Losungswort des Jahrhunderts ist. Werden die Konsequenzen dieses Prinzips auf friedlichem Wege herbeizuführen sein? Welche Stellung werden Männer dabei einnehmen, die an diesem Beschlusse Theil genommen?

Mit dem Soiron'schen Antrag waren zugleich eine Reihe von andern Anträgen aufgetaucht, deren Inhalt übereinstimmend dahin ging, noch vor der Auflösung der Versammlung die wesentlichsten deutschen Volksrechte als Wunsch ins Protokoll zu legen, die man bei der künftigen Verfassung Deutschlands als unumstößliche Grundlagen berücksichtigt wünschte. War die Versammlung nicht befähigt, Deutschland eine Verfassung zu geben, so durfte man doch über die Fundamente sich aussprechen und eine „Erklärung der Rechte“ der Verfassung vorausschicken. Unter den Anträgen war der, den Zaup mittheilte und den 70 Mitglieder unterzeichnet hatten, der hervorragendste; er verlangte als geringstes Maß der deutschen Rechte: volle Glaubens- und Religionsfreiheit mit Gleichstellung aller Konfessionen in bürgerlichen Rechten, volle Preßfreiheit, Vereinsfreiheit, freie volksvertretende Landesverfassungen, Gleichheit der Steuerpflicht, der Wehrpflicht und des Wehrrechts, gleiche Zulassung zu allen Staatsämtern, abzugsfreie Auswanderung, allgemeines deutsches Heimathrecht, Freiheit der Bildung mit Lehr- und Lernfreiheit, Schutz der persönlichen Freiheit (Habeas-Corpus-Akte), Schutz gegen Justizver-

weigerung, Unabhängigkeit, Mündlichkeit und Oeffentlichkeit der Justiz mit Schwurgerichten u. s. w. Ein anderer Antrag Venedeys berücksichtigte noch besonders die Lage der arbeitenden Klassen und die Verbesserung derselben; Andere wichen nur in Einzelnheiten oder in der Fassung von dem Jaup'schen Antrage ab. Eine Berathung des Einzelnen war natürlich hier nicht denkbar; es genügte, diese Erklärungen deutscher Volksrechte der künftigen deutschen Nationalversammlung zur Berücksichtigung dringend zu überweisen.

Während der Debatte kehrte auch die ausgetretene Minorität in die Kammer zurück und wurde herzlich begrüßt. Hecker erklärte auf der Tribüne, daß die Minderheit sich nach der für das deutsche Volk erlangten Genugthuung und auf die an sie ergangene Aufforderung der Mehrheit gegen das Vaterland für verpflichtet gehalten habe, sich wieder mit der Mehrheit zu vereinigen, worauf er mit dem Rufe schloß: „Es lebe das deutsche Vaterland!"

Einem Beschlusse der Versammlung: „den aus Frankreich kommenden Polen den Zug durch Deutschland offen zu lassen," folgten am 4. April, dem fünften Sitzungstage, noch die Ausschußwahlen. Unter den hervorragendsten Namen der Ausschußmitglieder seien einige erwähnt, um zu zeigen, daß diese Versammlung nicht in der servilen, charakterlosen Weise zusammengesetzt war, wie später in Blättern und Flugschriften behauptet wurde, die unmittelbar auf Revolution hinwirkten. Im Ausschuß waren Männer wie Itzstein, Rob. Blum, Jakobi aus Königsberg, Simon aus Breslau, Schott aus Würtemberg, Raveaux, Venedey und Stettmann aus Rheinpreußen, Wippermann aus Kassel, Hergenhahn aus Nassau, Heckscher aus Hamburg, Reh aus Darmstadt, Wiesner aus Oesterreich 2c. Zu Suppleanten wurden die meisten Republikaner gewählt (wie Hecker, Struve, Schaffrath, Vogt, Leisler, Zitz, Graf Reichenbach, Schlöffel, Hoff, Brentano, Streker, Peter, Pelz (Treumund Welp, Mitherausgeber der D.V.Z.), Schlöffel, Junghanns II., Titus u. A.), was freilich bei der kurzen Wirksamkeit, die dem Ausschuß möglich war, ohne weitere Bedeutung *) war, als die einer Anerkennung ihrer Thätigkeit.

*) Diesen sogen. Suppleanten war in geringstem Maße Theil zu nehmen möglich, da sich erwarten ließ, daß die eigentlichen Mitglieder die kurze Zeit wohl beisammen bleiben würden.

Mit diesen Wahlen war die Frankfurterversammlung geschlossen. Sie hatte freilich nicht allein die Geschäftsordnung in ihrem fünftägigen Beisammenbleiben überschritten, man war auch über das Programm der Siebner-Kommission hinausgekommen. Wunderbar war es, wie das allgemeine Bedürfniß, die gleichmäßige Bildung diese bunt zusammengewürfelte Versammlung gleich in bestimmte Schaaren trennte, wobei so mannigfaltige Verschiedenheit persönlicher politischer Ueberzeugungen sich auflöste, während man in Hauptpunkten sich zusammenfand. Allerdings hatte der Austritt der Minorität die Haltung der Versammlung verändert. Dieser Sturm hatte die politische Atmosphäre der Versammlung gereinigt, und das ernste Grollen der Entschiedenen hatte den Boden derselben wohlthätig erschüttert und für Aufnahme fruchtbringenden Saamens vorbereitet. Die Mission, die ihr allein möglich war, hatte die Versammlung erfüllt. Sie hatte große Prinzipien, wie eine Jury der deutschen Nation hatte sie ihr Schuldig über die Vergangenheit ausgesprochen und Winke für die Zukunft gegeben. Sie hatte noch mehr gethan; sie hatte ein Organ hingestellt, das auf die Bahn des Volkswillens sich stützen durfte, dem Willen des Volkes zu folgen und denselben geltend zu machen fähig sein sollte. — Der Geist der Zeit hatte die Versammlung zu einigen entschiedenen Thaten gedrängt und mit dem zweideutigen Bewußtsein, mehr gethan zu haben, als sie von sich selbst erwartete, ging die Versammlung höchst zufrieden auseinander.

VII.

Ehe wir auf den der Frankfurterversammlung rasch folgenden Aufstand in Baden kommen, muß der Fortgang der Bewegung in Deutschland in leichten Zügen angezeichnet werden. Die Ereignisse, die theils die Frankfurterversammlung begleiteten, theils indirekt von ihr hervorgerufen wurden, bilden den natürlichen Uebergang zu dem badischen Aufstande, da sie aus den nämlichen Ursachen abgeleitet werden müssen. Der einzige, aber wichtige Unterschied besteht allein in der Art und Weise der Ausführung des gemeinsamen Planes. — Die scheinbare Stockung, die durch den Aufstand herbeigeführt wurde, bildet einen natürlichen Ruhepunkt zur Betrachtung des Vergangenen und einigen Blicken auf die Zukunft.

Die Hauptthätigkeit des deutschen Volkes, und zwar die folgenreiche, nothwendigste während dem Monat April bildet der Wahlkampf für die Volksvertreter am Parlament. Neben dieser Hauptarbeit waren die übrigen Lebensäußerungen ganz in den Hintergrund getreten. Dennoch fehlte es nicht an den mannigfaltigsten Demonstrationen, welche die immer wach gebliebene Revolutionslust des deutschen Volkes deutlich zeigen. Besonders in Preußen war außerordentliche politische Regsamkeit eingetreten. Reaktionäre Bestrebungen in Pommern, der Mark Brandenburg und Schlesien verpufften. Am 2. April eröffnete Camphausen den vereinigten Landtag. Die Versammlung hatte ein ganz anderes Aussehen als die des vorigen Jahres. Statt des schweren Prunkes und des Farbenreichthums war nun Alles schwarz gekleidet. Camphausen erklärte in der Eröffnungsrede, daß der König gesinnt sei, mit einer wahren konstitutionellen Monarchie Ernst zu machen, und daß er auf die treue Theilnahme des Landtags hoffe. Hierauf wurde die Propo-

sitionen des Königs (?) vorgelesen, nach welcher der Landtag sogleich ein neues Wahlgesetz berathen sollte, das von der Regierung entworfen war, welches die Vorschläge enthalten sollte, wonach die neue Versammlung zu bilden sei, um in Verein mit ihr einen neuen Verfassungsentwurf schnell in's Leben zu setzen. In der von Beckerath verfaßten Adresse wurde der König einfach auf die bekannten Hauptpunkte aufmerksam gemacht, welche in die neue Verfassung aufgenommen werden müssen, und dem König die redliche Theilnahme des Landtags zugesagt, ohne alle die Floskeln und Demüthigungen, welche die Adresse des vorigen Jahres begleiteten*).

Als Entwurf einer neuen Verfassung gab der König folgende Punkte: Freie Presse, geordnetes Gerichtsverfahren, Sicherstellung der Richter, Versammlungsrecht, Religionsfreiheit und Theilnahme der Kammern am Staatshaushalte. Man sieht, daß die neue Verfassung einen ziemlich streng konstitutionellen Charakter annehmen würde. Die genaue Einpassung in das konstitutionelle System mag, da sie schon vor der Geburt starb, das kurze Leben des Entwurfs erklären.

In der Stadt machten Camphausen's Worte und die Gesetzesvorschläge den besten Eindruck, was aber weder ein Beweis für die politische Stimmung des preußischen Reiches noch für die politische Tüchtigkeit Berlin's ist, das seinen Sieg nicht zu benutzen verstand. Erst von Breslau und Köln wurde es ausgesprochen, daß sobald als möglich eine konstituirende Nationalversammlung, hervorgegangen aus allgemeiner Wahl sämmtlicher Staatsbürger, einzuberufen sei, um über die zukünftige Gestalt Preußens und seine Stellung zum deutschen Reiche zu beschließen. Köln fügte als nothwendige Ergänzung noch hinzu: sofortige Proklamirung

*) H. v. Meding, der Oberpräsident der Mark Brandenburg, bisher unter den ersten Reaktionären, bettelte förmlich um sein Amt, mußte aber mit Spott und Hohn abziehen. Ein seltsamer Vorfall begegnete Bodelschwing (von dem der Hofpoet Förster, einige Jahre früher, sehr zart und poetisch in einer Rede ausgesagt hatte: „In Zukunft wird man statt auf Adlerschwingen auf Bodelschwingen zum Tempel des ewigen Nachruhms auffliegen“), der als abgesetzter Minister, auf der Reise nach seinem Gute, in einem kleinen Dorfe dem Bürgermeister Smidt von Bremen begegnete, der nach Frankfurt zur Versammlung reiste. Mit bitterm Zorn sagte der Exminister: „Sie mit Ihren Bremer-Zeitungen sind doch Schuld an der ganzen Geschichte!“

der unbedingten Preß- und Redefreiheit, des Rechts der freien Versammlung und Vereinigung und der allgemeinen Volksbewaffnung mit eigener Wahl der Führer *). Berlin selber war in zwei Lager gespalten, in Solche, die den Landtag erhalten und Andere, die eine Nationalversammlung wollten. Viele Reiche verließen die Stadt.

Was besonders eine schnelle Durchführung und Kreditzunahme der konstitutionellen Monarchie verhinderte, war auch die eingetretene Geldnoth. Die Geldfrage war eine schwere Probe für Hansemann. Wo sollte er neue Anleihen machen in einem Augenblicke, wo Staatsschuldscheine nur darum auf 67 stiegen, weil eine Convertirung von 3½ auf 4% in Aussicht stand? Der Staatsschatz, den Hansemann selbst vor einem Jahre auf 30 — 40 Mill. Thaler angeschlagen hatte, war erschöpft.

Bei diesen Umständen war es eine schwere Aufgabe für Hansemann eine neue Anleihe zu Stande zu bringen; für welche eine königliche Proposition vom Landtag Zustimmung verlangte, die dieser, dem strengen Rechte gemäß, nicht einmal geben konnte. — Eine Proposition anderer Art war die, daß der Landtag die Vertreter des Volkes an der konstituirenden Versammlung zu ernennen habe; dem allgemeinen Volkswillen entgegen, das seine Vertreter selber wählen wollte. Wie konnte man auch auf den Gedanken kommen, dem Landtag zuzugestehen, daß von ihm diese Wahlen ausgehen sollten, da eben dieser Landtag, seiner unvolksthümlichen Zusammensetzung wegen, am Verscheiden war und einer wahren Volksvertretung Platz machen mußte. Von Köln und Koblenz liefen auch gleich energische Protestationen ein. Am 5. erließen die Stadtverordneten von Berlin eine gleiche Protestation, der sich einige Tage später der ganze Magistrat anschloß. Doch schon am 10. April erschien die Bekanntmachun der Regierung, „nach dem Beschlusse des Bundestags sollten statt der Wahlen durch den Landtag neue angeordnet werden,“ worauf denn die indirekte Wahlform (durch Wahlmänner) eingeführt wurde, die von der republikanischen Partei heftig angefochten, dennoch die erfreulichsten Resultate (besonders für die preußische Kammer) zur Folge hatte.

Einige Tage später wurde die höchst ungerechte, die untern

*) Siehe D. Volks-Ztg. vom 4. April.

Klassen empfindlich drückende Schlacht- und Mahlsteuer provisorisch aufgehoben und zugleich eine direkte Steuer angesagt, von der alle Handarbeiter befreit seien.

Mit Anfang April erschien in Köln die „Rheinische Zeitung“, die früher aufgehoben wurde, unter dem frühern Redakteur und dem bekannten Lieutenant Anneke, der wie bekannt an der preußischen Landwehr sonderbare republikanische Erfahrungen gemacht hatte. Die Zeitung nahm gleich ihren frühern republikanisch-socialistischen Charakter an.

Am 10. April wurde der vereinigte Landtag geschlossen, nachdem alle Vorschläge Hansemann's fast einstimmig angenommen wurden*). Am Ende forderte der Marschall Fürst Solms seine Standesgenossen auf zu einer am 11. abzuhaltenden Versammlung, um in derselben auf die ihnen bis jetzt noch zustehenden Hoheitsrechte und niedern Regalien freiwillig zu verzichten, welche Einladung, wie es scheint, ohne Erfolg blieb. Am folgenden Tag fand eine große Volksversammlung unter den Zelten statt, die Wahlangelegenheit zur Nationalversammlung betreffend. In das Wahlkomite kamen meistens Republikaner. — In Rheinpreußen, besonders in Köln (wo Gottschalk, Anneke, Willich u. A. an der Spitze der Arbeiter standen) und in Breslau, folgte ein unruhiger Auftritt dem andern. Die Parteien trennten sich scharf. Die Konstitutionellen nannten die Republikaner „Wühler“, diese die Konstitutionellen „Heuler“. Der demokratische Arbeiterverein nahm immer zu und sandte eine Petition nach der andern an den Stadtrath. Das Hauptinteresse des preußischen Volks nahmen aber die Wahlkämpfe um die deutsche Nationalversammlung und die preussische Kammer, wie die Eröffnung des Feldzugs gegen das revolutionäre Posen, in Anspruch.

Auch in Sachsen gährte es gewaltig. Leipzig, diese bedeutende Stadt, als der Mittelpunkt des deutschen Buchhandels, war ein Ort, an dem alle Interessen und Fragen der Zeit sich durchkreuzten. Die sächsische Kammer, die nächst der badischen die bedeutendsten Namen Deutschland's aufzählte, war seit einer langen

*) 15 Mill. Thaler zu Kriegsrüstungen und 25 Mill. Thaler zur Unterstützung der Industrie (durch Leistung von Garantien Seitens des Staats) aufzubringen.

Reihe von Jahren im heftigsten Kampfe gegen das reaktionäre Ministerium Falkenstein.

In letzter Zeit hatte die Kammer sogar in ihrer Energie bedeutend nachgelassen. Hauptführer des Volkes ist Robert Blum, der deutsche Kernmann, der dem ächten mannhaften Sachsenstamm entsprungene Volkstribun. Die ungeheure Gewalt, die dieser Mann über das Volk hat, zeigt die Geschichte der bekannten Leipziger Blutscene vor drei Jahren deutlich genug. Die Hauptmacht politischer Kräfte bietet vorzüglich das sogenannte sächsische Vogtland, aus dem schon die gediegensten Charaktere hervorgegangen sind: ich erinnere an Rob. Blum, Schaffrath, Todt ꝛc. Von großer Bedeutung sind auch hier die burschenschaftlichen Verbindungen, aus denen schon ausgezeichnete Leute hervorgegangen und die einen kräftigen Nachwuchs liefern, besonders von jungen Männern aus dem bergigen Vogtlande.

Während den ersten Sitzungen der Frankfurterversammlung beschloß der über tausend Mitglieder starke sogenannte Redeübungsverein, von Rob. Blum gestiftet, sich zu einem allgemein vaterländischen zu konstituiren. Dieser Verein zählt schon viele tausend Mitglieder, man möchte sagen die Hauptintelligenz von Sachsen, und hat vor Kurzem ein bedeutendes Lebenszeichen von sich gegeben, indem er sich offen für die republikanische Staatsform aussprach.

Doch, wozu die Wahlthätigkeit, die Hindernisse der Wahlfreiheit und die Kämpfe um dieselbe in ihren Einzelnheiten zu verfolgen, da die Resultate der Wahlen bei der noch unklaren Stellung der Deputirten in der Nationalversammlung noch nicht plan und klar da liegen, da das politische Leben in Deutschland noch so in der Jugend ist, daß es sehr viele Leute gibt, die glauben über den Parteien stehen und ohne sie handeln zu können. Bemerkenswerth ist nur, daß alle politischen und religiösen Parteien in Deutschland vertreten zu sein suchten. Eine strenge Scheidung derselben hat aber bis jetzt noch nicht stattgefunden. In Rheinpreußen gaben sich so überwiegend ultramontane Gesinnungen kund, daß die Geistlichkeit selber von der Ausdehnung ihrer Macht überrascht wurde. Von hier aus kamen lauter Ultramontane in die Reichsversammlung, denen Süddeutschland, aus Würtemberg und Baiern besonders, Hülfstruppen sandte. Würtemberg sandte nebenbei eine Pietistenkolonne. Der edle Denker Strauß mußte dem heuchleri-

schen Pietisten Hoffmann aus dem Salon weichen, der noch vor wenigen Wochen gesagt hatte, alle Verfassungen seien ein Teufelswerk und während dem Wahlkampf naiv erklärte, er schicke sich nach Gottes Willen in alle Dinge, wie er überhaupt als Christ die jeweilige gesetzliche Obrigkeit, möge ihre Richtung sein, welche sie wolle, zu unterstützen habe.

Wunderlich ist es, welche Masse von Meinungen und Ansichten der Allgemeinbegriff „Konstitutionelle" in sich schloß. Hier Männer, die an die Republik streiften, wie Jakoby, Raveaux und Andere, dort strenge Konstitutionelle, die mit dem Maßstab der englischen Verfassung die deutschen Zustände einrichten wollten. Der Absolutismus aber ist ohne Vertreter. Und unter den Republikanern wieder, welcher Unterschied! Hier Männer, die offen die Republik für die beste Staatsform, für die dem reinen menschlichen Geiste allein angemessene aussprechen, aber die Geister hiezu noch nicht genug vorbereitet glauben, dort Männer, die nur durch die Republik die Institutionen ein- und durchzuführen glauben, die dem Volk die Bildung und den Wohlstand verschaffen sollen, die man als ein allgemeines Menschenrecht anzusehen beginnt. Jedenfalls mußte es Jedem das Erste sein, an der Herstellung eines Organ's mitzuschaffen, das die zersplitterte Thätigkeit des deutschen Landes einmal zusammen zu fassen vermochte, ein Organ, in dem der ganze politische und gesellschaftliche Zustand Deutschland's einmal zum charakteristischen Ausdruck kommen konnte, wo man sich je nach den verschiedenen Bildungsstufen über die Bedürfnisse der Zeit aussprechen und in solchen Maßregeln sich zu vereinigen suchen mußte, die einerseits den Boden der Versammlung, der ein demokratischer ist, nicht verlassen, andrerseits dem Zustande des Volkes gebührende Rechnung tragen, in Maßregeln also, die eine vernünftige innere Nothwendigkeit in sich haben, welche Beschlüsse bei der hohen geistigen Bildung jedenfalls ein großes Mehr um sich sammeln können, wenn auch Extreme nach beiden Seiten sich kund geben würden. Deutschland wird das noch nie da gewesene Beispiel geben, welchen Weg ein Volk zur politischen Durchbildung einschlägt, dem bei vollendeter allgemein menschlicher und wissenschäftlicher Bildung die politische Erfahrung mangelt. Ich glaube, daß kein Volk so fähig wäre wie das deutsche den Staat rein aus der vernünftigen Ueberzeugung herauszubilden, die Idee eines Ver-

unstaates in so weit äußerlich herzustellen, als überhaupt Seele und Leib sich gegenseitig bedingen.

Mit diesem Gange aber, der dem deutschen Wesen nicht unangemessen erschiene, hat freilich der badische Aufstand wenig Zusammenhang. Es ist unmöglich über dieses Ereigniß ein fertiges Urtheil abzugeben, da das deutsche Volk selbst über dieses Faktum sich noch nicht vollständig ausgesprochen hat. Die Debatte darüber, ob Hecker in das Parlament zugelassen werden solle oder nicht, wird sich in eine höhere Prinzipienfrage umgestalten, nämlich in die, in welches Verhältniß die einzelnen Staaten zum Gesammtreiche treten, in wie fern es den einzelnen Staaten nach dem Prinzip der Volkssouveränetät und dem Konstitutionalismus auf breitester Grundlage erlaubt ist, die innere Angelegenheit unabhängig von der Verfassungsform anderer Staaten zu ordnen, so lange man von dem Prinzip der Volkssouveränetät nicht abweicht, überhaupt einen Zustand herstellt, der noch immer im allgemein vaterländischen Interesse eine Unterordnung unter das Nothwendige, unter den Willen der Gesammtheit möglich macht. — Der badische Aufstand muß daher, nach meiner Meinung, von dem Standpunkt aus betrachtet werden, welche Stellung die Einzelnverfassungen der deutschen Länder der nicht rein konstitutionellen des Gesammtvaterlandes gegenüber einnehmen. Denn die nächste Vergangenheit hat deutlich gezeigt, ob Baden republikanisch eingerichtet sein wolle oder nicht. Wer darüber im Zweifel sein sollte, der bemerke nur, daß das badische Volk und vor Allem der Theil, der durch den Aufstand am meisten gelitten, das Oberland, fast lauter Republikaner in's Parlament gewählt hat. Itzstein, dessen republikanische Ueberzeugungen kein Geheimniß sind, wurde an sieben oder neun Orten zugleich gewählt, und seine bloße Empfehlung verdrängte konstitutionelle Kandidaten, denen man Kenntnisse und Redlichkeit offen zuerkennen darf.

Der gemäßigte Konstitutionalismus vermochte aber die aufgeregten Gemüther nicht mehr zu beschwichtigen. Durch die Presse, besonders durch die mit wahrer Virtuosität in der Verdächtigungskunst geschriebenen „Seeblätter", war das Volk im badischen Oberlande bis zum politischen Siedpunkte hinaufgetrieben worden. Eine gespenstisch wirkende Furcht vor neu eintretender Reaktion lag auf den Herzen, die aber ein bloßer Hinblick auf die Geschichte des Blittersdorf'schen Ministeriums hätte beschwichtigen können. Der

noch immer fortwährende materielle Druck und die leidenschaftlich aufgeregte Stimmung, welche die Februarrevolution zum Ausbruch zeitigte und die durch die Presse und die bewegten Volksversammlungen lebendig erhalten wurde, zugleich die Allen klare Impotenz der Frankfurterversammlung führten die Erscheinungen zu Tage, die eher lähmend als fördernd auf die Bewegung in Deutschland einwirkten. Dem eigentlichen Aufstande gehen aber noch höchst interessante Ereignisse voraus, welche mithelfen, die Bewegung selbst zu motiviren. Diese Ereignisse, die im innersten Zusammenhang mit dem Aufstand stehen, begleiten die Wahlthätigkeit im ganzen Deutschland, auf die sie, wie gesagt, eher lähmend zurückwirkten. Die an einzelnen Punkten erbitterte, zu Gewaltschritten geneigte Stimmung in Deutschland wurde durch verschiedene Ereignisse noch verstärkt, die denn auch wieder auf die badische Revolution zurückwirkten. So die Arbeiterbewegungen besonders in Köln. Denn das ist auch ein charakteristisches Merkmal der Zeit, daß an vielen Orten die Arbeitervereine sich sammelten, um ihren Interessen nachhaltige Geltung zu verschaffen und überall neue sich bildeten *). Von Bedeutung ist die Bildung eines allgemeinen Arbeitervereins in Mainz, der ein provisorischer Einheitspunkt für alle deutschen Arbeitervereine werden sollte. In diesen Vereinen war überall streng republikanische Gesinnung.

Wichtig sind die Erlasse des sächsischen Ministeriums im Monat April, besonders über ein Arbeiterministerium. Besondere Hoffnung setzte man darauf, daß Oberländer in diesen Tagen zum Minister des Innern ernannt wurde.

Die erwähnte Bildung des sächsischen Vaterlandsvereines, der mit dem badischen blutsverwandt ist, begann den Reigen republikanischer Bestrebungen in Norddeutschland. Die innere Aehnlichkeit zwischen Sachsen und Baden zeigt sich auch in diesem Punkte. Dort wie hier langer Kampf in den Kammern ohne Resultate. Was Blittersdorf in Baden, war Falkenstein in Sachsen. Dort wie hier ein verhaltener Groll zwischen Bürgern und Arbeitern und dem Militär. Dort wie hier Unzufriedenheit des Bauern-

*) Allerdings hatte man eine Organisation nach französischem Muster à la Louis Blanc und nach der kommunistischen Gemeindeordnung Willich's im Auge. Die Beschuldigung der D. Z. über Zusammenhang eines neuen Einfalls bei Gelingen der letzten Empörung ist unerwiesen.

standes. Anfangs April hatten sich gegen 10,000 Bauern in Waldenburg versammelt, um Entschlüsse wegen ihrer sehr starken herrschaftlichen Lasten zu fassen. Da sie keinen Vertreter hatten (der Abgeordnete Josef, der sich besonders um den Bauernstand verdient machte, war in Frankfurt) beendeten sie die Demonstration damit, daß sie das Schloß des pietistischen Fürsten Schönburg in Waldenburg abbrannten. Auch gegen die pietistischen Geistlichen richtete sich der Unmuth der Bauern auf sehr heftige Weise. Bei den Parlamentswahlen kamen mehr radikale als gemäßigte Namen heraus. Ein konstitutioneller Doktrinär lehnte die Wahl ab, weil er bei seinen Kindern bleiben wolle.

Neben dem Vaterlandsverein, der außer seinen 5 — 6000 Mitgliedern in Leipzig schon 40 Zweigvereine zählt, existirt noch ein großer deutscher Verein, der, wie ein Korrespondent der D. Z. sagt, herrliche Programme erläßt, aber nicht konsequent verfährt, so daß er bei einer von ihm ausgegangenen Wahlmännerliste charakterlos Männer der verschiedensten politischen Gesinnungen zusammenstellte und empfahl. Ueber die Tendenz der beiden Vereine möge hier eine Stelle aus der erwähnten Korrespondenz ihren Platz finden. Sie heißt: „Die Tendenz des Vaterlandsvereins ist eine völlig freisinnige, gemäßigt insofern noch als er die Republik nicht an die Spitze stellt, aber seine Grundlagen sind mit denen der Republik eng verwandt. Er erkennt die Einigung, Einigkeit und Einheit des deutschen Volkes in Freiheit, Gleichheit und Brudersinn aller Volksangehörigen, in Selbständigkeit, Unversehrtheit, Größe und Machtansehen des Vaterlandes als Ziel seines Strebens an, und der Grundsatz unbedingter Machtvollkommenheit des Volkswillens und der Selbstherrlichkeit des deutschen Volkes gilt dem Verein als Richtschnur seines Handelns. Der deutsche Verein stellt dagegen konstitutionelle Monarchie mit breitester demokratischer Grundlage an die Spitze seines Programms; welches der Vaterlandsverein für die Gegenwart ebenfalls als zeitgemäß in Sachsen anerkannt hat. Man arbeitet jetzt eifrig an dem Einigungswerke."

Neben diesen beiden Vereinen existirte noch ein dritter demokratischer von Semmel und Weller, der kommunistische Tendenzen predigte.

In Würtemberg, dem badischen Lande nachbarlich nahe, nahm mit der Zeit die Bewegung einen sehr konstitutionellen Charakter

an. Besonders überraschte hier die traurige Nachricht, daß der Pietismus ungeheuern Boden im Volke habe. — Anfangs April gab das neue Ministerium darin ein bedeutendes Lebenszeichen, daß es ein neues Gesetz für Volksversammlungen erließ. Gleichzeitig mit diesem Erlaß fanden zwei große Volksversammlungen statt, in Kalw, wo eine Kammer verlangt wurde, und in Krailsheim, die von 10,000 Menschen besucht war. Am gleichen Tage fand eine Volksversammlung in Tübingen statt. In Stuttgart herrschte Anfangs Aprils eine düstere Stimmung. Die gewichtigen Worte von Rau und Dr. Zimmermann, die sich offen für Republik aussprachen, wurden von dem pöbelhaften Geschrei der Konstitutionellen unterbrochen. Ein fanatischer Eifer charakterisirte die von dem frühern Republikaner Murschel geleiteten Versammlungen, die dann von selber republikanische Demonstrationen hervorriefen. Zu erwähnen ist in dieser Beziehung, daß damals im Seekreise sich noch sehr konstitutionelle Sympathien kund gaben, doch auf eine Weise, die zeigte, wie wenig eine feste Ueberzeugung im Volke Wurzel gefaßt hatte. Ich erinnere an die Volksversammlungen am See, in Ravensburg, Tettnang ꝛc. Reibungen bei der Wahlbewegung verstehen sich von selbst.

Der republikanisch-demokratische Verein, der gegen die Wahl Wächters als Mitglied des Fünfziger-Ausschusses protestirte, wurde zwar nicht aufgehoben, beschränkte sich aber auf eine kleine Zahl Theilnehmer. Die Empfehlungen zu den Parlamentswahlen überflossen von Konstitutionalismus. In diese Zeiten fallen auch die Sympathien von Pfizer und Strauß für preußische Hegemonie. — Energisch traten allein die Soldaten und Unteroffiziere auf, die Beförderung der Geschicktern zu Offiziersstellen ꝛc. verlangten, ähnlich wie die badischen Soldaten. Die Antwort, die sie erhielten, war, daß man ihnen verbot, sich zu versammeln. Dafür rückte in Ulm österreichische Artillerie ein und 3000 Mann Infanterie wurden erwartet.

In Baiern ebenfalls konstitutionelle Wahlbewegung. Anfangs April ergriff die Kammer der Reichsräthe die Initiative in der Proletarierfrage. Am 7. konstitutionelle Volksversammlungen in Würzburg und Nürnberg, wo Eisenmann florirte. Anders sah es in Rheinbaiern aus, besonders in dem entschieden republikanischen Neustadt, das zu Baiern eine ähnliche Stellung einnahm, wie

Mainz zu Darmstadt. — Wahlhindernisse (man wollte nur jenen volljährigen Bürgern erlauben an der Wahl Theil zu nehmen, die direkte Steuern entrichteten) wurden dem Fünfziger-Ausschuß angezeigt und von diesem aufgehoben.

In den übrigen süddeutschen Staaten war auch die Wahlbewegung vorherrschend.

Hessen-Darmstadt, das sich immer durch seinen Konstitutionalismus ausgezeichnet hatte, ließ gar keine republikanischen Sympathien aufkommen. Am allerliebsten hätte dies Ländchen nur einen Vertreter geschickt, nämlich den lieben Erbgroßherzog. Darmstadt, durch die D. Z. groß gezogen, hielt mit fanatischem Eifer zu seiner Fürstenfamilie, die durch Sitteneinfachheit sich beliebt gemacht hatte. — Es wurden im Lande auch einige Volksversammlungen gehalten, in denen man aber die Republikaner nicht zum Sprechen kommen ließ. Ich erinnere an die denkwürdige Versammlung in Reissen. — Den vollständigsten Widerspruch bildete das dem Großherzogthum angehängte Stück Rheinpreußen, vorzüglich Mainz, die republikanische Stadt, die zugleich das Unglück hat, Bundesfestung sein zu müssen, die von Preußen und Oesterreichern besetzt war. Die brutale Rohheit der Preußen hatte schon traurige Erscheinungen hervorgerufen. Ich erinnere an die Märzereignisse. Es läßt sich denken, daß die preußische Hegemonie, welche die D. Z. predigte und deren Paradies Darmstadt war*), den Mainzern nicht zusagte. Es war daher eine fortwährende Antipathie, die Darmstadt gegen Mainz hatte und die sich über dem republikanischen Vertreter der Stadt Mainz im Parlament und in der Kammer, dem Abgeordneten Zitz, nebelschwer zusammenzog. Man wollte Zitz mehrmals aus der Kammer und aus dem Parlamente sprengen, was aber nie gelang. Zitz behielt immer die Majorität der Mainzer Bürger und wurde sogar am 16. April zum Obersten der Bürgergarde gewählt, was man als etwas sehr Gefährliches ansah. — Die Wahlen in's Parlament gingen auf Gagern's Vorschlag auf indirekte Weise durch Wahlmänner vor sich. Doch auch in Darmstadt blieben Unruhen, Demonstrationen

---

*) Eigentlich „Damstadt", denn die Darmstädter können das „r" nicht aussprechen. Darum, meinte Jemand, will die D. Z. keine Revolution, sondern „Evolution."

gegen die konstitutionelle Regierung nicht aus. Der Kammer und dem neuen Ministerium, besonders Gagern, ist aber ernste, unaufhörliche Thätigkeit nicht abzusprechen. Doch am gleichen Tage als Gagern seinen Gesetzesentwurf über Landwehr der Kammer vorlegte, wurde das dritte Infanterieregiment nach Baden geschickt. — In Mainz aber fand am 17. April eine große Bürgerversammlung (5000) statt, in der die Versammlung neben andern Beschlüssen (für direkte Wahlen in's Parlament z. B.) offen die republikanische Regierungsform als die beste anerkannte. Das republikanische Programm der Forderungen, welche die rheinhessischen Deputirten dem Parlament vorzulegen hatten, wurde überhaupt angenommen.

Als die badische Revolution schon ihr Ende erreicht hatte, beschloß eine Bürgerversammlung in Oberingelheim die Regierung zu bitten, daß die darmstädtischen Truppen nicht länger mehr gegen die badischen Republikaner zur Unterdrückung des Aufstandes benutzt werden, wobei der Korrespondent der D. Z. die Befürchtung ausspricht, daß es der Regierung wohl nicht möglich sein werde dieser Zumuthung zu widerstehen. — Die Republikaner entwickelten aber eine außerordentliche Thätigkeit, während neben ihnen die Konstitutionell-Monarchischen, wie sie sich nannten, vor lauter Vorschlägen und Halbheiten nicht nur nie energische Beschlüsse fassen konnten, sondern auch nicht einmal eine starke Partei zusammenbrachten. Charakteristisch ist in der Beziehung eine Versammlung Konstitutioneller in Mainz, am 30. April, in der viel über ein deutsches Oberhaus, aus mediatisirten Fürsten ꝛc. bestehend (so weit waren selbst die Konstitutionellen von dem revolutionären Fieber angesteckt, daß sie sich an die Souveränetäten wagten), einem erblichen Kaiser oder König und von einem Unterhaus schwadronirt wurde, worauf man endlich, da schon die Meisten weggegangen waren, einen Vermittlungsversuch mit den „gutorganisirten Republikanern" beschloß. Der Berichterstatter dieser Versammlung, im Frankfurter-Journal (Nr. 123, Beil. 1) schließt den Bericht hierüber mit folgenden charakteristischen Worten: „Das Uebel ist, daß diese Partei nicht die nöthige Energie besitzt, öffentlich hervorzutreten keinen rechten Muth hat und auf eine wahrhaft unglückliche Weise das kaufmännische laisser-aller kund gibt."

Im benachbarten Hessenkassel dauerten die Unruhen fort. (Schon am 7. April bildete sich in Marburg ein demokratisches Komite, an dessen Spitze Professor Bayrhofer und Eichelberg standen und das rein republikanische Tendenz hatte.) Das neue Ministerium vom 11. März hatte sich das allgemeine Vertrauen erworben. Da verbreiteten sich, um die zweite Woche des Monats April, beunruhigende Gerüchte von neuen Reaktionsmaßregeln, der berüchtigte Exminister Scheffer sollte sich seit einigen Tagen verborgen im Schloß aufhalten, ebenso sollte der Exreferent im geheimen Kabinet, der fromme Obergerichtsrath Abée, halbe Nächte im Schlosse zubringen. Auch von den übrigen Ministern argwöhnte man fortdauernden Einfluß auf den Kurfürsten. Diese beunruhigenden Gerüchte brachten auch eine gewaltige Aufregung hervor, die sich in mehreren Katzenmusiken kund gab, die man dem ausgetretenen Ministerium brachte. Da erfuhr man am Morgen des 8. April, daß der neue Kriegsminister Oberst Weiß seine Entlassung durch Militärordre erhalten habe. Diese Nachricht steigerte die Aufregung außerordentlich, besonders weil allgemein bekannt war, daß sämmtliche Mitglieder des Ministeriums unter sich die Verabredung getroffen hatten zusammen zu stehen und zu fallen. Eine große Schaar junger Leute beschloß daher durch eine Demonstration dem Kurfürsten die Volksmeinung zu zeigen. Man beschloß vor die Häuser aller neuen Minister zu ziehen und jedem ein Lebehoch zu bringen. Bei Eberhard war dies schon ausgeführt. In aller Ruhe und Ordnung wollte man sich in der gleichen Absicht zu dem neuen Justizminister Baumbach begeben. Da wurde der Zug in der Nähe der Gardekorps-Kaserne von einem Piquet Gardekorps angefallen, die sofort auf die unbewaffnete Menge scharf einhieben und Mehrere verwundeten, von denen einer gleich starb. Nun allgemeiner Aufruhr. In allen Straßen erhoben sich Barrikaden und sogleich war die ganze Bürgergarde, über 4000 Mann, unter den Waffen. Das Zeughaus wurde im Nu geleert. Die Gardekorps mußten mit großem Verlurste aus der Stadt fliehen. Man wollte nicht eher die Waffen niederlegen, als bis die Gardekorps aufgelöst und die Anstifter dieser schändlichen Gewaltthat (junge adelige Offiziere, die schon lange ihren Haß gegen die Bürger äußern wollten) bestraft seien. Das wurde auch sogleich vom Kurfürsten zugegeben.

Die Gardekorps wurden dem ersten Husarenregiment einverleibt, zugleich mußten die bedeutendsten Reaktionärs die Stadt verlassen. Am gleichen Tag beschloß auch die Kammer direkte Wahlen für's Parlament und Jordan wurde zum Bundestagsgesandten ernannt. Unter den Namen der Minister, welche den kurfürstlichen Erlaß unterzeichneten, fand sich natürlich auch der von Weiß vor. Die Gardekorps-Kaserne wurde zum Nationaleigenthum erklärt *). An vielen Orten hörte man den Ruf: „Fort mit dem Kurfürsten! es lebe die Republik!" und zwar, wie das F. J. sagt, nicht aus den untersten Volksklassen, sondern aus dem Munde von Leuten, die politische Bildung besitzen. — Die Haltung des Volkes war musterhaft.

Den Tag nach diesen Ereignissen ging eine Petition von Hanau an das Ministerium ab, in der man sich darüber beschwerte, daß die Zusagen noch nicht vollständig erfüllt seien und eine beharrliche Durchführung einer volksthümlichen Regierung verlange. In Hanau entdeckte man noch im Zeughaus 600 gute Gewehre, 30,000 scharfe Patronen und 3 bis 4 Zentner Pulver. Zeughaus und Kaserne wurden als Nationaleigenthum erklärt. — Am 14. trat Bürgermeister Rühl von Hanau mit einem demokratischen Glaubensbekenntniß in 20 Punkten als Kandidat für das Parlament auf. Die Stadt Kassel wählte konstitutionell. Rheinhessen und Hanau wählten Republikaner.

Außerordentlich kräftigend wirkte auf die Wahlfreiheit die entschiedene Haltung des in Frankfurt versammelten Fünfziger-Ausschusses. Wenn dieser Ausschuß nichts Weiteres vollbracht hätte, als daß er, getragen durch den Willen der Nation, dieselbe fortwährend wach gehalten hätte und so die gefährliche Zwischenzeit von über sechs Wochen (seit der Frankfurterversammlung bis zum Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung, vom 3. April bis zum 18. Mai) mit unausgesetzter wirkungsreicher Thätigkeit ausgefüllt und gleichsam als ein Organ der Volkssouveränetät gehandelt hätte, so wäre das schon viel. — Dem Fünfziger-Ausschuß verdankt man aber, daß die ganze Wahlangelegenheit schnell und

*) Die neuesten Vorgänge in Ulm, die aus den nämlichen Motiven hervorgegangen sind, beweisen, daß Reaktionsgelüste noch bereitwillige Organe fänden.

scher überall durchdrang. Er war ein redlicher Hebearzt der deutschen Freiheit, wenn sie durch die jetzt verhandelnde Nationalversammlung dem Volke gesichert werden wird. Der Widerwille der extremsten Republikaner gegen ihn läßt sich nur aus dem Grunde erklären, daß diese Partei an einer friedlichen Revolution verzweifelte und nur durch einen vollständigen Bruch mit den Zuständen der Gegenwart den Boden der Freiheit bestellen zu können glaubte. Die kommunistische Partei, die ebenfalls die vollständige Aufhebung der bestehenden Verhältnisse zur Herstellung ihrer Einrichtungen brauchte, schloß sich daher an die reinen Republikaner an, die in der vollen politischen Freiheit, in der ungehinderten Theilnahme Aller an Allem von selber die Mittel zur Hebung des gesellschaftlichen Zustandes sahen.

Wenn man aber weiß, daß der Fünfziger-Ausschuß in allen seinen Beschlüssen nicht den geringsten Widerstand fand, da er doch mächtigen Regierungen, besonders Preußen, das Wahlgesetz der Frankfurterversammlung aufnöthigte, wenn man bedenkt, daß er den Bundestag, im Verein mit den Vertrauensmännern, nöthigte Schleswig-Holstein in den Bund aufzunehmen, wenn man, abgesehen von den vielen Proklamationen, besonders die großen, bedeutenden Vorarbeiten für die Nationalversammlung in's Auge faßt, so wird man, wenn man gerecht sein will, nicht umhin können, zwar nicht sowohl eine große selbstständige, organisirende Kraftentwickelung an dem Ausschuß zu entdecken, denn hiezu gingen ihm die Mittel ab, als vielmehr das kluge Verfahren desselben mit so schwachen Mitteln, in der vollen Erkenntniß der Macht und Schwäche seiner äußerst charakteristischen Stellung, die feine, redliche Benutzung desselben, um in dieser unendlich aufgeregten Zeit, bei dem drohenden Schlage der badischen Revolution, mit Kraft den Willen des Volkes beisammen und wach zu erhalten und so, trotz den Gewaltversuchen von doppelter Seite, der Nationalversammlung freie Bahn zu erhalten — als eine große That anerkennen müssen. Allerdings stand die große Majorität des deutschen Volkes auf seiner Seite, allerdings wirkten mächtige Hebel, besonders die neuen konstitutionellen Ministerien alle, im gleichen Sinne mit; es ist wohl anzunehmen, daß der Ausschuß, ohne solche Unterstützung, seine Mission nicht so leicht und glücklich zu Stande gebracht hätte, doch gebührt ihm die Anerkennung, dieser

zersplitterten Thätigkeit einen Sammelpunkt gegeben und fortwährend den Blick auf das nächste Bedürfniß offen gehalten zu haben.

In die Verhandlungen dieses Ausschusses drängte sich aber ein Ereigniß, das jetzt noch nicht abgeschlossen, eine Prinzipienfrage in sich hält. Ich meine den badischen Aufstand, der jetzt aus den allgemeinen Verhältnissen herauszuheben und an dieselben anzuknüpfen ist.

VIII.

Die Frankfurterversammlung war auseinander gegangen. Die
eordneten brachten unter den andern Beschlüssen die Anerken-
g des Prinzips der Volkssouveränetät heraus, die denn auch
die Parlamentswahlen in ausgedehntem Maße benutzt wurde.
Baden aber sahen die Dinge ganz anders aus, dort war die
der Vorversammlung proklamirte Volkssouveränetät nichts
tes. Die großen Volksversammlungen im Monat März hatten
elbe schon lang ausgesprochen und der Frankfurterbeschluß hatte
Baden nicht einmal die Wirkung, daß er die weitesten Konse-
uzen dieses Prinzip's in's Leben zu rufen bestimmt war. Man
d sich noch an die republikanischen Volksversammlungen erin-
t, die kurz vor der Versammlung im ganzen Lande stattfanden.
en den fünf Tagen in Frankfurt, ja noch ehe man das Wort
olkssouveränetät" ausgesprochen hatte, fanden neue, höchst
reiche Volksversammlungen statt, die sich beinahe einmüthig
die republikanische Staatsform erklärten. Und allerdings war
kein Wunder. Wer die materielle Noth Badens in's Auge
*), der wird es sehr natürlich finden, daß ein durch die raf-

Eine höchst charakteristische Anekdote muß hier erwähnt werden. Bei der Jubiläumsfeier des Königs von Würtemberg waren in Friedrichshafen am Bodensee große Festlichkeiten. Die von denselben ermüdeten Schulzen umliegender Ortschaften irrten von Wirthshaus zu Wirthshaus, um die von den Loyalitätsanstrengungen ermüdeten Leiber zu stärken. Als sie endlich ein Unterkommen fanden und eben Hand anlegen wollten an Speis und Trank, kam eine Botschaft, sie sollten dahin kommen, wo das große officielle Festessen gehalten wurde. Die guten Bäuerlein besannen sich eine Zeit lang, ob sie dem Rufe Folge leisten sollten oder nicht, maßen sie sehr hungrig und durstig waren und die Erquickung so lockend vor sich sahen.

finirteste Büreaukratie ausgesogenes, gedrücktes Volk, in dem aber noch Mannhaftigkeit genug war, um endlich eine solche Stellung unerträglich zu finden, bei dem ersten Rufe Männern (die bei ihm in allgemeiner Achtung standen) zu folgen bereit war, obgleich sie für das Wohl des Volkes keinen andern Weg fanden, als die Revolution, den gewaltsamen Bruch mit dem Bestehenden.

Fassen wir daher kurz die Ereignisse nach der Frankfurterversammlung bis zum Aufstand zusammen, in welche die im Seebezirk ausbrechende Bewegung wie eine Gewitterwolke einbrach.

Die Theilnahme Badens, besonders des See- und Oberrheinkreises, an der Frankfurterversammlung war eine höchst geringe. Theils war das Volk durch die revolutionäre Presse, besonders durch die in Konstanz erscheinenden „Seeblätter", von vornherein gewaltig gegen die Versammlung eingenommen, theils lag wieder an der Versammlung selber die Ursache, die von vornherein von sich wies, einen Ausspruch über die von Struve aufgestellten materiellen Fragen zu thun. Das Volk war müde geworden, bloß theoretische Sätze, Prinzipien aussprechen zu hören, es konnte nur einem Organe Vertrauen schenken, das sich mit seinem materiellen Drucke beschäftigen und denselben aufzuheben versuchen wollte. Das Herumreiten auf Prinzipienfragen, wie Preß-, Religionsfreiheit ꝛc., war ihm durch die eigenen Kammerverhandlungen zum Ekel geworden, und an der Versammlung in Frankfurt fand es auch nichts Besseres als an seiner Kammer, die Jahre lang immer drehorgelmäßig dieselben Stücke abspielte, ohne einen redlichen, muthigen Ernst im Ergreifen der bestehenden Zu-

---

Endlich hieß es aber: „Ja, der Herr Amtmann will's und da müssen wir halt." Sie zogen nun in den Festsaal, wo sie aber kein Unterkommen mehr fanden, sondern in ein dunkles Nest auf der Seite hinuntergesperrt wurden Oben in dem Beamtenhimmel war Alles Jubel und Seligkeit. Der Oberamtmann, von der Hoheit des Tages und der Vortrefflichkeit des Weines höchst ergriffen, beschloß nun auch auf die verlassenen Schulzen einen Sonnenblick fallen zu lassen. Mit einiger Anstrengung begab er sich in das erwähnte Verließ und dort, von Rührung übermannt, umarmte und küßte er die ganze verdutzte Mannschaft und brach in die Worte aus: „Ja, besser als bei uns ist es doch nirgends auf der Welt." Die Bäuerlein fühlten, daß sie doch auch etwas sagen mußten. Einer von ihnen stand auf und sagte, indem er sich hinter den Ohren kratzte: „Ja wohl, Herr Oberamtmann, im Badischen ist es noch viel schlimmer."

stände und deren radikaler Abhülfe zu thun. Der liberalen Kammer lag ein Ministerwechsel näher als ein radikales Verfahren zur Aufhebung der Noth und Herstellung eines vernünftigen Zustandes. Regierungs- und Kammertaschenspielerei hielten das aufgeregte Volk hin so lang als möglich. Aber die Geduld ging endlich aus.

Schon am 30. März, also noch vor dem Zusammentritt der Frankfurterabgesandten, war in Engen eine große von 5000 Männern besuchte Kreisversammlung, in der man sich offen für Republik aussprach.

Am dritten Tage der Frankfurterversammlung fanden vier große Volksversammlungen statt; in Achern, die von 15,000 Männern besucht war, in Grenzach und Mörsburg (an 5000), bei welchen man sich überall offen für Einführung republikanischer Staatseinrichtung aussprach, und in Emmendingen, wo man sich den Offenburgerforderungen anschloß. Diese Versammlungen waren Kreisversammlungen des in Offenburg konstituirten badischen Landesvereins, der nun, besonders im Oberland und Seekreis eine außerordentliche Thätigkeit zu entwickeln begann. Ueberall wurden kleinere und größere Volksversammlungen gehalten unter dem Vorwand der Volksbewaffnung, die aber alle zur Besprechung über die Einführung der Republik gebraucht wurden.

Außerordentlich trugen zur Aufregung noch die Nachrichten bei, die sich überall verbreiteten, daß fremdes Militär in Masse einrücken würde. Selbst in der D. Z. war zugegeben, daß bei Rotweil 4000 Würtemberger einrücken sollten. 1700 Oesterreicher sollten nach Rastatt kommen. Zugleich erwartete man zwei darmstädtische Infanterieregimenter und zwei badische. Zudem sollte die badisch-würtembergische Gränze durch Würtemberger gedeckt werden. Dies Alles sollten die Oberländer ruhig geschehen lassen. Es ward ihnen sogar zugemuthet, von oben herab, ja von den bisherigen liberalen Notabilitäten, diese fremden Soldatenhorden, die bei der langen Zersplitterung, bei allem Mangel grosser gemeinsamer Interessen Baden immer fern standen und nun kamen, um die Bewegung im Volke mit Bayonnetten und Geschützen zu unterdrücken, nicht als Fremde, sondern als Brüder zu empfangen*).

*) Dieser bittere Hohn der Konstitutionellen, besonders Mathy's, ward auch in dem charakterlosen Pfälzerlande nicht einmal gefühlt.

Und da fällt nun bittere Schmach auf die starke republikanische Partei im Unterrheinkreis, vor Allem in Mannheim, wo man immer in den Kneipen republikanische Lieder sang, wo das 4te Regiment vollständig revolutionär gemacht wurde, wo die republikanischen Zeitungen erschienen, welches die republikanischen Führer geliefert hatte, und dennoch den fortwährenden Einzug der fremden Truppen nicht nur nicht im Geringsten hinderte, sondern an mehreren Orten sogar verlangte, z. B. in Heidelberg, wo gegen den deutlich ausgesprochenen Willen der größern Hälfte der Bürger, dennoch von den Kapitalisten und Hofräthen eine Besetzung verlangt wurde zum Schirm des Eigenthums gegen eine nirgends existirende anarchische, kommunistische Partei. Die Gesellschaft, der man solche Tendenzen unterzuschieben bemüht war, ist der Heidelberger-Arbeiterverein, der zwar einen entschieden republikanischen Charakter hat, aber mit anarchischen Bestrebungen und kommunistischen Gelüste nicht das Geringste zu thun hat. Der immer mächtiger werdende Verein, der aus stürmischen Versammlungen heraus sich in eine feste Gestalt organisirt hatte und besonders die sogenannten untern Klassen geistig zu heben und den Arbeitern ein klares Verständniß über die Bestrebungen der Gegenwart zu geben bemüht war, war im Ganzen doch zu schwach, um ohne Hülfe von Mannheim für die Oberländer-Republikaner eine günstige Diversion zu machen. Daß keiner der in Mannheim zurückgebliebenen Volksführer*) einen energischen Schritt zu thun wagte, ist bis jetzt unerklärlich, da diese Männer sich offen für die Republik ausgesprochen hatten. Der Mangel militärischer Leitung mag wohl dazu geholfen haben. Jedenfalls hätte es aber, nachdem man sich bei der Regierung genug kompromittirt hatte, um in die Folgen verwickelt zu werden, die ein Fehlschlagen des Aufstandes im Oberlande nach sich ziehen mußte, gut gethan, einmal eine große republikanische Demonstration zu machen, um zu beweisen, daß die republikanische Partei nicht ein bloßes Nebelbild überspannter Köpfe, sondern eine sehr reale Erscheinung sei.

Während nun die Kammer am 8. April über die Einführung der Schwurgerichte debattirte, rückten schon am 5. April zwei hes-

---

*) In Mannheim waren noch: Buchhändler Hoff, Eduard Selz, Fröbel, Grohn, Streuber &c.

sisch-darmstädtische Bataillone in Rastatt ein, welche die badische Regierung zum Schutze gegen die Herwegh'schen Schaaren kommen zu lassen vorgab. Zur Erleichterung und Aufhebung der Noth im Lande begnügte sich die Kammer die Petitionskommission um zwei Mitglieder zu vermehren. Finanzminister Hoffmann erklärte an einem Entwurf über ein neues Steuergesetz zu arbeiten und denselben seiner Zeit der Kammer vorzulegen, da eine solche Arbeit große Umsicht und Vorsicht verlange.

Diesen Truppenzusammenziehungen und Berufungen sah aber das mannhafte Oberländervolk nicht schweigend zu wie die Unterländer. Schon Ende März forderte Bürgermeister Raus von Donaueschingen die Bürger der Umgegend auf, ihre Söhne, die zu den einberufenen militärischen Altersklassen sich stellen sollten, nicht abziehen zu lassen und die Abgegangenen zurückzufordern; Bekk forderte Raus zur Rechenschaft, worauf der Kreisausschuß des Seekreises Bürgermeister Raus zur Unterstützung des revolutionären Schritts ermunterte und ihm erklärte, daß er im Sinne des Seekreises gehandelt habe. Auf die Kunde, daß würtembergische Truppen anrücken, versammelten sich am 6. April 8—10,000 bewaffnete Männer in Donaueschingen, wo sie auf einer Wiese bei Sturm und Regen beschlossen:

„Bei der heute dahier stattgehabten, bewaffneten Volksversammlung, welche in Folge des Einmarsches würtembergischer Truppen Statt hatte, und wobei circa 10,000 bewaffnete Männer erschienen waren, wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Es soll Markgraf Wilhelm als Kommandant des 8ten Armeekorps entsetzt werden.

2. Es sollen alle Minister, mit Ausnahme des Präsidenten des Finanzministeriums, entsetzt werden.

3. Die Beschlüsse sub 1 und 2 sollen von großh. Staatsregierung innerhalb dreimal 24 Stunden, von der Ueberreichung an gerechnet, vollzogen werden; widrigenfalls man in massa bewaffnet in Karlsruhe erscheinen werde, um diesen Beschlüssen Geltung zu verschaffen.

4. Es soll durchaus kein fremdes Militär und ebenfalls keine deutschen Bundestruppen in Baden einrücken, widrigenfalls dieses als eine Kriegserklärung gegen das Volk angesehen und Gewalt entgegengesetzt würde.

5. Das Volk soll augenblicklich bewaffnet und die Lin[illegible]e mit der Bürgerwehr verschmolzen werden. (?)

6. Das Gesetz, wonach die Altersjahre oder Klassen v[illegible]n 18 bis 21 einberufen werden, soll augenblicklich außer Wirksam[illegible]keit gesetzt werden.

7. Bei einer nachträglichen Versammlung, welche Na[illegible]mittags Statt hatte, wurde beschlossen, auch von der großh. Staat[illegible]regierung zu verlangen, daß Markgraf Max gleichfalls innerha[illegible]b dreimal 24 Stunden von seinem Posten als Befehlshaber des b[illegible]dischen Armeekorps entfernt und überhaupt keine Person aus eine[illegible]n fürstlichen Hause als Kommandant ernannt werden soll.

8. Es soll heute noch eine Deputation nach Karlsruhe a[illegible]gesendet werden, um sowohl den Ständen als der großh. Staat[illegible]regierung diese Beschlüsse zu eröffnen, und es soll diese Deput[illegible]tion bis zu einer erfolgten Resolution in Karlsruhe bleiben.

Erfolgt diese Resolution nicht innerhalb dreimal 24 Stunde[illegible], so hat die Deputation augenblicklich zurückzukehren und dem hief[illegible]gen Bezirks-Komite Anzeige zu erstatten."

Diese energische Protestation hatte denn auch zur Folge, da[illegible] die würtembergischen Truppen vor der Hand nicht wagten, in[illegible] Badische einzurücken. Die Konstanzer kamen auf die erste Nachri[illegible]t von dem Anzug der Würtemberger gleich mit 2 Kanonen zu Hülf[illegible], zogen aber wieder heim, als sie halbwegs den Rückzug der Wü[illegible]temberger vernahmen.

Am gleichen Tage fand eine große Gemeindeversammlung i[illegible] Freiburg statt, wo man von der Regierung zur Volksbewaffnun[illegible] 20,000 fl., so wie Enthebung des Markgrafen Wilhelm von de[illegible] Befehlshaberstelle und die Entfernung fremder Truppen verlangte[illegible] Zugleich mußte am gleichen Tage das 4te Regiment, das mit de[illegible] Republikanern fraternisirte, aus Mannheim ziehen, weil man eine[illegible] Aufstand befürchtete, dem sich die Soldaten jedenfalls angeschlosse[illegible] hätten. Um beides zu verhüten, schickte man die badischen Sol[illegible]daten weg und ließ dafür hessische kommen.

Am folgenden Tag war eine große Volksversammlung in Mann[illegible]heim, in der die Donaueschinger-Beschlüsse noch dadurch verstärkt wurden, daß man verlangte, die Regierung solle entschieden ihre Sympathie für das französische Volk öffentlich aussprechen. Am gleichen Tage kam eine gleiche Forderung aus Emmendingen.

Nun begann es der Regierung selber etwas schwül zu werden. Die Nachrichten aus dem Seekreis wurden immer drohender. Eine Deputation des Geh. Ref. v. Stengel und des Reg.-Rathes Fromherz richtete nichts aus, obgleich sie versichert haben soll, daß man vor der Hand keine fremden Truppen einrücken lassen wolle. Die Regierung fand sich daher bewogen, den Abgeordneten Peter*), als Regierungsdirektor, in den Seekreis zu schicken. Derselbe erließ schon am 7. April von Donaueschingen aus zwei Schreiben an die Generäle der würtembergischen und baier'schen Truppenabtheilungen, worin er schleunigen Rückzug derselben verlangte, was denn auch befolgt wurde, indem schon am gleichen Tage die baierischen Quartiermacher sich aus Konstanz zurückzogen und der würtembergische General auf würtembergischem Boden blieb. Wie Ernst es aber der Regierung mit diesen Zusagen war, und wie sie Hülfe in der Kammer fand, möge der fortwährende Truppenanzug und die Kammerverhandlungen vom 7. April zeigen. Schon am Tage vorher hatten mehrere badische Deputirte eine Aufforderung an das Volk erlassen, in welcher sie die Ausführung einiger der verlangten Forderungen in Aussicht stellten, ohne die wichtigsten Fragen, z. B. die Aufhebung der Beamtenwirthschaft, zu erwähnen. Daneben war aber dieser Erlaß vollgespickt von Vertrauensaufforderungen für die Regierungen und Mißtrauensäußerungen über die republikanischen Führer. Zugleich war die dringende Nothwendigkeit fremde Truppen zu berufen eng an's Herz gelegt und die Ungerechtigkeit seufzend beklagt, daß man diese Truppen „fremde“ nenne. Dieser Erlaß ging aber wirkungslos am Volke vorüber, während er natürlich in der Residenzstadt und bei der konstitutionellen Partei überhaupt höchst preiswürdig gefunden ward.

Die Kammerverhandlungen des folgenden Tages drehen sich um die Truppenzusammenziehung, in der Mathy das Verfahren der Regierung glänzend vertheidigte. Die ganze Stellung dieses Mannes, die er in diesen Tagen einzunehmen begann, die von der republikanischen Partei mit bitterm Haß angegriffen, von der

*) Der seiner entschiedenen Gesinnung wegen unter Blittersdorf seiner Regierungsrathsstelle entsetzt wurde und in Frankfurt zu der ausgetretenen republikanischen Minderheit gehörte. In der Kammer stand Peter immer zu den Entschiedensten.

konstitutionellen aber eben so eifrig vertheidigt wurde, kann, wie ich meine, jetzt noch nicht beurtheilt werden, da die Frage noch nicht geschlossen ist, ob das badische Volk nur durch Revolution die Republik, den Zustand zu erlangen fähig ist, der als rechtliche Nothwendigkeit von dem Volksgeiste erkannt worden ist. Jeden falls kann jetzt nichts Bindendes ausgesprochen werden, bis man einige Erfahrungen über den Fortschritt im Ganzen, dem man die badische Freiheit opferte, gemacht hat, bis man einige Aussicht gewonnen hat, welchen Gang die deutsche Bewegung überhaupt nehmen wird. Einem demokratisch eingerichteten Deutschland durften die Leichen von Kandern und Freiburg schon geopfert werden. Gegen Mathy und das neue konstitutionelle Regiment spricht aber der sehr bedenkliche Umstand, daß trotz den 17 Wochen seit der Offenburgerversammlung und den 12 Wochen seit dem Aufstand noch keine gewichtige Verbesserung eingetreten ist und die alte Wirthschaft fortdauert, während neue schwere Lasten auf dem Volke ruhen.

Und nun sollte sich Mathy's Stellung zur republikanischen Partei in einer That zeigen, welche die größte Erbitterung herbeiführte; Jeder weiß, daß hier allein die Verhaftung Fickler's, des Redakteurs der „Seeblätter", gemeint ist. Josef Fickler, ein Mann, der das Volk zu lenken verstand wie Wenige, hatte durch seine Reden in Volksversammlungen, vorzüglich aber durch seine Redaktion der „Seeblätter", wesentlich geholfen, die allgemeine Unzufriedenheit zum Siedpunkte hinauf zu treiben. Er war auf einer Rundreise begriffen, die wohl keinen andern als revolutionären Zweck haben mochte, und wollte nun über Karlsruhe in's Oberland zurück. Als er mit der Eisenbahn abfahren wollte, kam Mathy, von einem Polizeikommissär und sechs Unteroffizieren begleitet, an den offenen Schlag des Wagens und sagte zu Fickler, der, in eine blaue Blouse gekleidet, tief im Hintergrunde saß: „Herr Fickler! Im Namen des Gesetzes sind Sie verhaftet! Sie sind ein Vaterlandsverräther!" Fickler erhob sich langsam und trat aus dem Wagen, indem er zu Mathy sagte: „Ein rechter Polizeimann! Sie sind ein Volksverräther!" Die Unteroffiziere nahmen den Führer der Republikaner im Seekreis in ihre Mitte. Fickler wurde sogleich in festen Gewahrsam abgeführt.

Diese That Mathy's war eine nothwendige Konsequenz seines Auftretens in der Kammer. Fickler war allerdings ein Mann, der

im Seekreis den größten Einfluß hatte. Zugleich kannte die Regierung die revolutionäre Stimmung im Seekreis deutlich genug. Vom konstitutionellen Standpunkt aus war diese That eine große, da Mathy wohl voraussehen konnte, daß die Republikaner nun für immer mit ihm brechen würden und daß er allgemeinen Haß auf sich laden werde. Das geschah auch sogleich. Die ganze republikanische Partei erhob sich einstimmig und verdammte diese That in den heftigsten Worten. Mathy wurde ein Judas geheißen, der die junge Freiheit um 4000 Silberlinge (das Einkommen seiner bald darauf folgenden Anstellung als Staatsrath) verrathen habe. Man schalt ihn außerdem den Verräther seines Freundes und Wohlthäters, da durch Fickler's Einfluß er von Konstanz aus in die Kammer gewählt wurde, was den Grund zu seiner großen politischen Wirksamkeit legte. Die Erfahrung wird zeigen, ob Mathy bloß den gefährlichen Gegner der Regierung, in die er zu gelangen voraussah, abfassen, oder ob er in seiner Verhaftnahme ein der deutschen Freiheit gefährliches Hinderniß beseitigen wollte, denn das ist eine klare Sache, daß mit dem Gelingen des badischen Aufstandes, den Fickler außerordentlich gefördert hätte, die Revolutionirung von ganz Deutschland im innersten Zusammenhang gestanden wäre. Eine Revolution stand dadurch in Aussicht, wie bei der ungeheuern Begriffsverwirrung und politischen Unmündigkeit in Deutschland noch nie eine da gewesen wäre. — Es ist charakteristisch, daß die Regierung dieses einzige vernünftige Motiv der Verhaftnahme Fickler's nie erwähnte und mit lauter thörichten Scheingründen sich zu helfen versuchte. Man mochte wohl die Todeswunde des konstitutionellen Organismus in Baden den Augen der Welt nicht bloß stellen.

Die Kunde der Gefangennehmung Fickler's lief blitzschnell durch das Land. Die Konstitutionellen athmeten leichter, die Republikaner fühlten erbittert den großen Verlust. In Mannheim war der Sturm gegen Mathy ungeheuer. Mathy konnte sich nicht anders als durch die Behauptung helfen, Fickler conspirire mit der republikanischen Regierung in Frankreich und wolle mit ihrer Hülfe Deutschland zur kommunistischen Republik machen. Dieser Behauptung widersprach Fickler's Organ, die Seeblätter, in denen noch vor wenigen Tagen eine Einmischung Frankreichs mit den kräftigsten Ausdrücken zurückgewiesen wurde. Hatte auch die dumme

Franzosenfresserei aufgehört, so war man doch weit entfernt mit Hülfe Frankreichs die Freiheit zu erringen. Das Nationalgefühl war so mächtig und Fickler kannte das Volk zu gut, um nicht zu wissen, daß er mit einem solchen Versuch alle gewichtigen Sympathien verlieren würde, wenn auch manche kommunistische Kosmopoliten, Revolutionäre quand même einen solchen Schritt nicht gescheut hätten. Auf diese Behauptung hin stützte man seine Gefangennehmung und von dem Treffen bei Dossenbach an, da man wichtige Papiere hierüber gefunden haben wollte, bis auf den heutigen Tag ist Fickler ohne Urtheil noch immer gefangen, geschweige daß man die proklamirte Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, die schon seit Anfang März von der Regierung versprochen ist und deren Einführung kein Hinderniß im Wege steht, auf diesen Fall angewandt hätte, d. h. auf ein politisches Verbrechen, bei dem geheimes Verfahren am meisten verdammungswürdig ist.

Am gleichen Tage kam von Donaueschingen aus eine neue Gesandtschaft nach Karlsruhe, die augenblickliche Entfernung von Bekk, Dusch (Minister des Aeußern) und Hofmann (Kriegsminister) verlangte, an deren Stelle die Abgeordneten Peter, Hecker und Brentano treten sollten. Zugleich verlangte man Entfernung alles nicht badischen Militärs über die Gränze, so wie daß der Großherzog, wenn er sich zu dieser Maßregel nicht entschließen wollte, der Krone entsagen und einer Volksregierung Platz machen solle, weil man sonst nicht mehr im Stande sei, die Massen im Zaume zu halten. Am folgenden Tage, den 9. April, brachte Bekk diese Anliegen vor die zu außerordentlicher Sitzung versammelte Kammer, die Tribüne war überfüllt von Karlsruherbürgern. Mathy wurde bei seinem Eintritt mit stürmischem Beifall empfangen, wie das Ministerium und die konstitutionellen Häupter Bassermann, Mittermaier, Welker, Soiron. Die Kammer wies fast einstimmig das Begehren des Volkes zurück und billigte alle Schritte der Regierung. Nur Itzstein und Metz erhoben sich gegen den Zutrauenstaumel der Kammermitglieder und der Bürger der Residenz.

Hecker, der Liebling des Volks, der redliche, muthige Vertheidiger des Volksrechtes, war nicht in der Kammersitzung des Tages. Er war abgereist. Die republikanischen Führer im See-

kreis hatten ihm geschrieben, das Volk sei nicht mehr zu halten. Schon in Frankfurt hatte man ihm gesagt, er könne auf mehr als 80,000 bewaffnete, für einen Kampf auf Leben und Tod entschlossene Männer zählen. In neuester Zeit kamen ihm nun Berichte auf Berichte: Er vor Allem und Struve sollten kommen, um die sonst unausweichbare Anarchie zu bannen und den zu Allem entschlossenen Volkswillen auf die rechte Bahn zu führen. Wenn er nicht komme, so werde es einen fürchterlichen Aufstand geben, der nutzlos sich an sich selbst aufreiben werde. Hecker, der mit männlicher Offenheit schon lange mit dem konstitutionell-monarchischen Systeme gebrochen hatte, den das Volk nun einstimmig verlangte, brach mit freier Entschlossenheit die schmale Brücke, die ihn mit der bestehenden Ordnung noch verband, riß sich von allen Banden los, die ihn an die Heimath knüpften, gab seine glänzende Stellung als gefeierter Führer der Kammer und des Volkes auf und eilte in das republikanische Konstanz, in dem der Aufstand beginnen sollte, einer düstern Zukunft entgegen.

Am 9., dem Tage der eben erwähnten Kammersitzung, fanden aber wieder vier große Volksversammlungen statt, von denen drei sich entschieden für Republik aussprachen; diese drei republikanischen Versammlungen fanden in Freiburg (5000 Mann stark), Achern, in der Ortenau und Röttelweiler statt. In einer vierten von 2000 Männern besuchten in Neustadt schloß man sich an die Donaueschinger-Forderungen an.

Aber auch im Unterlande begann es zu spucken. Das Oberland hatte man vor der Hand aufgegeben, im Unterland war aber noch viel zu machen. Die Pfälzer sind, wie bekannt, ein leicht aufbrausendes Völkchen, das viel spricht, aber wenig handelt. Der Pfälzer will mit so wenig als möglich Anstrengungen so gut als möglich leben; er hätte die Republik gerne gehabt, so gescheidt war er schon, aber sie hätte, wie eine überreife Frucht, ihm in den Schooß fallen müssen. Man kann sich daher denken, daß es den konstitutionellen Führern leicht werden mußte, den Volksunwillen für ihre Zwecke zu lenken, wenn man den aufgeregten Gemüthern einen Mann schicken würde, der angesehen, wie er sein mußte, mit kecker Sprache die Segnungen des sogenannten gesetzlichen Fortschrittes dem Volke vor Augen zu stellen vermochte. Der rechte Mann hiezu war Soiron, selbst Pfälzer, Präsident des

Fünfziger-Ausschusses, der nun in Mannheim und Heidelberg di
Bürgerschaft, der ohnehin Ruhe lieber ist als Bewegung, di
höchste Ruhe anempfahl, da bei dieser Ruhe viel größere Resultat
zu erzielen seien, als bei einem Anschluß an eine etwaige republi
kanische Bewegung. Soiron sprach unumwunden die Mediatisirun
der kleinen Fürsten aus und sagte sogar von den größern, die etw
bleiben würden, man ließe sie nicht von Gottes-, sondern vo
Volkesgnaden wegen nur noch so lange auf ihren Thronen, als ma
sie brauche. Aber — man solle nur den Fünfziger-Ausschuß mache
lassen, der bringe die Sache schon in's Reine. Man kann si
denken, daß diese reizende Perspektive, die von Soiron so keck au
gestellt wurde und an deren Endziel auf so leichte Weise zu gela
gen war, die Massen vor einem revolutionären Schritte zurü
schaudern ließ, der in die Bayonnette der Bundesbrüder führe
konnte. Diese Reden Soiron's trugen viel zu dem höchst passiv
Antheil des Unterlandes an dem Aufstande bei. Doch ist es mer
würdig, daß selbst Soiron, der Präsident des von der groß
Majorität der Frankfurterversammlung gewählten Fünfziger-Au
schusses, für nöthig fand, in so republikanischer Weise zu sprech

Unterdessen zeigten sich aber bedenkliche Symptome. Am 1
wurde der bekannte Karl Blind verhaftet, doch konnte er na
Straßburg entfliehen. Zugleich erschien eine Proklamation d
Großherzogs, die den Einmarsch der fremden Truppen als nic
zur Unterdrückung der Freiheit im Innern, sondern zur Fernh
tung deutscher Freischaaren aus Frankreich und der Schweiz
rechtfertigen suchte, „da diese den Ruf revolutionärer Parteifüh
im Inlande erwarteten, mit denen sie theilweise in Verbindu
ständen, um hier einzubrechen und den Versuch einer revolutionär
Partei zum Umsturz der Verfassung mit bewaffneter Hand zu u
terstützen." — Denn allerdings hatten Herwegh's Proklamatione
die eine bewaffnete, gut organisirte Masse von wenigstens 6 b
8000 französischen Arbeitern versprachen, manches Bedenken u
viel Unwillen in Deutschland erregt, da man vor diesem Prol
tarierheer, wie man es nannte, die schlimmsten Besorgnisse hatt
Tausende glaubten, oder verbreiteten mit Absicht, das Gerücht, da
diese Schaaren mit Mord und Brand einziehen und auf sol
Weise den Kommunismus in Deutschland einführen wollten. Un
klug war es jedenfalls von Herwegh, durch seine großsprecherische

hochtönenden Proklamationen der Regierung einen Scheingrund gegeben zu haben, der die, nur gegen den Aufstand im Innern gerichtete Truppenzusammenziehung vor Vielen rechtfertigte, während im kritischen Augenblicke Herwegh mit kaum 900 Mann erschien.

Am 11. erschien die erste öst. Artilleriekompagnie in Ulm, der noch andere folgen sollten. Den in Baden versammelten Truppen wurde der tägliche Sold um 3 kr. erhöht. Der Fünfziger-Ausschuß erließ Proklamationen an die deutschen Arbeiter (welche von den Regierungen „Fremde“ genannt wurden) und an die Bewohner des Seekreises und Oberlandes. Nach Straßburg, und später zu Hecker, wurden Deputationen gesandt, die vom Zuge abrathen sollten. Am 13. April, als in Konstanz schon die Republik proklamirt wurde, marschirten vier würtembergische Infanterie- und zwei Kavallerie-Regimenter mit einer reitenden und einer Fußbatterie in's badische Land ein; hessische und nassauische Truppen wurden immerfort in's Land gezogen und der Oberbefehl des ganzen 8ten Armeekorps, das gegen die Oberländer aufgeboten wurde, dem Prinzen Wilhelm von Würtemberg übergeben. Zum General der 2ten badischen Division ernannte die badische Regierung Friedrich von Gagern, den Bruder Heinrich Gagern's, einen Mann, der durch große geistige und militärische Bildung sich auszeichnete. Man sieht, die Regierung fand eine große Kraftentwickelung nöthig. Diese Thatsache ist einer der vielen gewichtigen Beweise, daß die republikanische Partei eine große gefürchtete war, ja daß sie das halbe Baden vollständig in sich schloß und in der andern Hälfte einen gefährlich-großen Anhang zählte.

IX.

Während nun in ganz Deutschland gehofft wurde, daß die ganze Bewegung einen ruhigen Gang nehmen werde, daß alle diese Reformen im friedlichen Einverständnisse mit den bestehenden Regierungen in's Leben gesetzt werden könnten, während man schon wieder mitten drin im alten Vertrauen war, und wenn man sich auch ausschließlich der Wahlthätigkeit für die deutsche Reichstagsversammlung widmete, dieselbe doch nicht mit dem Ernst betrieb, wie es einem Zwecke geziemte, der die Einführung des Prinzips der Volkssouveränetät in das wirkliche Leben, in die Politik der Gegenwart war, wenn die Wahlen meistens ohne scharfes, strenges Bewußtsein dessen vor sich gingen, was ihre eigentliche Bedeutung war, ein Mangel eben sowohl bei den Wählern als bei den Gewählten — so war es in Baden eben sehr anders.

Ich habe schon früher an mehreren Orten die Hebel der badischen Revolution erwähnt. Die dem übrigen Deutschland vorangeschrittene politische Bildung, der heillose materielle Druck, den besonders die allem gesunden Volksleben todtfeindliche Beamtenwirthschaft über das schöne Land verhängt hatte, die elektrisirende Nähe von Frankreich, besonders aber, und dies ist nicht genug hervorzuheben, da die Revolution eigentlich im Seekreis losging und je mehr sie sich in's Land hineinzog, um so mehr an männlicher, todesverachtender Theilnahme verlor — der stille, jahrelange Einfluß der freien Schweiz, des Landes, das sich aller der Segnungen zu erfreuen hatte, die eine Staatsform von selber mit sich bringt, die den Menschen auf sich selbst, auf den freien Gebrauch seiner Kräfte, ich möchte sagen, mit freier Nothwendigkeit hinweist. — Die Schweiz, die blühen-

den, gesegneten Grenzkantone St. Gallen, Thurgau, Zürich, das Leben in ihnen, war den Bewohnern des badischen Seekreises nichts Fremdes, wie denen im Land und im übrigen Deutschland, wo man bloß die theoretische Ueberzeugung hatte, daß die Republik die vernünftigste Staatsform sei, die der Gewalt der Anschauung nicht gleichkommen, keine solche energische Bestrebungen zur Herstellung eines ähnlichen Zustandes in's Leben rufen konnte.

Zudem war, wie auch erwähnt, durch zahllose republikanische Flugblätter, durch die republikanische Zeitungspresse, besonders durch die mit wahrer Virtuosität in der Verdächtigungs- und Aufreizungskunst geschriebenen „Seeblätter", das durch den schändlichen Druck gewissenloser, feiler Beamten schon genug erbitterte Volk zu einer politischen Siedhöhe hinaufgetrieben, die nur durch eine geordnete Waffenthat gegen den gemeinsamen Feind beisammen gehalten werden konnte. Nur auf diese Weise war eine fürchterliche Anarchie zu heben, die in Baden vor der Thüre stand. — Hecker, der Liebling des Volkes, der schon lange öffentlich und unzweideutig mit dem monarchischen System gebrochen hatte (ich erinnere z. B. nur an den Offenburgertag), der kein anderes Heil für das Jahrhunderte lang geknechtete, materiell leidende Volk fand, als daß er ihm einen Zustand herbeizuführen wünschte, in dem es ihm möglich war, seine unsterblichen Kräfte einmal für sich und zum eigenen Nutzen zu gebrauchen, der mit einem kecken Griff das ganze königliche, adelige und Beamten-Unkraut wegreißen wollte, das sich schmarotzerhaft um die verkrüppelte deutsche Eiche zusammenzog und ihr die Lebenssäfte aussog, Hecker hatte schon in Frankfurt vernommen, daß er auf 80,000 Bewaffnete zählen könne, was ihm freilich damals schon redliche Freunde als eine Unrichtigkeit hinstellten. Hecker war nun zu dem Volke gezogen, weil er bei den gegenwärtigen Regierungen und dem Weg, der eingeschlagen wurde, kein Heil für das Volk voraussah. Der Mann, dessen ganzes Leben ein begeisterter Kampf für die Volksrechte war, der in der neuesten Zeit die schönste Anerkennung für sein edles Streben gefunden hatte, mochte vielleicht durch den brausenden Jubel, der die bloße Nennung seines Namens begleitete, über den Mangel an Ernst und männlichem Muthe sich täuschen, der hinter dem Lärmen bei den Meisten stattfand. Er mochte sich auch vielleicht darin täuschen, als er glaubte, daß sein Name alle die Streiter

um seine Fahne locken würde. Doch gewiß hat er sich hierin nicht zu sehr getäuscht, denn troß dem bodenlosen Leichtsinn, mit dem der Zug unternommen wurde, bei allem Mangel tüchtiger militärischer Leitung*), konnte Hecker doch sagen, daß über 15,000 für die Republik Bewaffnete ziemliche Zeit da standen. Ein einziger glücklicher Schlag konnte die ungeheuersten Folgen haben. Das wußte die Regierung wohl, sie wußte, wie unsicher sie saß — daher die 60,000 Mann gegen den rebellischen Haufen, wie man die Revolutionsarmee zu nennen beliebte.

Struve, der früher immer die Nothwendigkeit eines gewaltsamen Schrittes gepredigt hatte, aber durch die Karlsruher- und Offenburgertage bestimmt einen andern Weg als den revolutionären einzuschlagen schien, hatte in Frankfurt schon gezeigt, daß er der Alte geblieben war. Struve war jetzt schon einige Tage früher als Hecker in Konstanz und erwartete dort den Freund, der denn auch am 12. April in Konstanz anlangte, von Willich begleitet, dem bekannten preußischen Artillerieoffizier, der mit Anneke und Gottschalk socialistische Ideen unter den Kölner-Arbeitern verbreitete. Hecker hatte Willich um der militärischen Kenntnisse willen, die er von diesem edelsinnigen Mann erwartete, mitgebracht. Der Zug selber bewies, daß die weiche, schwärmerische Seele des Mannes für diese ernste Aufgabe nicht gewachsen war.

Schon bei seiner Ankunft in Konstanz mußte Hecker die bittere Erfahrung machen, daß sich die Sache nicht so verhalte, wie er es vorschnell sich gedacht hatte. Alle seine republikanischen Freunde, besonders der männliche Kaufmann Katzenmaier und der kluge, tapfere Kaiser, riethen ihm davon ab, einen Gewaltstreich zu beginnen, ehe die Sache organisirt, ehe der badische Landesverein überhaupt die Einführung der Republik zu seiner Sache gemacht habe. Man sagte Hecker, der noch immer an die 80,000 Bewaffneten glaubte, von denen man ihm in Frankfurt gesprochen hatte, daß man ihn hierin sehr getäuscht habe, daß er zwar auf 15 — 18,000 Bewaffnete zählen könne, die aber noch nicht recht organisirt seien, daß es an kundigen Offizieren fehle, daß der

*) Hecker hoffte, daß die verschiedenen Korps gute Anführer hätten, und die Republikaner hofften, daß Hecker ihnen gute Anführer bringen würde, da er die Leitung des Zuges übernommen hatte.

Aufstand mit einem Worte noch nicht ein allgemeiner sei. Auf die Ergreifung dieser Angelegenheit durch den in Offenburg gebildeten Landesverein wäre am meisten zu hoffen gewesen. Das Unternehmen hätte eine Art Legitimation erhalten, wenn der vom Volk ernannte Ausschuß die Sache ergriffen hätte. Das wollte besonders Katzenmaier, der Hecker beschwor, diese bedeutende Hülfe abzuwarten. Hecker aber, in fieberhafter Aufregung, glaubte sich von denen verrathen zu sehen, auf die er am meisten gezählt hatte, er beschuldigte sie in krankhafter Gereiztheit sogar der Feigheit, was freilich, wie die spätern Ereignisse zeigten, eine große Ungerechtigkeit war.

Die republikanische Partei ließ nun eine große Volksversammlung auf Abends 5 Uhr anzeigen. Die Räume des neuen Stadthauses waren zum Erdrücken von stimmfähigen Bürgern angefüllt. Hecker trat nun auf und schilderte in Meisterzügen die traurige Vergangenheit Badens und deutete den Segen an, der bei freien Verfassungen dem Lande zu Theil werde. Er erklärte, daß ganz Deutschland Baden nachfolgen würde, darum gezieme es männlich und entschlossen voranzugehen.

Gegen Hecker traten nun mehrere Männer auf, deren einige ihm eng befreundet waren, nämlich Bürgermeister Hüetlin, Kaufmann Katzenmaier, Advokat Würth, Kuenzer u. A. Diese warnten vor einem bewaffneten Zuge nach Karlsruhe, da ganz Baden mit Truppen überzogen und der Aufstand selber nicht organisirt sei. Auch berief man sich darauf, sich den Offenburger- und Frankfurterbeschlüssen unterziehen zu wollen. Diese letztern Gründe waren um so weniger stichhaltig, als die Beschlüsse von Offenburg von selber zur Republik führen mußten und die Frankfurterbeschlüsse die Volkssouveränetät erklärt hatten, deren nothwendige Konsequenz ebenfalls die Aufhebung der Monarchie und die Einführung der Republik ist. Große glückliche Umwälzungen haben besonders zwei Symptome. Es ergreift entweder ein instinktmäßiger Drang alle Herzen zu einer entscheidenden That. Man fühlt lebendig vergangene Ungerechtigkeit und die leidende Sehnsucht nach einer bessern Zukunft wandelt sich blitzschnell in Willensakte um, wenn der Zustand unerträglich geworden. Das ist die Zeit, in welcher die Revolution in der Luft liegt, wo sie mit jedem Athemzug aufgenommen wird — das war die Zeit vor und bei der Of-

fenburgerversammlung. Treten aber Hoffnungszeichen ein, schein
gründliche Verbesserungen sich Bahn brechen zu wollen, dann st
der wilde Strom der Volksbewegung allmälig in das alte B
zurück. Man beginnt allmälig über die Lage nachzudenken u
mit dem Denken stellen sich die Bedenken ein. Der unklare T
mel verliert sich, eine feste Ueberzeugung ist noch nicht allgem
geworden und in solchen Zwischenakten des historischen Lebens schw
ken Viele auf der schmal und unsicher gewordenen Linie der
volution dem Verderben zu. Nichts läßt sich weniger künstlich h
vorbringen als eine Revolution. Das war zudem das Seltsa
der Märzrevolution, daß die positiven Resultate einer solchen du
allgemeine Volksbeschlüsse vorweg genommen waren, ohne daß m
freilich ein Organ zur tüchtigen Realisirung gehabt hätte. — D
Lebensform der Selbstthätigkeit und Selbstbestimmung des Vol
organismus aber jetzt mit Gewalt geltend zu machen, dazu war lei
der größte Enthusiasmus verraucht und andererseits die Nothw
digkeit eines entscheidenden letzten Schrittes nicht eingesehen. D
beweist die Möglichkeit der Truppenzusammenziehung deutlich gen

Hecker aber wollte von keinem Zaudern mehr hören. In i
war das Revolutionsfieber der Offenburgerzeit wach geblieben,
gleich erkannte er mit klarem Auge die Vernünftigkeit der repu
kanischen Staatsform. Er war bereit, Gut und Blut an die Sa
zu setzen und glaubte im Volke auf einen gleichen Gemüthszust
zu treffen. Er erließ folgenden Aufruf an die Bewohner der Aem
Donaueschingen, Engen, Blumenfeld, Villingen, Bonndorf, N
stadt und Hüfingen: „Mitbürger, Brüder, Freunde! Der Aug
blik der Entscheidung ist gekommen. Worte können uns u
Recht und unsere Freiheit nicht erobern. Darum fordern wir a
alle waffenfähigen Männer auf, Freitag, den 14. April, Mitt
12 Uhr, in Donaueschingen auf dem Marktplatz mit Waffen u
Munition, in geordneten Zügen, mit Lebensmitteln auf 6 T
versehen, zu erscheinen. Unsre Freunde Bruhn, Au, Willman
Raus, Rasina und Andere werden zu Euch treten und Euch sag
was das Vaterland von Euch erwartet. Sie sind bereit sich
Eure Spitze zu stellen. Struve ist bereits in Donaueschingen
gekommen und wird der Versammlung mit Rath und That
Seite stehen. Konstanz, 12. April 1848. Friedrich Hecker. Gus
Struve." Hecker erklärte zugleich nichts mehr abwarten und

folgenden Tage abziehen zu wollen, und wenn ihn nur einer begleite. Zugleich war Struve nach Ueberlingen und Arzt Vanotti nach der benachbarten Gemeinde Allmannsdorf gegangen, wo es beiden gelang, die Republik zu proklamiren.

Am folgenden Tag, Donnerstag, den 13. April, zog denn Hecker unter Musik und Trommelschall, von einer unzähligen Menschenmasse begleitet, mit 52 Begleitern aus Konstanz über Stockach Donaueschingen zu, wo er mit Struve zusammenstoßen wollte, um in Verbindung mit ihm nach Freiburg zu ziehen. Von Gemeinde zu Gemeinde zogen die Muthigen und wurden oft mit Jubel empfangen. Spät Abends zog die schon auf einige hundert Mann verstärkte Schaar in Stockach ein, wo man einen würtembergischen Hauptmann, der auf's Spioniren ausging, gefangen nahm und hielt, bis er nicht mehr schädlich sein konnte. Am folgenden Tag, unter steter Verstärkung, zog Hecker bis Engen, wo er und seine Schaar mit ungemeinem Jubel aufgenommen wurden. In Engen erhielt die kleine Revolutionsarmee, die aber schon auf mehr als 1000 Mann angewachsen war, zwei kleine Kanonen. Am 15. zog Hecker von Engen nach Donaueschingen. Struve war schon nach Donaueschingen vorausgezogen, während die zweite Seekolonne langsam im Rücken heranzog. Noch ehe die erste Seekolonne die Verbindung bewerkstelligen konnte, rückten gegen 1500 Mann Würtemberger Infanterie, Reiter und Artillerie heran, gegen welche die aus höchstens 300 Mann bestehende Schaar Struve's zu schlagen entschlossen war, und nur durch die Anführer abgehalten werden konnte. Während Struve nun mit dem Anführer der Truppen kapitulirte, rückte Hecker schon Donaueschingen zu. Willich, der die militärische Leitung von Hecker's Schaar übernommen hatte, beging nun hier den großen Fehler, statt schnell vorwärts zu rücken und sich mit Struve zu vereinigen, einen Stillstand zu gebieten, so daß, als man endlich Donaueschingen sich näherte, man die würtembergischen Truppen schon im Orte sah. — Struve schloß mit dem Anführer der würtembergischen Truppen eine Konvention ab, wornach seine Schaar mit fliegenden Fahnen abziehen und die Truppen erst zwei Stunden nach dem Abzug in Donaueschingen einmarschiren sollten, wobei Struve sich mit der Hecker'schen Kolonne leicht verbinden konnte. Geschah diese Vereinigung vor Ankunft der Würtemberger, war Donaueschingen von der ganzen ersten Kolonne besetzt, so war

ein Gefecht und dessen Ausgang zu Gunsten des Volksheeres unzweifelhaft. Der würtembergische Befehlshaber rückte aber Struve auf dem Fuße nach und besetzte sogleich Donaueschingen, wo er Bürgermeister Raus, Rasina, Au und andere republikanische Führer verhaftete. Es galt nun durch Märsche und Gegenmärsche die würtembergischen Truppen zu zersplittern, damit hinter ihrem Rücken das aufgestandene Volk die einzelnen Korps zwinge sich über die Gränze zurückzuziehen. Das Terrain war zu solchen Operationen auch überaus günstig, da der Weg, den die Truppen gegen Freiburg zu nehmen hatten, an mehreren Punkten durch wilde Bergpässe gebrochen werden konnte. Statt nun die würtembergischen Truppen auf diese Weise durch einen Bergkrieg, den einzigen, den ein ungeregeltes Volksheer führen konnte, über die Gränze zu treiben und die Revolution den ganzen Schwarzwald hinunter zu bringen, wie es vorzüglich Kaiser's Plan war, beschloß Willich die Schaar in die Ebene den hessischen und badischen Truppen entgegen zu führen. — Hecker zog daher am Palmsonntag, den 16. April, von Riedböhringen über Stühlingen nach Bonndorf, stets wachsend, überall an Würtembergern vorbei. Am folgenden Tage, den 17., zog die Schaar, schon 3000 Mann stark, mit drei Kanonen über Lenzkirch nach Bernau. Ueberall nahm das Volk die unter fröhlichen Liedern dahinziehenden Männer freudvoll auf. Manches Hoch ermunterte die brave Schaar, und bei Lenzkirch, wo die schönsten Mädchen Badens sind, wurde mancher graue Schützenhut mit frischen Sträußen geschmückt. Von dort zog man unter wildem Sturm, in Schnee und Schlossen, über Todtnau und Schönau dem Wiesenthale zu. Abends 9 Uhr kam man endlich, sehr ermattet, in Schopfheim an, wo man sich zwar dem Zuge nicht anschloß, die Freischaar aber überaus gastlich bewirthete. Dort wurde übernachtet. — Kaiser wollte nun wieder, daß man die erschöpften Leute einen Tag sollte rasten lassen, um zugleich die 2te Kolonne, die unter Siegel gerade um eine Tagreise noch zurück war, zu erwarten. Willich wollte aber nichts davon wissen und so brach man denn am 19., Morgens 9 Uhr, auf, um über Lörrach und Steinen nach Kandern zu ziehen. — Die Mannszucht auf dem ganzen Zuge war vortrefflich. Keinerlei Excesse fielen vor. Alle hob der Gedanke, für die Freiheit des Volkes gegen die Fürstenmacht in's Feld zu ziehen. Selbst die sonderbaren Befehle Wil-

lich's wurden von den republikanischen Offizieren, wenn auch mit dem höchsten Widerstreben, ausgeführt. Durch die Schluchten des Schwarzwaldes am Feldberge, über Schnee und Eis, bei fürchterlichem Regen- und Schlossensturme, wie durch das liebliche Wiesenthal, zog die edle Schaar mit hellen Liedern überall freudig vorwärts.

Unterdessen war es in Konstanz anders geworden. Der Schritt, den Hecker gethan hatte, gestaltete die ganze Lage um. Die republikanischen Freunde Hecker's, die ihm von dem Zuge abgerathen hatten, besonders Katzenmaier und Kaiser wollten nun, da Hecker das Aeußerste gewagt hatte, auch nicht zurückbleiben und den Freund seinem Schicksale überlassen. Eine große Stellung nahm hier besonders Katzenmaier ein. Dieser Mann, Chef eines sehr großen Geschäftes und Familienvater, war innerlich von der Unausführbarkeit des Hecker'schen Planes überzeugt. Er hatte Hecker, allein mit ihm und öffentlich vor dem Volke, widersprochen und vor dem Zuge gewarnt. Nun aber, da der begeisterte Mann ausgezogen war, konnte Katzenmaier nicht mehr zurückbleiben. Die Würfel waren gefallen, man konnte nicht mehr zurück, ohne verrätherisch und feig zu scheinen.

Katzenmaier hatte noch das Letzte versucht, was in seinen Augen der Sache einen günstigen Ausschlag geben konnte. Er unterhandelte in Hecker's Namen mit dem Ausschuß des badischen Landesvereins, um von diesem aus eine Proklamation der Republik zu erlangen. Aber von überall her erhielt er abschlägige Antworten.

Freitag, den 14., als Hecker in Engen war, kam nun die Nachricht, Hecker habe im Namen der provisorischen Regierung die badische Regierung abgesetzt und Peter zum Statthalter ernannt. Mit dieser Nachricht war noch die Weisung verbunden, daß Hecker die Konstanzer zwingen werde diesen Beschluß anzunehmen, wenn man es nicht freiwillig thun wolle. Diese Nachricht brachte eine seltsame Stimmung in Konstanz hervor. Sogleich wurde eine Volksversammlung gehalten und beschlossen eine Deputation zu Hecker zu schicken, aus seinen Freunden Katzenmaier, Vanotti und Merk bestehend, und von ihm Näheres über die provisorische Regierung, wie über seine Exekutionsmittel zu verlangen. Die Deputation zog sogleich ab und kam Nachts 1 Uhr in Engen bei

Hecker an. Statt der Deputation aber die gewünschte Auskun zu geben, eröffnete er den Männern, daß er fest entschlossen se sein Unternehmen nicht aufzugeben, besonders da er durch repub kanische Sympathien im übrigen Baden und Deutschland unterstü zu werden hoffe. Wie nun die Männer sahen, daß Hecker ni mehr zurücktrete, erklärten sie ihm, daß sie ihn in der Gefahr ni allein lassen wollten und baten ihn nur um einen militärisch g bildeten Mann, der sie führen könnte. Hecker gab ihnen nun Lie tenant Siegel, einen jungen Mann, der den Unterricht der Ko stanzer Wehrmannschaft geleitet hatte. In seiner Begleitung keh ten die Konstanzer noch in derselben Nacht zurück und kamen Sa stag vor Palmsonntag, früh Morgens, wieder in Konstanz an. Glei wurde wieder eine große Volksversammlung zusammenberufen, der die Abgesandten erklärten, daß Hecker jetzt noch keinen An schluß geben könne, daß er aber entschlossen sei, den Kampf m der Monarchie zu wagen und daß auch sie entschlossen seien, Heck in der Gefahr nicht zu verlassen. Auch Siegel sprach warme au munternde Worte. Die Versammlung schloß damit, daß man J dermann freistellte, als Freiwilliger den Vorausgegangenen zu fo gen und die nöthigen Unterstützungen zugesagt wurden. Die Worte brachten natürlich eine Aufforderung zum Zuge mit sic Gegen 200 Männer meldeten sich am Zuge theilnehmen zu wolle Außerdem gaben die Konstanzer ihre zwei Kanonen und die Weh mannschaft ihre schöne Fahne her. Nachmittags 4 Uhr setzte si der stattliche Zug, von Siegel angeführt, unter dem Geleit v ganz Konstanz und der Umgegend in Bewegung, fast in der gl chen Stunde, wo die Kammer in geheimer Sitzung Hecker's Ve haftung beschloß.

Die musterhafte, imponirende Haltung dieser Schaar erwec in den Landleuten die lebendigste Theilnahme und großes Zutrau In Radolfzell wurde sie sogar vom Bürgermeister und Magistr begrüßt und als die Schaar am Palmsonntag früh in Singen a kam, schloß sich der ganze Ortsverein an, der über 200 Ma zählte. Von Ort zu Ort nahm der Zug lawinenartig zu, da überc kleinere und größere Partien von 20 — 50 Mann sich anschloffe In der Nähe von Donaueschingen erblickte man zuerst Würter berger und hörte die Nachricht von Struve's Kapitulation, wa entmuthigend wirkte. Man wollte nun über den Randen, ein

Bergrücken an der Schaffhausergränze, Hecker nachziehen. Auf dem Randen erblickte die erste Kolonne wieder würtembergisches Militär. Sie stellte sich sogleich in Schlachtlinie auf, zog aber, da die Würtemberger den Zug nicht angriffen, ungefährdet vorwärts. Montag, den 17., kam Siegel über Füßlingen nach Stühlingen. Von allen Seiten kamen Zuzüger.

Für Konstanz war dieser Tag noch besonders wichtig. Von 16 bis 17 Dorfgemeinden waren die Vorsteher, von je zehn Männern der betreffenden Heimath begleitet, in der Stadt erschienen, um mit den Konstanzern den gemeinsamen Schritt zu thun zur sofortigen Absetzung der Seekreisregierung und der großherzoglichen Aemter. Regierungsdirektor Peter, der Mann des Volksvertrauens, wurde dringend ersucht, im Namen des Volkes als Statthalter die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen. Die Anträge der Männer vom Lande waren so fest und bestimmt, daß die Konstanzer im Weigerungsfalle damit bedroht wurden, von etlichen tausend bewaffneten Bauern einen Besuch zu erhalten, die, was mit Güte nicht ginge, durchsetzen sollten mit Gewalt. Nachdem im Konstanzer Gemeinderath die Sache ernstlich erwogen war, wurde um 10 Uhr öffentliche Volksversammlung gehalten im Saal des neuen Stadthauses. Die Räume waren zum Ersticken angefüllt. Unter den Vorstehern der Landgemeinden und ihren Begleitern waren schlichte aber kräftige Redner, die den Stadtleuten in ihrer einfachen, biderben Sprache ein solches Schaudergemälde von den amtlichen und gesetzlichen Volksmißhandlungen, den zahllosen Bedrückungen und unersättlichen Blutsaugereien entwarfen, wie sie es noch niemals gehört oder in einem gleichen Grade selbst erfahren. Um 12 Uhr trat endlich Herr Peter auf den Balkon und verkündete dem harrenden Volke, daß er, sowohl aus physischen als moralischen Gründen, die ihm angebotene Stelle als Statthalter übernehme. Donnernde Hoch- und Jubelrufe wollten nimmer enden und setzten sich fast den ganzen Tag über auf den Straßen und in den Wirthshäusern fort. Abends wurde die ganze Stadt beleuchtet.

Am gleichen Tage erließ die Kammer eine Proklamation, in der sie sich einstimmig von Hecker lossagte. Zugleich rückte neues würtembergisches Militär in Baden ein.

Dienstag, den 18., zogen Siegel und Katzenmaier mit dem schon über 3000 Mann starken Zuge gegen Waldshut. In Thiengen

vereinigte sich Siegel mit Weißhaar, dessen Schaar auch über 3000 Mann stark und vortrefflich bewaffnet war. Weißhaar hatte über 300 ausgezeichnete Büchsenschützen. Diese beiden Schaaren zogen nun zusammen in schönster Ordnung in Waldshut ein, wo sie enthusiastisch begrüßt wurden. Das war der schönste Augenblick während dem ganzen Zuge, der einzige schöne. Selbst Katzenmaier fing an Hoffnungen zu schöpfen, daß die Sache noch einen glücklichen Ausgang nehmen möchte. Er wurde freilich bald genug enttäuscht, denn schon am andern Morgen, als man von Waldshut wegzog, trennte sich die Weißhaar'sche Kolonne von Siegel, zog im Land herum und verschwand, indem sie sich bei der Nachricht von dem Treffen bei Kandern auflöste, ohne den Feind ze gesehen zu haben. — Auch die Siegel'sche Kolonne blieb nicht ganz beisammen. Sie zersplitterte sich in kleine Trüppchen, von denen sich beinahe eben so viele verliefen, als neue Schaaren beigezogen wurden. Der Marsch wurde dadurch bedeutend aufgehalten, während doch die Vereinigung mit Hecker das Allernothwendigste war.

Am gleichen Tage, als Siegel, Katzenmaier und Weißhaar in Waldshut einzogen, geschah eine bedeutende republikanische Demonstration in Offenburg. Am 18. wurde von dem Vorstand der Gemeinde Offenburg die Anordnung getroffen, daß, um den Willen der Gesammteinwohnerschaft auch auf eine förmliche Weise zu erfahren, auf den folgenden Morgen um 8 Uhr eine vollständige Gemeindeversammlung abgehalten werde. Um eine Störung dieser Versammlung durch Truppenherbeiziehung zu hindern, wurde die Eisenbahn besetzt; und obgleich am 19. schon in der Früh eine bedeutende Anzahl Truppen gegen die Stadt zog, und die Ordonnanzoffiziere sogar bis vor die Barrikaden gerückt waren, so ließ sich die Einwohnerschaft doch nicht abhalten, die allgemeine Versammlung abzuhalten und abzustimmen über die Frage des Tages. Die beigezogenen Truppen durften nicht einrücken.

Die Versammlung fiel so aus, wie sich voraussehen ließ. Keine einzige Stimme erhob sich gegen die Verkündung der Republik, obgleich die bisherigen Anhänger der jetzt noch bestehenden Regierung durch Beamte und ihren Anhang vertreten waren. Die Abstimmung ging daher auch nur dahin, ob sogleich die Republik verkündet werden solle, oder ob man vorerst die Kundgebung anderer Städte darüber abwarten wolle, ob diese Sympa-

thien für die republikanische Staatsform getheilt würden. Diese letztere Ansicht erhielt die Mehrheit der Stimmen, während die Minderheit nicht nur nicht gegen die Verkündung der Republik, sondern vielmehr dafür war, nicht erst noch den Beitritt anderer Städte abzuwarten. Diese Abstimmung geschah Angesichts der die Stadt bedrohenden bewaffneten Macht.

Offenburg erließ noch eine Erklärung *). Die Nachricht hievon, wie von der ausgeführten Proklamation der Republik, kam am 19. früh nach Karlsruhe. Zu dem um Offenburg liegenden Militär wurden neue Truppen entsendet und Kanonen zum Sturm aufgefahren. Die von allen Seiten umschlossene Stadt ergab sich in den alten Gehorsam. Die Republik hatte keine 24 Stunden gedauert.

In Mannheim geschah nichts Weiteres, als daß an einem dieser Tage Tausende in den Straßen herumzogen, Hecker und Struve hochleben ließen, beide und Gleichgesinnte zu Wahlmännern für das Parlament wählten und projektirte Verhaftungen von Hoff, Grohe ꝛc. verhinderten.

---

*) Erklärung der Stadt Offenburg.

In diesen mächtig bewegten Zeiten bringt jeder Tag neue Ereignisse, erzeugt jede Stunde neue Bedürfnisse. Das politische Leben dringt aller Orten mit größerer oder geringerer Kraft auf freie, republikanische Gestaltung.

Die Aufregung im Seekreise pflanzt sich fort und fort durch die Gauen unseres Vaterlandes. Die Theilnahme am Schicksale der Bestrebungen der beiden Volksmänner Hecker und Struve erhält sich beständig wach und ihre Ideen finden einen stets größern Kreis von Anhängern.

Dieses und der unerwartete Schritt eines größern Theils unserer hiesigen Bürgerschaft in verflossener Nacht drängt uns heute zu der offenen Erklärung:

Offenburg gehört zu den Städten des Landes, wo sich kräftige Sympathien für die republikanische Staatsform im größten Theile seiner Einwohner finden.

Offenburg will dieses hiermit aussprechen, ohne übrigens darauf einzugehen, sogleich die Republik zu verkünden, und seine hier bestehenden staatlichen Einrichtungen zu ändern. Hierin liegt der Ausdruck seines Sinnes für Ordnung und seiner Freiheitsbestrebungen, welche sich durch die Nationalversammlung, oder doch nur Hand in Hand mit denen der größern Schwesterstädte verwirklichen sollen.

Offenburg will Freiheit, aber auch Ordnung und Einheit des Vaterlandes.

Gott mit uns!

Beschlossen in der allgemeinen Bürgerversammlung.

Offenburg, am 19. April 1848.

Am gleichen Tage, als die Republik Offenburg ihr Eintags-leben schloß, am 19. April, rückte nun Siegel von Waldshut über Hessenschwand nach St. Blasien, während Hecker, wie früher erwähnt, nur einen Tagmarsch weiter vorn, in Schopfheim war. Kaiser bestand heftig darauf, daß die durch den Marsch erschöpften Männer einen Tag in Schopfheim rasten sollten, um dort Siegel zu erwarten. Ebenso wollte Katzenmaier, daß man in St. Blasien sich nicht aufhalte, sondern langsam vorwärts ziehe, um so bald als möglich zu Hecker zu stoßen. Dieses nothwendige Ziel wurde aber außer Augen gesetzt; Siegel ließ in St. Blasien rasten, und Hecker und Willich ließen ihre Schaaren aufbrechen, um sie, wie erwähnt, über Lörrach nach Kandern zu führen. So scheiterte das Zusammentreffen, das dem Treffen bei Kandern einen ganz andern Ausschlag geben konnte, während die Niederlage der kleinen Hecker'schen Schaar höchst entmuthigend rückwirken mußte. In St. Blasien lief Alles durcheinander, die bisher musterhafte Ordnung hörte auf, die Leute wußten nicht, was sie anfangen sollten. Von Weißhaar sah und hörte man Nichts.

Hecker, der, wie gesagt, am 19. von Schopfheim wegzog, kam am gleichen Tage Abends nach Kandern, einem Dorfe, das seitwärts der Straße von Basel nach Freiburg liegt. Ueber die Nacht vom 19. auf den 20. blieb Hecker in Kandern; das Militär, 3000 Hessen und Badener, war theils in Schliengen, theils in der Kaltenherberge. Das Militär hatte alle Zollgardisten von Lörrach, Weil, von der Leopoldshöhe und der Umgegend an sich gezogen und war schon am Morgen 3 Uhr aufgebrochen. Die Kanderer, welche für ihre Gäste wachten, erklärten dem Militär, sie gestatten den Einzug nicht, bis die Republikaner abgezogen seien. Morgens zog die Hecker'sche Schaar aus Kandern. Willich zog mit dem Vortrabe und Mitteltreffen den hinter Kandern liegenden Berg hinauf und stellte sich am Eingange des ziemlich engen Passes, der auf der Straße über die Scheidegg und Schlechtenhaus nach Stein führt, in Schlachtordnung. Gegen 9 Uhr Morgens verlangte Gagern Hecker zu sprechen, der denn auch sogleich, von Willich, Kaiser, Mogling, dem Adjutanten Feuerlein und einigen Andern begleitet, zu Gagern ging und ihn auf der Mitte einer Brücke vor Kandern traf. Gagern redete nun in polternder rauher Rede Hecker an und sagte ihm: „Sie müssen die Waffen nieder-

zen." Hecker wies diese Forderung ab. Hierauf sagte Gagern
ihm: „Sie sind ein gescheidter Mann, aber ein Fanatiker!"
arauf erwiederte Hecker: „Wenn die Hingabe für die Befreiung
nes großen Volkes Fanatismus ist, so will ich gern ein Fana-
'er sein. Dann gibt es aber auch einen Fanatismus auf der
ndern Seite, dem Sie dienen; übrigens bin ich nicht hier, um zu
:eiten, sondern frage Sie, ob Sie sonst etwas mitzutheilen haben?"
ls Gagern hierauf sagte, daß er jetzt mit aller Strenge einschrei-
n wolle, frug ihn Hecker: er werde sie, die republikanischen
ihrer, zurückgehen lassen; was Gagern zugestand. — Damit hatte
is Parlamentiren ein Ende. Die Anführer gingen zurück, zogen
re Reihen langsam die Bergstraße hinauf, denen die Hessen,
um in einer Entfernung von hundert Schritten, folgten. Auf
r Höhe des Passes, Scheidegg genannt, mußte man nun Stand
ilten, da von dort an die Straße sich abwärts zieht und man
is Feuer der Truppen im Rücken gehabt hätte. Nun beging aber
Billich die Unvorsichtigkeit im Centrum eine dichte Kolonne Sen-
nmänner aufzustellen, die gerade dem Feuer der angreifenden Trup-
en preisgegeben waren.

Die Aufstellung der Freischaaren war folgende: rechts und links
n der Straße und quer über dieselbe war überall ein Fähnlein
it Schießgewehren Bewaffneter; rechts von dem quer über die
traße gelegenen Fähnlein am Waldrand war die erwähnte Sen-
nkolonne und hinter dem Fähnlein, rechts von der Straße (von
andern aus), stand die Reserve; zu beiden Seiten im Gebüsch
anden die Schützen. Gegen den rechten Flügel der Truppen stand
och ein Häufchen von 40 Konstanzerschützen unter Mögling. An
r linken Seite der Straße, neben den Sensenmännern, standen
ie Kanonen. Unvorsichtig war ebenfalls, daß die Fähnlein der
Musketiere, statt, wenigstens zum größten Theil als Plänkler, in
ie Flanken des unvorsichtig im Passe vorrückenden Feindes gelegt
ı werden, in geschlossenen Gliedern gehalten wurden und dies
eilweise in Stellungen, wo ihr Feuer, ohne Artillerie und Sen-
nträger zu decken, wegen vorstehender Bäume, selbst gegen die
einde unwirksam sein mußte. Willich's Debut in der Kriegsfüh-
ung hatte leider den natürlichen Erfolg.

Kaum hatten die Republikaner ihre Dispositionen getroffen,
s schon die Truppen in dichten Reihen auf ein, etwa hundert

Schritte im Umfange messendes, freies Plateau auf der Höhe des Passes vordrangen, voran die Hessen. Willich gebot ihren Offizieren Halt. Nun erfolgte eine minutenlange Stille. Da sprang plötzlich Kaiser aus Konstanz vor, der den linken Flügel der Freischaar befehligte, näherte sich den Truppen bis auf wenige Schritte und rief diesen mit innerlich bewegter Stimme zu: „Schießet nicht auf eure Brüder! Schießt nicht! Wir wollen ja das Gleiche, was eure Väter und Brüder wollen; ihr würdet als Greise noch dieser That fluchen.“ Bereits begann der rechte Flügel der Truppen zu schwanken. Die Schützen verließen unter Rufen der Liebe und Freundschaft ihre Glieder, um den Soldaten die Hände zu schütteln, als plötzlich General Gagern durch die Truppen auf den freien Platz sich vordrängte und mit rauher, leidenschaftlich bebender Stimme auf den Ruf: „Brüder!“ den Freischaaren zurief: „Gesindel seid ihr!“ und zu feuern befahl. Während Gagern sich noch vorne befand, ertönte der Ruf: „Unteroffiziere und Freiwillige hervor!“ worauf an beiden Flanken solche vordrangen. Ein badischer Stabsoffizier ritt gegen die Artillerie an von hessischen Freiwilligen gefolgt, die mit gefälltem Bayonnett der Kanonen sich zu bemächtigen trachteten.

Nun zog sich auch Kaiser zurück, um das Kommando des linken Flügels zu übernehmen. Hecker stand die ganze Zeit rückwärts gegen den Wald auf der rechten Seite von Kandern aus. — An einer raschen Operation wurde aber Kaiser durch die unglückliche Kolonne Sensenmänner gehindert, die, meistens biedere Leute aus dem Höhgau, der Baar und den Gränzbezirken des Schwarzwaldes, voll Vertrauen den Soldaten sich genähert hatten, auf ihre Stellung zurückstürzten, da sie bei dem Rasseln der schußbereiten Gewehre sich preisgegeben glaubten, und die ohnehin schwerfällige Phalanx in einen entgliederten schwankenden Knäuel verwandelten. Kaiser wollte nun mit den Sensenmännern einen raschen Angriff auf die Truppen ausführen, sobald von ihrer Seite ein Schuß fiel. Das schnelle Hereinbrechen der Ereignisse und die Verwirrung der Sensenmänner vereitelte diese Absicht. Der gegen die Geschütze vordringende badische Offizier hieb auf die Artilleristen los; wiederholt wurde in den hessischen Reihen Feuer kommandirt, ein Schuß fiel, dem nun das Centrum der Freischaaren antwortete, und nun brach das Gliederfeuer der Hessen los und mit ihm

vermischten sich die Salven der Freischäärlerschützen. Fast gleichzeitig mit dem badischen Offizier, der das Centrum mit dem Bayonnett forcirte, nachdem bereits Schüsse gefallen waren, fiel Gagern, das Schwert in der Hand, nachdem er schon mehrere Mal Feuer kommandirt hatte, an der Seite und nicht vor der Fronte seiner Leute. — Kaiser sagt sehr treffend von Gagern: „Er starb den Tod eines kühnen Soldaten, der vielleicht aus militärischem Vorurtheil seinen Feind zu sehr verachtet hatte." Die Sensenmänner lösten sich fliehend auf und die Musketiere, wie die Schützen und Kanoniere, die ihre Geschütze nicht abfeuerten, obwohl der Feind nur 30 Schritte vor ihnen stand, traten ebenfalls den Rückzug an. Nur die 40 Mann starke Abtheilung Konstanzer Musketiere unter Mögling, mit einigen Scharfschützen, behaupteten die Wahlstatt, die sie aber aus Mangel an Unterstützung räumen mußten, als die Regulären mit den Tirailleuren sie zu überflügeln begannen. 10 bis 15 abgeschnittene Hessen fielen in die Gewalt der Konstanzer, denen man aber nur eine Fahne und einige Perkussionsgewehre abnahm und auf die Bitten eines gefangenen Offiziers mit Gagern's Leiche abziehen ließ und ihnen nur den Zuruf mitgab: daß sie dieses traurigen Augenblickes eingedenk bleiben möchten. Viele von den Freischaaren zerstreuten sich nun; über 300, darunter die braven Konstanzer und Kaiser, der mitten im heißesten Feuer stand und dreimal getroffen wurde, eilten nach Schopfheim, um sich mit dem dort angelangten Siegel'schen Korps zu verbinden.

Dies ist die getreue Schilderung des Treffens bei Kandern, das zwei bittere, traurige Erinnerungen zurückläßt. Die eine Erfahrung ist die, daß eine Unternehmung, ohne tüchtige Oberleitung, bei dem besten Willen und den günstigsten Umständen scheitern muß; die andere, mehr schmähliche als schmerzliche Erfahrung ist die Art und Weise, wie die konstitutionelle Partei dies Ereigniß benutzte, um, nicht zufrieden mit den spätern Siegen, die republikanische Partei in den fürchterlichen Verdacht des Meuchelmordes zu bringen. Die Aussagen des Reitknechts, der immer um Gagern gewesen sein wollte und behauptete, Gagern hätte noch unmittelbar vor seinem Tode Hecker gesprochen, da Hecker, seit dem Parlamentiren auf der Brücke, nie mehr in Gagern's Nähe kam, während, wie erwähnt, Kaiser von Gagern, unmittelbar vor Be-

ginn des Treffens, so rauh angefahren wurde und der doch in Gestalt und Gesichtsbildung nicht die geringste Aehnlichkeit mit Hecker hat und ganz anders gekleidet war — verdienen eben so viel Glauben, als die Behauptungen des badischen Dragoner-Obersten Hinkeldei, der gar nicht im Gefecht war, indem er den Schall von Geschützen gehört haben wollte, die nie abgefeuert wurden, dabei aber in seinem Siegesberichte die Leichen der wehrlosen, verwundeten Hingemordeten aufzuzählen vergaß. Es ist ein schlechtes Zeichen für die Siegessicherheit der Konstitutionellen, daß man die Feinde, die man für besiegt ausgeben will, auch noch durch solche entsetzliche Aussagen moralisch zu vernichten sucht.

Siegel war am 20. April, Gründonnerstag, dem Tage des Treffens bei Kandern, über Bernau nach Bräg marschirt. Da erhielt er auf dem Wege die Nachricht von dem unglücklichen Ausgange des Treffens. Zu dieser Botschaft kamen wieder Andere, man solle schnell vorrücken. Bei diesen verschiedenen Gerüchten entstand eine allgemeine Verwirrung und ein großer Lärm. Siegel zog nun mit seiner Schaar, die noch über 3000 Mann stark war, und mit 70 Wagen nach Schopfheim, wo die Versprengten von Kandern sich sammelten. In Schopfheim wurde Rast gehalten.

Am folgenden Tage, Charfreitag, ward der Lärm und die Aufregung noch größer als vorher; Viele wollten zurück, ohne ein einziges Mal dem Feinde gegenübergestanden zu sein. Katzenmaier wehrte sich aber auf's Aeußerste gegen solch' erbärmliches Ansinnen und drang darauf, daß man gegen Freiburg vorrücken solle. Hoffnungen auf unterstützende Bewegungen im Unterland und beleidigtes Ehrgefühl mochten den edeln Mann zu diesem Entschlusse drängen, der denn auch durchging. Die ganze Schaar brach von Schopfheim auf und zog Todtnau zu über die Halde, um über Horben und Günterstthal nach Freiburg zu gelangen, wo eine republikanische Erhebung stattgefunden hatte, welche jetzt noch der Lage der Dinge eine ganz andere Wendung hätte geben können, wenn die Freiburgerschaaren nicht eine so schlechte Leitung gehabt hätten.

Auf die Kunde des Hecker'schen Zuges war auch in der obern Gegend des Schwarzwaldes um Freiburg eine große Bewegung eingetreten. In der Nacht vom Charfreitag auf Charsamstag machten

sich Tausende von Bewaffneten aus den verschiedensten Gegenden nach Freiburg auf. Diese dunkelgekleideten Männer kamen in zahllosem Gewimmel aus allen Büschen und Schluchten hervor, gut bewaffnet mit einer Menge von Munitionswagen. Am Charsamstag Morgen war das Räthsel dieses seltsamen Zuges gelöst. Der Kreisausschuß des Landesvereines hatte eine Volksversammlung berufen, zu der sich nun über 4000 Mann einfanden, von denen die größere Hälfte wohl bewaffnet war. Metz, Abgeordneter in der Kammer, sprach in einer längern Rede, die mit Bibelsprüchen vollgespickt war und in der er offen seine Bewunderung für den reinen, edeln Charakter Hecker's aussprach. Er sagte sogar, Hecker sei sein Vorbild, ihm wolle er nachfolgen; aber jetzt müsse man ihn stecken lassen, sein Unternehmen dürfe nicht unterstützt werden. Es läßt sich leicht denken, daß diese Rede gerade den entgegengesetzten Erfolg hatte. Diese von einem Deputirten ausgesprochene Bewunderung Hecker's schien dem Volke um so unparteiischer, als Metz sich gegen Hecker aussprach und das Volk in seiner Rede mehr Scheu vor dem ernsten Schritte als triftige Gründe fand. Wäre damals nur ein Mann da gewesen und hätte die Versammelten aufgerufen zu Hecker zu stoßen, hätte er diesen Aufruf auf verständige Weise zu motiviren und die Schaar zu leiten verstanden, so wären die Kanderer Truppen zwischen Siegel und die Freiburger gekommen, was ebenfalls von den wichtigsten Folgen gewesen wäre. So kam die Versammlung zu nichts Weiterem als zu einigen halben Beschlüssen. Man forderte von der Regierung, daß sie die Verordnung vom 16. April zurücknehme, wonach den vom Heimathsort abwesenden deutschen Bürgern das Wahlrecht zur Nationalversammlung genommen wurde. Zugleich erklärte man, daß die Verordnung vom 14. April, wodurch die Behörden aufgefordert wurden, fürsorglich und thatsächlich einzuschreiten gegen Jene, welche der Hecker'schen Bewegung auch nur im Entferntesten verdächtig seien, ein Eingriff in die richterliche und gesetzgebende Gewalt sei, auf den das Volk thatsächlich antworten werde. Zuletzt wurde noch beschlossen, die Auflösung der zweiten Kammer zu verlangen, die durch ihr Benehmen in der neuesten Zeit das Vertrauen des Volkes verloren habe. — Das waren freilich Diversionen, die den Republikanern wenig Nutzen brachten, da diese natürlich rein für den Aufstand berechneten Beschlüsse, die ganz republikanische Be-

deutung hatten, der Regierung zeigten, daß man vor einem Waffenernste Scheu trage.

Nach diesen Beschlüssen löste sich die Versammlung auf. Viele zogen wieder heim; die meisten Bewaffneten blieben aber, die Ereignisse erwartend, in Freiburg zurück. Unterdessen hatten Turner, Studenten und jüngere Bürger eine Freischaar gebildet, um von Freiburg aus Hecker zu unterstützen. Dieser Schaar schlossen sich noch viele Landleute an, so daß Sonntag Morgens noch an 12—1500 Bewaffnete in Freiburg waren, die zu ihrem Anführer den Studenten Langsdorff wählten, einen jungen Mann, dem nicht nur alle militärischen Kenntnisse, sondern auch aller natürliche Takt und alle Energie abging; es läßt sich leicht denken, daß auf so bunte Weise zusammengewürfelte Freischaaren nur durch die klarste Kenntniß dessen, was zu thun war und einen energischen Willen, der durch praktische Beweise Vertrauen einflößen konnte, zusammenzuhalten waren. Langsdorff war aber so unfähig, daß er nicht einmal die vom besten Geiste beseelten Leute zusammenzuhalten und zu einer wirksamen That zu begeistern vermochte. Am Sonntag Vormittag kamen nun von Siegel Boten auf Boten, daß er mit seiner ganzen Schaar, zwischen 2 und 4 Uhr Nachmittags, gegen Freiburg anrücken würde. Zugleich hatte General Hofmann, der an Gagern's Stelle den Oberbefehl der badischen Division übernommen hatte, das Verlangen gestellt, daß bis Nachmittags 4 Uhr die Freischaaren entwaffnet und die Thore zum Empfang der Truppen geöffnet sein müssen. Das Nächste mußte nun für Langsdorff sein, alle Eingangspunkte zu verbarrikadiren und mit Mannschaft zu besetzen und die ganze Macht, über die er außerdem verfügen konnte, beisammenzubehalten, um, sowie die Freischaaren aus dem Walde anrücken und die Truppen, wie vorauszusehen, mit Geschütz ihren Einmarsch in Freiburg zu verhindern suchen würden, mit der ganzen verfügbaren Macht ihnen in den Rücken zu fallen und so den doppelten Gewinn herbeizuführen, daß einerseits die Freischaaren sähen, daß sie von Freiburg aus unterstützt würden, andrerseits die Truppen zwischen zwei Feuer gebracht würden. Von außerordentlicher Wirkung bei diesem Ausfall, der unternommen werden mußte, wenn nicht die ganze Bewaffnung und Verbarrikadirung der Stadt ein ganz erbärmliches Komödienspiel sein sollte, würden die vier in Freiburg vorhandenen Kanonen mit Kartätschenmunition gewesen sein. An-

statt nun, da die Stadt einmal im revolutionären Zustand war, diese Kanonen herauszuholen — was erbitterte Freischäärler Abends, freilich viel zu spät, thaten, ohne daß die Bürger sich ernstlich widersetzten — schickte Langsdorff eine Deputation an den Bürgermeister und bat um Herausgabe, was denn auch natürlich verweigert wurde, worauf Langsdorff, als er die Antwort erhielt, weinte. — Allerdings mochte er sich beklagen, daß man ihm nicht folge; doch war er am meisten Schuld an diesem Ungehorsam, da er die ganze Geschichte in der größten Unordnung und Unsicherheit ließ. Er blieb nicht einmal auf dem Hauptquartier, von dem aus er mit Hülfe von Adjutanten die ganze Operation hätte leiten und jeden Augenblick mit dem Zustand der gesammten Mannschaft vertraut sein können. Das hätte Vertrauen erweckt. Doch Langsdorff klagte darüber, nicht einmal Pferde für Adjutanten zu bekommen. Das gedanken- und zwecklose Umherschlendern Einzelner und ganzer Trüppchen auf den Straßen, ohne daß Jemand gewußt hätte, was zu thun und wie es stehe, eine Kenntniß, die bei regulären Truppen allerdings überflüssig ist, bei Freischaaren aber, wo Vertrauen die Disciplin ersetzen muß, und Vertrauen gegen einen Unbekannten nur durch einige Kenntniß, daß man mit Besonnenheit zu etwas Vernünftigem geführt werde, hergestellt werden kann, bei diesem totalen Mangel an Vertrauen aber, der durch die deutlich zur Schau getragene Verlegenheit auf Langsdorff's Gesicht vollends den Höhepunkt erreichte, war es kein Wunder, daß schon am Sonntag eine Schaar um die andere abzog, zumal da die Bauern wenig Muth besaßen und überall einen großen Respekt vor den blauen Bohnen zeigten. Es war leider vorauszusetzen, was für eine Diversion Langsdorff machen würde.

Gehen wir noch auf einen Augenblick zu dem Siegel'schen Zuge zurück, um die sonderbare Folge der Ereignisse um Freiburg ganz zu verstehen.

Siegel kam mit seiner Schaar, die noch an 3000 Mann stark war, am Osternsonntag von Todtnau her über die Halde nach Horden. Dorthin kamen Nachrichten aus Freiburg, alles stehe ganz gut, man solle nur kommen. Nun theilte sich die Schaar. Die 1ste Kolonne unter Katzenmaier, wobei Vanotti aus Konstanz, Mitglied des dortigen Kreisausschusses, die aus ihrem Verhaft in Säckingen befreiten Struve und Tiedemann u. A. waren, zog nun

voraus, während die 2te, 3te und 4te Kolonne in Horben blieb. Als nun die 1ste Kolonne im Güntersthale, $^3/_4$ Stunden von Freiburg, ankam, machten Katzenmaier und Vanotti den Vorschlag auf die drei übrigen Banner zu warten, sie wurden aber überstimmt und gegen 4 Uhr rückte die kleine Schaar, an 900 Mann stark, gegen die Oeffnung des Waldes, den eine schmale Ebene von der Stadt Freiburg trennt. Katzenmaier, Struve und Tiedemann traten nun zum Parlamentiren vor. Der Kommandant der Freischäärler-Artillerie schloß sich ebenfalls an und ritt mit einem schwarz-roth-goldenen Fähnchen vor, um den Truppen Parlamentäre anzukündigen. Die badischen Truppen wollten aber von keinem Parlamentiren wissen, sie wiesen das Begehren mit den Worten zurück: „Wir haben nichts mit euch gemein, ihr Hunde!" Der Artilleriekommandant, wüthend über diesen Empfang, wollte nun sein Pistol abschießen, das aber versagte, worauf er es dem Offiziere an den Kopf schmiß, der rief: „Schießt die Kanaille auf den Kopf!" Der linke Flügelmann schoß nun auf den Zurückweichenden, und obgleich Katzenmaier, Struve und die andern Parlamentäre den Truppen zuriefen: „Schießt nicht, wir sind eure Brüder!" wurde nun von den Truppen gefeuert, ohne daß Einer getroffen worden wäre. Die Parlamentäre zogen sich nun, von Schüssen verfolgt, zur Kolonne zurück. Man stellte sich jetzt in Schlachtordnung. Die Schützen unter Stephani stellten sich beim Waldhorn auf, einem Wirthshause am Saume des Waldes. Die Artillerie war hinter dem Waldhorn postirt. Nun fuhr ein Kartätschenhagel auf die Freischäärler und ihre Artillerie. Die Kanoniere und die ganze Schaar sahen die Unmöglichkeit ein, das Feuer passiren zu können, ohne mit Mann und Maus aufgerieben zu werden. Alles zog sich daher zurück. Das Güntersthal wurde zum Sammelplatz bestimmt.

Als nun Katzenmaier, der am Fuße leicht verwundet war, sich endlich in's Güntersthal geschleppt hatte, fand er, außer 60 Schützen und den 2 Konstanzer-Kanonen, nichts mehr da. Beinahe das ganze erste Banner war also in wilder Flucht fort und von den drei andern Bannern war nichts zu sehen und zu hören. Katzenmaier stellte nun die 2 Kanonen vor dem Dorfe Güntersthal auf und stellte Schützen herum. Seinen Adjutanten, Adolf Trötschler, sandte er als Tirailleur mit den übrigen Schützen

rechts und links in den Wald vor. Katzenmaier erwartete bei den Kanonen die Truppen, auf die, so wie sie sich am Eingange des Thales zeigten, der Artilleriekommandant Kuenzer eine Kartätschenladung abschoß, die eine furchtbare Verheerung anrichtete. Katzenmaier mit den Kanonen und seinen Schützen und die Tirailleurs im Wald unterhielten nun ein sehr wirksames Feuer, worauf die Truppen zu fliehen anfingen. Da aber die Pferde höchst ermüdet waren, keine neuen Schaaren zuzogen und Katzenmaier mit der kleinen Schaar nichts ausrichten konnte, zog auch er sich nach Horben zurück, in der Hoffnung dort die Geflohenen und besonders die übrigen drei Banner zu finden. Diese waren aber, verleitet von Baumann, Giger, Dünkler u. A., die schon in Schopfheim für Rückzug sprachen, über alle Berge. Katzenmaier übernachtete nun mit seinen Braven in Horben und machte noch mit Vanotti die Runde. Früh Morgens erhielt er von Struve einen Ruf nach Todtnau. Er ging hin und fand dort noch mit seinen Leuten 200 Mann. Alles Andere war über Berg und Thal. Nachdem Katzenmaier den ganzen Tag hindurch Generalmarsch schlagen und Sturm läuten ließ, ohne etwas damit auszurichten, löste er die Schaar auf; und die Meisten zogen sich mit ihm über den Rhein zurück.

Man wird kaum fragen, wie es denn kam, daß Katzenmaier von Freiburg aus nicht im Geringsten unterstützt wurde. Die Freischaaren liefen regellos umher. Schon ehe die Nachricht von dem Anzug der Freischaaren kam, wurde die ganze Stadt mit schwarz-roth-goldnen Fahnen behängt *). Als endlich die Schaar Katzenmaier's von Freiburg aus gesehen wurde, fand sich nicht die Hälfte der Versammelten auf dem Versammlungsorte ein. Von den Thoren liefen einzelne Häufchen weg und zogen auf einem Umwege, indem sie die Truppen rechts ließen, zum kleinsten Theil den Freischaaren entgegen, zum größten in's Weite. Hierauf, als das Treffen schon begonnen hatte, kamen endlich vom Sammelplatz her die einzelnen Haufen durch's Schwabenthor aus der Stadt, nachdem schon Viele über der Schwabenbrücke Halt gemacht hatten. Eine gute Weile stand die Schaar, die an 6 — 800 Leute zählen mochte, ohne Anführer da, indem Langsdorff nichts von sich hören

*) Irrthümlicher Weise glaubte Alles, Hecker komme.

und sehen ließ. Es ist kein Wunder, daß die so ganz verlassen dastehenden Schaaren nicht wußten, was sie thun sollten und dem Rufe einiger jungen Leute nicht folgten, die sie in's Gefecht führen wollten. General Langsdorff rannte in der Stadt herum, den einzelnen Patrouillen nach; er hatte den Kopf verloren.

Spät Abends drangen endlich an 30 junge Leute in das Rathhaus, wo die 4 Kanonen der Stadt Freiburg waren. Diese wurden ohne Widerstand genommen. Langsdorf befahl dieselben bei einbrechender Dunkelheit auf den Schloßberg zu führen, als der Kampf im Güntherstthal hinten schon fertig war. Die Kanonen wurden endlich herabgeholt und an den vier Haupteingängen in der Stadt aufgestellt. Hoffmann machte keinen Versuch in die Stadt einzudringen, da er seine Truppen zerstreut hatte, in der Dunkelheit der Nacht natürlich ein Gefecht große Opfer mit sich gebracht hätte und er, wie der nächste Morgen bewies, mit neu herbeigezogenen Verstärkungen die Stadt von mehreren Seiten mit bedeutenden Truppenmassen angreifen wollte.

Die Nacht verging somit in der Stadt ganz ruhig. Die Freischaaren patrouillirten fleißig. Doch am Morgen des folgenden Tages, am Ostermontag, waren von den 1200 Männern nur noch gegen 200 auf den Posten, von denen die meisten Bauern aus der Umgegend waren. Die 4 Kanonen waren am Schwaben- und Breisacherthor je eine, und zwei auf dem Rempart aufgestellt, die eine davon erst eine Weile bei dem Predigerthor. Gegen 7 Uhr kam die falsche Nachricht, Siegel komme gegen 10 Uhr mit seiner Schaar auf einer andern Seite in die Stadt. Man möge sich nur bis 10 Uhr halten.

Am Morgen des Ostermontag war nun die Stellung der Truppen folgende: Der rechte Flügel lehnte sich an die Anhöhe, auf welcher die Lorettokapelle steht; das Centrum befand sich etwas oberhalb des Eisenbahnhofes; der linke Flügel unterhalb des Bahnhofes, gegen die Emmendingerstraße zu. Der Angriff wurde Morgens halb 8 Uhr mit Bomben- und Kartätschenschüssen gemacht. Die vor der Stadt aufgestellten Freischaaren gegen die Eisenbahnseite wurden natürlich von den mehr als dreißigmal überlegenen Truppen allmälig unter geringem Verluste zurückgedrängt, während das Feuer der Freischäärler, die zudem ihre Kanonen mit Kartätschen luden, von großer Wirkung war. Die Freischaaren, im-

mer näher an die Stadt gedrängt, hielten an vier Hauptpunkten, wo jedesmal eine Kanone stand, die mit 20 — 25 Schützen oder Musketieren besetzt war. Von dem Schwaben- und Breisacherthor, die mit Barrikaden verrammelt waren, konnte man natürlich nicht hinaus. Bewegung war allein auf dem Rempart, wo besonders eine der beiden Kanonen ihren Standpunkt öfters wechseln mußte. Gegen 11 Uhr, so lange hielt sich die kleine, brave, kaum 100 Mann starke Schaar, ging endlich die Munition aus. Das Schwaben- und Breisacherthor wurden mit Sturm genommen; die Kanone am Auslauf der Jesuitengasse hatte keine Munition mehr und die Kanone, die zuletzt in der gleichen Straße, nur etwas weiter oben, wo sie von einer andern durchschnitten wurde, die zur Eisenbahn führte, aufgestellt war, wurde nun zur dritten Kanone geführt, so daß nun beide nebeneinander am Anfang einer breiten Straße frei dastanden. Beim Anrücken der Nassauer, die unten, wo die Straße sich rechts und links theilte, von beiden Seiten heraufkamen, zogen aber die wenigen mit Schießgewehren Bewaffneten fort. Die dritte Kanone war schon ohne Bedienung, als die vierte hinzukam, und selbst an der vierten standen, als schon von den Nassauertruppen auf den Posten gefeuert wurde, nur noch drei junge Männer, von denen einer durch die Schulter geschossen war, die, ohne Munition, von Allen verlassen, und als der letzte Schuß abgefeuert war, wegzogen, nachdem das badische und hessische Militär schon zum Schwaben- und Breisacherthor hereingezogen und in die Hauptstraße eingedrungen war. Das war ¼ nach Elf. An drei Stunden lang hatte somit die entschlossene Schaar die 6000 Mann Truppen aufgehalten; man war über den Termin, den Siegel verlangt haben sollte, um mehr als eine Stunde hinausgegangen.

Die Truppen rückten nun alle in die Stadt. Viele Excesse wurden von Einzelnen begangen. Auch im Ganzen war ihre Haltung sehr inhuman. Schon am Montag, besonders aber am Dienstag, machten die Soldaten unter den ärgsten Drohungen willkürliche Hausuntersuchungen. Die Gefangenen wurden besonders damit geschreckt, daß man ihnen immerfort sagte, sie würden erschossen werden. Besonders zeichneten sich die Churhessen durch wilde Brutalität aus. Die Truppen wurden von der Einwohnerschaft mit fortwährendem Lebehoch empfangen, nachdem am gestrigen Tage

die schwarz-roth-goldnen Fahnen Hecker entgegengeflattert hatten. Besonders zeichneten sich die Adeligen durch ihren Jubel aus. Die meisten Truppen zogen nach kurzer Rast wieder fort, um gegen die Freischaaren, die man noch im Güntherstthal und in Horben wähnte, zu marschiren. — Bedeutende Verhaftungen republikanisch gesinnter Männer wurden vorgenommen. Auf Seite der Truppen fielen aber wenigstens dreimal mehr Leute. Langsdorff ließ sich an den Kampfstellen nirgends sehen und entfloh zeitig über den Schloßberg. — Der Turnverein wurde durch ein Ausnahmsgesetz vom Jahr 1833 aufgehoben und für den Oberrhein- und Seekreis das Martialgesetz verkündigt.

Das war der Widerstand der Republikaner in Freiburg*). Auch hier lag die Schuld nicht sowohl an dem Volke als an dem gewissenlosen Leichtsinn der Führer, die, wenigstens der Hauptführer, ohne militärische Kenntnisse und ohne natürlichen Takt, ohne Muth und Thatkraft, auf eine unverantwortliche Weise eine solche Stelle angenommen und viel Blut und Leichen auf ihr Gewissen geladen haben. Trotz alledem ist aber auch hier das Resultat gewonnen, daß im Volke, ja selbst unter der Freiburger Bürgerschaft, die lebendigsten Sympathien für die Republik waren.

Der unglückliche Putsch in Heidelberg, welcher der republikanischen Partei mehr schadete als nützte, kann füglich übergangen werden, weil er das isolirte Unternehmen von Männern war, die im nöthigen Augenblick nicht einmal hervorzutreten wagten. Die beiden Emissäre, welche die Bauern von Sinsheim und Ziegelhausen hergerufen hatten, waren junge Leute, die nicht auf die Sympathien der meistentheils republikanisch gesinnten Heidelberger Bürger rechnen konnten, und so kam es, daß diese Demonstration verunglücken mußte.

Die badischen Freischaaren waren nun alle aufgelöst. Viele waren schon vor den verschiedenen Treffen wieder heimgezogen. Die meisten waren nicht zu wirklichem Gefecht gekommen und zogen

---

*) Dies ist der treu gegebene, wahre Hergang der Sache. Man möge sich doch durch die Berichte von Blättern, die von Tausenden von Freischaaren sprechen, nicht irren lassen, am wenigsten von dem erlogenen Zeug der illustrirten Zeitung, dieser politischen Buhldirne, die sich für alle Parteien herausputzt.

auch wieder in aller Stille nach Haus. Viele flohen mit den republikanischen Führern allen auf Schweizerboden. Nur ein Korps war noch beisammen, das der deutschen Arbeiter in Frankreich unter Herwegh, der nur seinen Namen dem Unternehmen hergegeben hatte, da er selber wiederholt öffentlich gestand, keine militärischen Kenntnisse zu haben. Die großtönenden Proklamationen, die Herwegh jedenfalls zu verantworten hat, ließen auf eine größere Menge Bewaffnete schließen und gaben der Regierung wenigstens Scheingründe ebenfalls eine sehr große Truppenmasse in's Land zu ziehen, um, wie sie sagte, die Gränze zu decken. Die Freischaar Herwegh's, die schon außergewöhnlich lange Zeit in Straßburg lag und unerklärlicher Weise sich nie mit Hecker verbinden konnte, war endlich am Ostermontag bei Groß-Kembs, 900 Mann stark, über den Rhein gekommen. Herwegh zog über Blansingen und Tannenkirch in die Gegend von Tannen und die Pässe des Schwarzwaldes, da die Truppen von der Gränze weggerufen und in Freiburg und dessen Umgebung postirt waren. Von einigen Hunderten wurde auch die Schusterinsel in der Nähe von Basel besetzt und nur das dringende Asylanerbieten französischer Kommissäre konnte die Leute von einem verzweifelten Schritte zurückhalten.

Am 27. April stieß nun die Herwegh'sche Schaar bei dem Dorfe Dossenbach, eine halbe Stunde von Schopfheim, auf eine Kompagnie Würtemberger. Die Truppen griffen die etwas höher stehenden Freischaaren sogleich an, die viel zu hoch schossen, so daß von den Soldaten keiner verwundet worden oder gefallen sein soll. Die Soldaten hielten den Posten über eine Stunde lang, bis Verstärkung eintraf. Nun sah die Freischaar, daß ihre Sache verloren war. Viele flohen, unter den Ersten dabei war Herwegh, der von seiner muthigen Frau gerettet wurde*). — Doch blieb noch eine kleine entschlossene Schaar zurück, welche den bittern Moment nicht überleben mochte, ihre republikanischen Hoffnungen scheitern zu sehen. Am heldenmüthigsten hielt sich Hauptmann Schimmelpennig, Rheinhart genannt. Als dieser Führer sah, daß seine Sache ver-

*) Sonderbar ist eine spätere Korrespondenz aus Rheinfelden, wohin Herwegh floh, die unzweifelhaft von seiner Frau herrührt und worin unter Anderm merkwürdiger Weise steht: „Georg will jetzt die Franzosen rufen.“ Diese Nachricht ginge Hecker und Siegel jedenfalls nichts an.

loren war, drang er allein mit dem Säbel in der Hand auf den würtembergischen Hauptmann ein. Dem Zweikampf, der sich nun entspann, schauten die übrigen Kämpfenden einen Augenblick in stummem Ernste zu. Rheinhart hieb seinem Gegner drei Finger von der rechten Hand weg, wurde aber von den nun auf ihn eindringenden Truppen erschossen. Andere durchstießen ihn mit ihren Bayonnetten und schlugen mit den Gewehrkolben auf ihn. So schloß das letzte Treffen mit dem Heldentode, nicht Rheinhart's allein, sondern auch noch anderer edler Männer, die in den letzten Todeskampf die bittere Enttäuschung hinübernahmen, nicht einmal mit ihrem Herzblut die Freiheit des deutschen Volkes besiegeln zu können.

So schloß der badische Aufstand mit dem Treffen bei Dossenbach. In der Thatsache, daß die einzelnen Korps sich nirgends trafen, nirgends zusammenwirkten, liegt auch ein Grund des Nichtgelingens und zugleich eine Kritik des Aufstandes. Die unorganisirten Schaaren, die mehr von einer allgemeinen Begeisterung und Erbitterung als von einem klaren Willen, einer starken Hand zusammengehalten waren, zersplitterten, mit seltenen Ausnahmen, im Stoße auf die organisirte, festgekittete Truppenmasse. Einzelne muthige Thaten, besonders der braven Konstanzer, konnten die unzuverläßige, schwanke Haltung der großen Mehrheit nicht gut machen. Allerdings war die Führung schlecht, es war eine Anführung im einen und andern Sinn des Wortes. Keiner könnte bei dem seltsamen Gange der Revolution, wo der Sieg oft an einem Haare hing, mit aller Zuversicht sagen, daß das republikanische Heer nie gesiegt hätte und daß ein solcher Sieg, wie früher erwähnt, der revolutionären Partei in Deutschland, die freilich jetzt in der großen Minorität ist, großen Vorschub geleistet haben würde. Der Instinkt der Massen schauderte aber vor einem Schritte zurück, den die Gebildeten ohnehin verdammten. Mag es aus dem badischen Aufstande und besonders aus der Thatsache, daß trotz dem ungeheuern Drucke durch die in Baden koncentrirten Truppenmassen, die den materiellen Druck zum theilweis politischen hinzufügten, dennoch beinahe lauter Republikaner in's Parlament gewählt wurden, deutlich herausgehen, daß die Volksmeinung in Baden für

die republikanische Staatsform ist; so zeigt sich eben so unzweideutig, von der geringen, meist feindlichen Theilnahme des übrigen Deutschlands am badischen Aufstand bis auf die neuesten Erscheinungen — wie aus den wenigen Gegenden, von wo aus republikanische Abgeordnete in die Reichsversammlung gewählt, dieselben aber von ihren Wählern, um ihrer republikanischen Stellung willen, zur Rechenschaft gezogen wurden — daß in Deutschland die republikanischen Sympathien gering sind, in dem Sinne nämlich, wie Struve in seinen neuesten Programmen Alles durch den unmittelbaren, absoluten Volkswillen bestimmt wissen will. Die männlich-energische und zugleich entsagende Bürgertugend, der richtige Takt im Gebrauche der Mittel, diese Grundeigenschaften republikanischer Bürger, sind aber in Deutschland noch so selten, das reifere Geschlecht ist noch so gesinnungslos und demoralisirt, noch so weit in der Erkenntniß und Praxis des freien Lebens zurück, daß es von seiner Freiheit keinen andern Gebrauch zu machen verstünde, als den der gränzenlosesten Willkür. Wird es daher der Reichsversammlung möglich sein, der Einsicht und der freien Ueberzeugung lebenskräftige Organe aufzustellen, kann sie die freien Formen finden und dem Volke geben, die eine Bethätigung des Volkswillens und der Volksüberzeugung möglich machen, so wäre es ein fluchwürdiges Unternehmen, diesen ruhigen Gang der Dinge durch einen muthwilligen Versuch hemmen zu wollen. Die Versammlung hat allerdings die Probe noch nicht gemacht, ob sie ihre Beschlüsse auch in Fleisch und Blut zu wandeln fähig ist, — aber bis jetzt ist sie ihrem Principe, der Volkssouveränetät nicht untreu geworden. Den besten Beleg gibt, neben den gewichtigen Verhandlungen in der Paulskirche, in der endlich einmal die Intelligenzen Deutschlands zur Erscheinung kamen, die hochwichtige Thatsache der Wahl des Reichsverwesers, eine wesentlich republikanische Thatsache, indem die höchste Exekutivgewalt, die eo ipso alle bisherigen Souveränetäten aufhebt, von der aus der Mitte des Volkes gewählten Versammlung geschaffen wurde. Allerdings mag aus der D. Z. Feuer und Flamme brechen, sie mag Gagern ihr bisheriges Ideal schelten, so bleibt doch die Thatsache fest, daß der doktrinäre, abgeschlossene Konstitutionalismus von der Triebkraft der Gegenwart und der staatsmännischen Intelligenz gebrochen wurde.

Es wird sich nun zeigen, ob in der Wahl des Erzherzogs

Johann die Sicherheit, der materielle Rückhalt liege, den man sich von dieser Wahl versprach, da die nächste Zukunft des österreichischen Staats, auf dessen materieller Grundlage Johann ruhte, durch die Trennungsgelüste der größten Provinzen mächtig erschüttert ist. Jetzt, wo Bildung und Sittlichkeit die Staaten zu regieren beginnen, wo das Wohl und der vernünftige Wille des Volkes maßgebend für die Regierungsweise werden, wo also die Segnungen freier, großer Verfassungen den bisher Gedrückten zu Theil werden, wäre eine Trennung der slavischen Theile von Oesterreich weniger zu rechtfertigen, wenn es auch nicht gerade ein Sieg der Barbarei über die Bildung wäre. Und doch ist es ein gerechter Ersatz für den langen schändlichen Druck, wenn man des freien Mannes Recht, sein Leben selbst zu bestimmen, auch auf die Völkerfreiheit ausdehnen würde, denn das scheint einer der Grundzüge unserer Zeit, daß, dem traurigen, abstrakten, farblosen Kosmopolitismus der Communisten gegenüber die Individualität auch im Volksleben sich überall mächtig geltend macht, ohne deßwegen den gemeinsamen Zug, das gegenseitige Verhältniß der Einzelnen aufzuheben. Es ist das eine große Ungerechtigkeit, daß das historische Recht, verworfen und vernichtet, wo es das deutsche Volk drückte, da fortfahren soll zu gelten, wo es sich um den Vortheil desselben handelt. In dieser Beziehung hat Ruge Recht, wenn er von seiner „Weltanschauung" aus sich nicht sowohl über die Niederlagen seines Volkes, als über die Selbstständigkeit und den männlichen Widerstand einer Nation freut, die aus langer Lethargie zu großen Kraftanstrengungen sich ermannt hat, um dem mißverstandenen, irregeleiteten Egoismus des deutschen Volkes gegenüber das Recht der freien Selbstbestimmung zu erringen, welches das deutsche Volk sich selber erringen will, errungen zu haben scheint. Die deutsche Freiheit ist nicht sicher gestellt, ist noch nicht dem Volke klar geworden, so lange es dem Principe des Egoismus einseitig folgt, und in der Brüderlichkeit, in der liebevollen Anerkennung der Andern, als eben so freier Persönlichkeiten, sich selbst die eigene Freiheit und das eigene Recht vernünftig sicher stellt.

Die Opposition in der Reichsversammlung ist in dieser, wie in allen Fragen, ein reiches Feld der Wirksamkeit für republikanisch gesinnte Männer, der einzige vernünftige Weg, auf dem die Republikaner jetzt allgemein wirken können, während die von Struve

und Heinzen fortwährend versuchte gewaltsame Revolutionirung Deutschlands ein Unternehmen ist, von dem sich jeder Vernünftige und Redliche fern halten muß. Die Nation hat zu gehen angefangen und thut große Schritte. Große staatsmännische Talente, erfahrungs- und gedankenreiche Köpfe sind aus der Versammlung aufgetaucht, mit treuem Ernste sind die Interessen der Nation ergriffen worden. Jedenfalls ist daher die Erfahrung zu machen, ob es der Versammlung möglich ist, ihre Beschlüsse in's Leben zu führen. Und daß Solches möglich ist, dazu sind erfreuliche Aussichten vorhanden. — *Es ist jetzt eine bessere That, das Volk für die Theilnahme an dem Verfassungswerke wach zu halten, als willkürlich in den ruhigen Gang der Dinge die Feuer einer Revolution werfen zu wollen, deren Ausgang so überaus zweifelhaft sein müßte.* Gelingt es der Versammlung der deutschen Freiheit lebenskräftige Formen aufzustellen, dann ist eine große, wunderbare That geschehen. Gelingt es nicht, kommt das allgemeine Freiheitsbedürfniß nicht zum vernünftigen Durchbruch, *dann wird auch die Revolution nicht ausbleiben* und wird aber mit unendlich verstärkter Macht auftreten, da die Besten des Volkes an ihrer Spitze stehen würden. — Jetzt aber ist es heilige Pflicht jedes Bürgers fest und treu zu dem Verfassungswerke zu stehen und mit Schrift und Wort den gedeihlichen Fortgang desselben zu fördern. Die Männer aber, denen das herrliche Loos beschieden in dem großen Rathe der Nation der allgemeinen Freiheit und Wohlfahrt dauernde Garantien zu verschaffen, mögen in ihrer unsterblichen, beneidenswürdigen Thätigkeit nie den Boden vergessen, aus dem sie stammen, mit dessen Verlassen auch alle Kräfte schwinden würden, wie dem Riesen Antäus, um nicht in dem doktrinären höhern, luftigen Raume von der eisernen Faust der Monarchie oder, was wahrscheinlicher, der Volkskraft erdrückt zu werden. Gott führe Deutschland!

Berichtigungen.

Seite	29.	Zeile	2	von	unten,	statt:	Weise, lies: „Weisungen“.
„	34.	„	15	„	„	„	weißbierigen, lies: „wißbegierigen“.
„	37.	„	1	„	oben	„	Schauenburg, lies: „Schaumburg“.
„	46.	„	9	„	unten	„	Ideen, lies: „Iden“.
„	120.	„	2	„	„	„	Selz, lies: „Pelz“.
„	121.	„	7	„	„	„	massa, lies: „Masse“.

Inhalt.

